ZAG

EUR 5,00

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

NUMMER 74/2017 ISSN: 2192-6719

RELIGION UND ANDERE DROGEN


B BRAUN Omnifix® -F

INHALT

Abbildungen im Heft

Sich den Rücken blutig peitschen oder in Kreisen um einen würfligen Steinblock rennen, Wein in Blut verwandeln oder alles Blut wegschütten, Gott gleich dreimal abbilden oder Gott ohne Bilder sehen – uns kommt das alles vor wie ein sehr, sehr schlechter Trip. Aber das muss nicht sein, denn mit der Bilderstrecke in dieser Zag wollen wir euch helfen, auf einen guten Trip zu kommen, den eigenen Film zu erleben und allem »da-musst-du-dran-glauben« abzuschwören.

EDITORIAL

Das Wort zum Sonntag



as ist schlimmer als Rassismus? Imperiale Toleranz. Und wer könnte das Gefasel um Agency/Selbstbestimmung und »Jede Kultur ist einzigartig!« besser auf die Spitze treiben als die Erfinder? So kommentiert die Tagesschau – jetzt auch in postkolonial – zu Merkels Staatsbesuch: »Saudi-Arabien ist viel besser als sein Ruf.«[1]
Und das eine Woche nach Sigmar »Nazisohn« Gabriels Israel-Skandälchen. Warum hat Merkel nicht in Saudi-Arabien mit Menschenrechtsgruppen gesprochen? Vielleicht ist Israel für die BRD auch ein Konkurrent auf dem Weltmarkt für Waffen – und der Kopftuch-König der beste Kunde.
Oder ist der unverschleierte Besuch Merkels (mit ihrer DDR-Guerilla-Vergangenheit) schon genug Freiheitsaktivismus? Wenn du Erdogan fragst, erleben türkische Muslime – und zwar nur die – gerade einen Vor-Holocaust in der BRD. Das hindert ihn nicht daran, mit Merkels Hilfe seine Glaubensgenossen zu bombardieren und einzusperren. Geschäfte gut, Menschenrechte gut.



Fußnote

1 *https://www.tagesschau.de/ausland/merkel-kommentar-103.html*

Nun noch eine Ansage in eigener Sache:

Der ZAG geht's wie der Ex-DDR: sie verarmt, vergreist und verdummt. Wie können wir nachhaltig werden? Sollten wir die Grüne Parteibasis wieder integrieren – oder es wie die LINKE machen und langsam religiös werden?

Aber nein! Wir verlassen uns auf euch, werte Leserinnen und Leser. Join the Redaktion! (Menschen mit Vorteilen werden benachteiligt.) Auch ideal geeignet als Praktikum für Clevere: Wozu täglich bei Zalando schwitzen? Lieber nur Donnerstags bei uns rumsitzen!

Redaktionsarbeit heißt:
- Alle 1 bis 2 Wochen zum Treffen im Kulturpalais Mehringhof antanzen
- 2-3 mal im Jahr beim Endredaktionsbrunch viele Artikel durchlesen
- Ab und zu selbst mal was schreiben, oder auch malen
- Ein paar E-Mails an externe Autor*innen schreiben
- Bei der jährlichen Grillparty auf der Dachterasse (!!!) über schwindende Abozahlen jammern

Denkt an die Vorteile – uns zeichnet alles aus, was wir nicht bieten können:
- Neutralität / akademische Anerkennung
- Hochglanzdruck / Partyfotos
- Steuerhinterziehende Chefredakteur*innen (wir finanzieren uns größtenteils über Sozialbetrug)
- Die Stimme der Unterdrückten
- Islamische Weltverschwörung
- Multikulti-Ausgehtipps
- Quinoa-Rezepte
- Plena und Soliparties

Zu viel Verantwortung?
Wohlgemerkt: Wir sind nicht sonderlich sensibel – wenn wir die Kiefer spreizen brauchen nicht nur Nazis einen Safe Space! Zum Abschluss noch eine seltsame Wahrheit: Viele von uns arbeiten auf Wochenmärkten, vor allem mit Käse.

Haut in die Tasten, Leute: redaktion@zag-berlin.de.

Amen!



KAMPAGNEN UND WIDERSTAND

Wegweisendes Urteil gegen den Einsatz für das Grundrecht auf Asyl

Haftstrafen für vier DemonstrationsteilnehmerInnen des March for Freedom

ZAG

Drei Jahre nach dem international organisierten March for Freedom wurden vier TeilnehmerInnen einer friedlichen Demonstration in Luxembourg-Stadt zu hohen Geld- und Bewährungsstrafen verurteilt. Der Verlauf des Prozesses und das Gerichtsurteil erscheinen bei nüchterner Betrachtung äußerst willkürlich und keinen rechtsstaatlichen Maßstäben entsprechend.

Der March for Freedom setzte ein Zeichen für das Recht auf Bewegungsfreiheit und Asyl. Menschen mit und ohne Papiere überquerten friedlich mehrere Staatsgrenzen von Straßburg nach Brüssel. Die Demonstration in Luxemburg fand am 5. Juni 2014 anlässlich einer Tagung der EU-InnenministerInnen zum Thema »Kampf gegen illegale Immigration« statt.

Auf dem Kirchberg kam es zum Zusammenstoß mit der Polizei. Ohne Vorwarnung versuchte die planlos vorgehende Polizei unter Einsatz von scharfen Hunden wahllos Festnahmen durchzuführen. Der Einsatz der Polizei verursachte auf Seiten der DemonstrantInnen teilweise schwere Verletzungen, herbeigeführt durch Pfefferspray, Schlagstöcke und Hundebisse. Ein schwarzer Aktivist aus Berlin-Kreuzberg wurde auf dem Polizeirevier bis zur Bewusstlosigkeit misshandelt und rassistisch beleidigt.

Den Angeklagten wurde gemeinschaftlicher Verstoß gegen Art. 269 des Luxemburger StGB vorgeworfen (Rebellion), zudem noch einzeln Körperverletzung, Sachbeschädigung, Beleidigung und Widerstand. Während des Prozesses konnten keine konkreten Tatvorwürfe gemacht werden; die Angeklagten sind lediglich pauschal wegen »bewaffneter und geplanter Rebellion« zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und zu Geldstrafen im hohen vierstelligen Bereich verurteilt worden. Das Verhalten der luxemburgischen Polizei spielte im Prozess keine Rolle, obwohl sich ein Untersuchungsausschuss des luxemburgischen Innenministeriums damit beschäftigte. In der Urteilsbegründung wurde vollständig auf Beweise verzichtet. Trotz widersprüchlicher Aussagen der PolizeizeugInnen wurde ein drastisches Urteil gefällt, welches das willkürliche und unprofessionelle Vorgehen der luxemburgischen Justiz bestätigt.

In Luxemburg ging es darum, friedlichen Protest für Grundrechte zu kriminalisieren, wie es auch in Bezug auf das Camp am Oranienplatz in Berlin versucht wurde. »Die Politik der EU ist es die Leute zu spalten, sie zu diskriminieren, aber ich habe keine Angst. Ich kämpfe für die Freiheit und ich hoffe, dass alle Leute verstehen, dass es nicht kriminell ist, für die Freiheit und für seine Rechte zu kämpfen. Wir brauchen die Solidarität der Menschen in unserem Kampf. Es geht nicht, wegzuschauen, wenn andere Menschen um ihre Freiheit kämpfen müssen«, erklärt einer der Verurteilten. Dieser hat nun als Konsequenz für seinen friedlichen Protest und die Wahrnehmung seiner Grundrechte mit seiner Abschiebung zu rechnen.

Die Verurteilten planen in Revision zu gehen. Die Beweislage gegen sie persönlich ist dünn, an ihnen soll ein Exempel statuiert werden, weil sie sich direkt mit der EU angelegt haben. Da bereits rund 15.000 EUR Verfahrenskosten für die erste Instanz angefallen sind und diese Summe nicht annähernd gedeckt ist, müssen wir alle dafür sorgen, dass die Gerechtigkeit nicht am Geld scheitert. ✖

Bitte spendet an die Rote Hilfe

Unbedingt mit Verwendungszweck »M4F« an:
Rote Hilfe e. V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE 25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

Die gewaltvolle Rolle von Religion, Vetternwirtschaft und staatlicher Korruption

Menschenrechtsverletzungen und Verfolgungen in Pakistan

The Voice & Muhammad Ali Jawaid

»Ich bin schiitischer Moslem, doch Saima, meine Frau, ist Sunnitin. Ich wurde als Vergewaltiger, Mörder und Entführer betitelt, weil meine Frau und ich den Normen trotzten und zu heiraten beschlossen. Ich erschien nicht bei Gerichtsterminen, die nur dazu dienen sollten, mich zu verfolgen.«

Muhammad Ali Jawaid, ein pakistanischer Flüchtling, seit 2013 in Bayern, wurde in The VOICE Refugee Forum Deutschland aktiv, um seine politische Aktivität auch hier im Asyl fortzusetzen.

Seine Geschichte ist nicht nur die persönliche Geschichte einer verbotenen Liebe. Es ist eine sehr politische Geschichte, denn sie zeigt die gefährliche und gewaltsame Rolle religiöser Ideologien in der Aufteilung von Menschen in Gut und Böse und in der Gefährdung individueller Leben und von Familien. Sie zeigt die Willkür und Korruption des Staates und des Rechtssystems in Pakistan, wo Menschenrechte und Menschenleben aufgrund der Ideologie der Ehre und der Vetternwirtschaft nicht geschützt werden. Sie zeigt die Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen, die nicht das Recht haben, für sich selbst zu entscheiden, da sie lediglich als das Eigentum ihrer Familien betrachtet werden. Sie zeigt, dass all jene verfolgt werden, die in Freiheit leben wollen und ihre Lebensentscheidungen selbst treffen wollen.

Wir verlangen, dass unserem Aktivisten Ali Jawaid und seiner Frau, die sich noch in Pakistan befindet, in Deutschland Sicherheit und Schutz gewährt wird! Wir fordern sein Recht, in Sicherheit in Deutschland bleiben zu können – ohne Angst vor Rassismus, Kriminalisierung und Abschiebung. Wir verlangen, dass er zusammen mit seiner Frau und seinem Sohn in Freiheit leben kann – ohne Angst vor Abschiebung in einen Staat, wo er von der Familie und vom Staat verfolgt ist und wo sein Leben höchst gefährdet ist!

Stellungnahme von Muhammad Ali Jawaid

Seit 2010 bin ich politisch aktiv. Ich nahm in Pakistan an der Seite der Opfer religiöser Diskriminierung und ihrer Sympathisanten an Kampagnen gegen Ehrenmorde und gegen religiöse Diskriminierung sowie gegen die gewaltsame Rolle der Religion in Pakistan teil. Ich bin auch Mitglied und Aktivist bei der Pakistanischen Tehreek-e-insaaf, einer der pakistanischen Oppositionsparteien. Meine Frau und ich sind aufgrund religiöser Diskriminierung und der gewaltvollen Einflussnahme der Familien auf die Heiratsentscheidungen junger Menschen verfolgt.

Die Heirat

Im April 2012 traf ich ein Mädchen namens Saima in einem Café in Faisalabad City. Wir tauschten an diesem Tag unsere Handynummern aus und begannen, uns immer wieder an verschiedenen Plätzen wie Restaurants und Parks zu treffen, wo wir uns vor den Leuten verstecken konnten. Eines Tages las Nadeem, ihr Bruder, meine Nachrichten auf dem Mobiltelefon seiner Schwester, nachdem ihm jemand von unserer sich gerade entwickelnden Beziehung erzählt hatte. Nichtsdestotrotz hielten unsere Treffen und unsere Liebe ein Jahr lang an.

Am 15. Mai 2013 gingen wir zum Stadtgericht in Faisalabad, um zu heiraten. Doch dort sah uns jemand, ein Anwalt namens Adil Lodhi, der ein Freund von Nadeem war, und er rief Nadeem an. Nadeem kam mit seinen Kumpanen zum Gericht. Sie nahmen mir Saima weg und griffen mich an. Sie bedrohten und misshandelten mich. Als ich danach zur Polizei ging, weigerte diese sich,

den Fall aufzunehmen und eine Anzeige gegen meinen Schwager zu schreiben. Einige Tage später reiste Saima nach Lahore zu der Hochzeit von Verwandten. Von dort aus rief sie mich mit dem Telefon einer Cousine an und erzählte mir, dass ihre Familie gewaltsam versucht, sie mit einem anderen Mann zu verheiraten.

Weil diese Nachricht die Wahrheit war, dass die Familie Saima zu einer Heirat mit einem anderen Mann zwingen wollte, heirateten wir am nächsten Tag, am 26. Mai 2013, am Telefon vor unseren Freunden und einem Qazi (Richter oder Notar) als Zeugen.

Danach erzählte Saima ihrer Familie von der Heirat. Nadeem und seine Kumpanen waren immer noch hinter mir her und suchten mich. An diesem Tag, dem 26. Mai 2013, ging ich gegen 11 Uhr morgens zusammen mit einem Freund zum Urdu-Basar in Lahore. Dort griffen mich Nadeem und seine Leute wieder an. Sie eröffneten das Feuer gegen mich und ich rettete mein Leben, indem ich mich hinter einer Mauer versteckte. Sie riefen, dass sie mich misshandeln und töten würden, danach rannten sie weg.

In Bezug auf diese Heirat wandte sich auch meine Familie gegen mich und sie warfen mich aus meinem Vaterhaus. Meine Familie verhielt sich mir gegenüber äußerst harsch und sie wiesen diese Heirat vollständig zurück. Der Basiskonflikt beider Familien ist die Religion. Ich bin shiitischer Moslem, während Saima, meine Frau, Sunnitin ist.

Nachdem ich aus meinem Familienheim geworfen worden war, begab ich mich zum Haus meiner Großeltern in der Stadt Gujrat. Dort rief mich Saimas Cousine an, die mir alles erzählte, was mit Saima passiert war. Ihre Familie hatte sie sehr schlimm bestraft und sie sehr grob behandelt. Saima wurde verletzt und suchte zusammen mit ihrer Cousine einen Arzt auf. Von der Klinik aus entfloh sie nach Sheikhupura, eine andere Stadt, wo sie im Haus ihrer Cousine Schutz suchte. Nach dem Anruf ihrer Cousine brach ich dorthin auf und wir lebten drei Wochen lang zusammen.

Verfolgt

Eines Tages, als ich draußen unterwegs war, um einen besseren und sichereren Platz für uns zu suchen, kam Nadeen und zwang die Cousine in meiner Abwesenheit, ihm von uns zu erzählen und wo wir uns versteckten. Er drohte ihr an, sie zu töten, und so erzählte sie ihm von uns. Dann nahmen sie Saima mit und bestraften sie noch härter. Ich war in Gujrat City und jetzt waren sie hinter mir her. Nachdem mir mein Freund davon erzählt hatte, floh ich nach Rawalpindi, einer anderen Stadt.

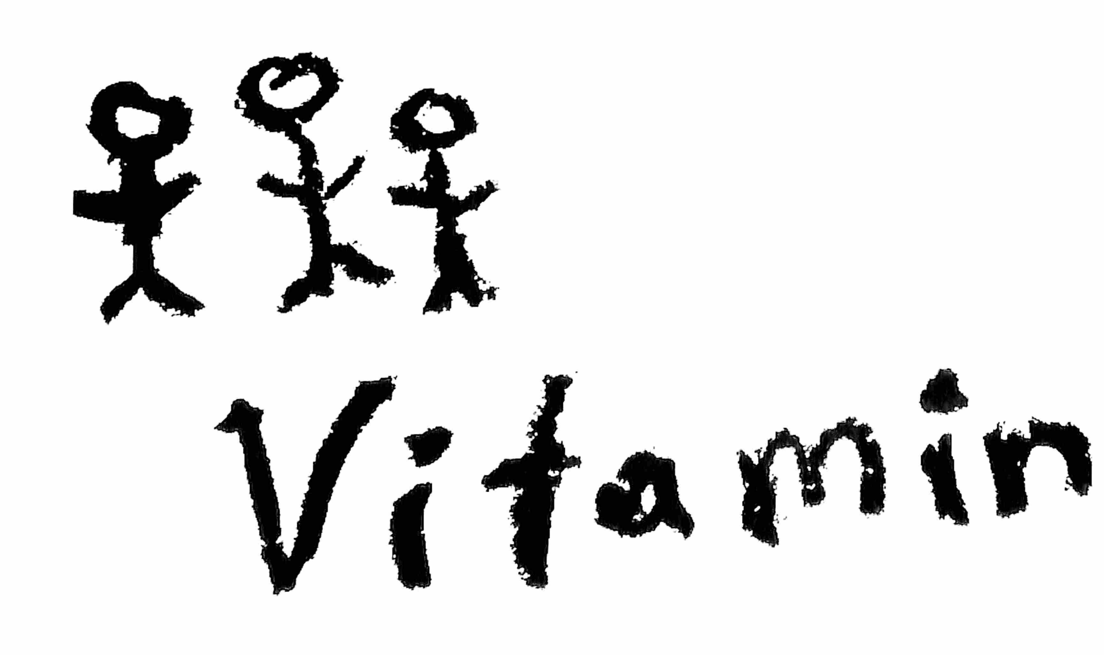
Am 15. Juli 2013 bin ich wieder nach Faisalabad Stadt gefahren, um an der jährlichen Gedächtnisfeier zum Tod meiner Mutter teilzunehmen. Dort stritt meine Familie mit mir und forderte mich auf, das Haus meines Vaters zu verlassen. Plötzlich kamen Nadeem und sieben seiner Freunde und Familienmitglieder mit Stöcken und Cricketschlägern und beide Familien begannen, miteinander zu kämpfen. Zu meiner Familie gehörten etwa 20 Personen, doch die meisten davon waren Frauen und Kinder. Als ich zusammen mit meiner Familie gegen die Familie meiner Frau kämpfte, schlug mich jemand mit einem Schlag auf den Kopf nieder. Als Nadeem sah, dass ich verletzt war, rannte er mit seinen Leuten davon.

Mein Kopf blutete und mein Cousin brachte mich ins Krankenhaus, wo ich mit 14 Stichen genäht wurde. An diesem Tag ging ich zur Polizei, doch abermals weigerte die Polizei sich, eine Anzeige aufzunehmen. Ein Polizist dort berichtete mir, dass die Familie meiner Frau bereits gefälschte Anzeigen gegen mich erstattet hatte. Und auf Basis ihrer falschen Aussagen hatte mich die Polizei bereits als Kidnapper, Vergewaltiger und Mörder zur Fahndung ausgeschrieben. Der Grund dafür liegt darin, dass diese Familie einen sehr machtvollen politischen Hintergrund und Einfluss besitzt und derzeit Regierungsstellen besetzt. Sie sind auch sehr korrupt und ungerecht. Sie benutzen die Polizei für ihre persönlichen Belange und Ziele, aber auch gegen ihre persönlichen Feinde. Auch meine Familie eröffnete einen Rechtsstreit gegen mich und erklärte, dass ich nichts vom Erbe meines Vaters erhalten würde.

Wegen meiner Liebe, meiner Heirat und meines Wunsches auf ein besseres Leben hatte ich alles verloren: Meine grundlegenden Rechte, meine Heimat, meine Familie.

Auf der schwarzen Liste

Im November 2013 musste ich, mithilfe eines Freundes, von Pakistan nach Deutschland fliehen. Bevor ich nach Deutschland kam, tat ich alles, um meine Frau zu kontaktieren. Erst in Deutschland gelang es mir, meinen Freund zu erreichen, der mir die Nummer meiner Frau gab. Als ich sie anrief, erzählte Saima alles, was sie ihr angetan hatten. Sie sagte mir, dass sie sie in ein Zimmer eingesperrt hatten, wo niemand mit ihr Kontakt



aufnehmen konnte. Sie hatten sie schwer bestraft (misshandelt) und verlangten von ihr, dass sie das Kind abtrieb, das sie von mir erwartete. Schließlich konnte sie entkommen und von dort weggehen. Bis jetzt leben meine Frau und mein Sohn an unterschiedlichen geheimen Orten und ihr Leben ist noch immer in Gefahr. Auch meine Frau erstattete bei der Polizei Anzeige. Sie erfuhr, dass mich die Polizei überall suchte. Das Gericht hatte mich zum Vergewaltiger meiner eigenen Frau erklärt, zum Killer und zum Kidnapper, weil ich nicht bei den Verhandlungen erschienen war. Mit Hilfe meines Freundes in Pakistan kontaktierte meine Frau einen Anwalt und dieser schrieb einen detaillierten Brief über die Gerichtsverfahren und die polizeilichen Verfahren und die Strafen, die mir drohen. Ich habe diesen Brief bei mir und Auszüge dieses Briefes zeigen, dass mein Schwager die Polizei benutzte, um eine schwere Anklage gegen mich zu erreichen. Nun ist mein Name auf einer Liste von Personen, die auf der Straße einfach von der Polizei erschossen werden dürfen.

In Deutschland

Ich lebe seit November 2013 in Deutschland und im September 2015 hatte ich ein Interview beim Bundesamt für Migration in München, aber sie lehnten mein Asylgesuch im Januar 2016 ab. Im März 2014 hat bei mein deutscher Arzt bei mir eine genetische Nierenerkrankung diagnostiziert und seitdem wurde ich Behandlungen in deutschen Krankenhäusern und durch deutsche Ärzte unterzogen. Es handelt sich um eine polyzystische Nierenerkrankung. Die Ärzte in Deutschland haben mir die beste Versorgung zukommen lassen. Meine Mutter starb aufgrund der falschen und schlechten Behandlung während der ersten Dialyse an derselben Nierenerkrankung. Sie war 42 Jahre alt.

In meinem Interview habe ich meine sämtlichen medizinischen Berichte gezeigt sowie andere Dokumente, die mein Asylverfahren betreffen. Aber mein Antrag wurde abgelehnt. Am 24. Januar 2016 klagte ich gegen die Entscheidung und jetzt warte ich auf die Gerichtsverhandlung. Meine Ärzte sagen mir, dass Anspannung und Depressionen schädlich für meine Gesundheit seien, aber ich bin hilflos.

Jedes Mal wenn ich an meine Situation und meine drohende Abschiebung denke, habe ich psychologische Probleme. Ich bin bei einem Urologen, einem Nephrologen, einem Psychologen und bei meinem Hausarzt in Behandlung. In meinem Land ist die medizinische Versorgung nicht gut und sehr sehr teuer. Sollten mich die deutschen Behörden in mein Land zurück abschieben, werde ich sehr früh sterben. Ich möchte in Sicherheit mit meiner Familie leben. Ich möchte eine gute medizinische Versorgung, durch die mein Leben gerettet werden kann. Ich möchte frei und ohne Angst vor Abschiebung in einem Land leben, in dem die Familie und der Staat mein Leben nicht mehr bedrohen.

Mit dem Kampf für die Freiheit meiner Familie setze ich mein politisches Engagement im Exil fort. Ehrenmorde sind in Pakistan eine äußerst extreme Angelegenheit. Es geht um Ehrenmorde aufgrund von Liebesheiraten oder gegen das Familiensystem. Leute, die gegen die Wünsche ihrer Familien heiraten und dadurch ihre eigenen Wünsche über die ihrer Familie stellen, werden im Namen der Ehre getötet. Auch meine Frau und ich sind mit dem gleichen Problem konfrontiert. Unsere Familien akzeptieren uns nicht und wenn sie uns zusammen finden würden, würden sie uns sofort töten.

Ich habe viele Briefe an das Bundesamt in München geschrieben, dass meine Frau und mein Kind in Gefahr sind und dass ich beide sobald wie möglich hierher bringen möchte, doch wurden meine Anträge abgelehnt. Ich verlange eine sichere Möglichkeit für meine Familie nach Deutschland zu kommen und mit mir in Sicherheit zu leben. Ich appelliere an eure kritische Solidarität und eure Unterstützung. Steht mir in Solidarität bei für eine bessere Zukunft für mich und meine Familie! ✖

Mehr Infos

✖ *Das englischsprachige Original von »Über die gewaltvolle Rolle von Religion, Vetternwirtschaft und staatlicher Korruption« siehe http://thevoiceforum.org/node/4338.*

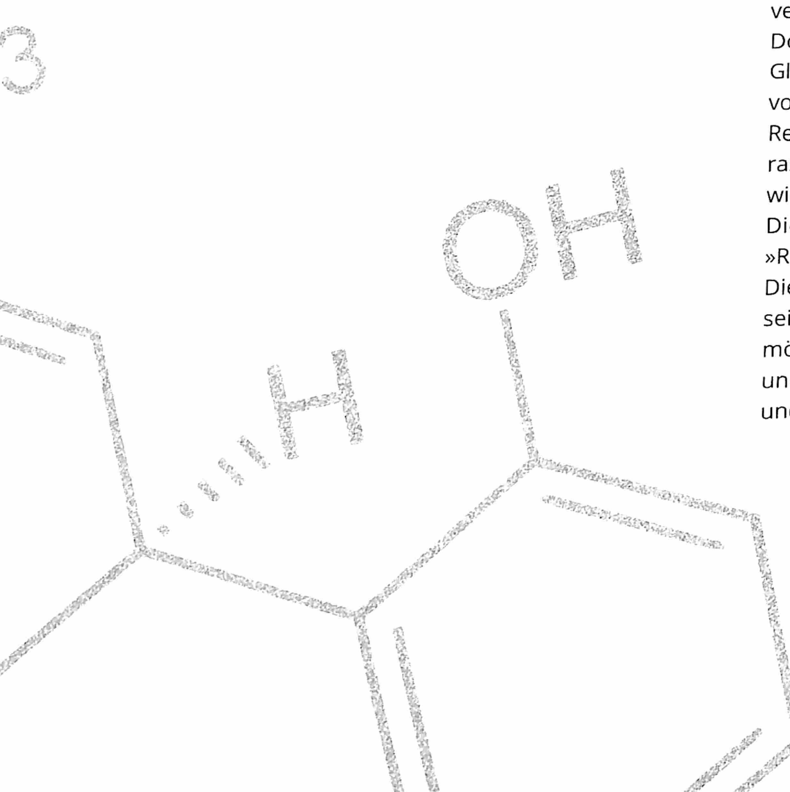


SCHWERPUNKT

Religion und andere Drogen

ZAG

Im Namen der Religion werden Anschläge verübt, Kriege geführt und Einreiseverbote ausgesprochen. Religionen sind der Leim, wenn Politik alleine keine Überzeugungskraft hat. Religionen sind ein Set von Glaubenssätzen über höhere Kräfte und Wesen und sind mit Regeln der Lebensführung und mit Weltanschauungen verbunden. Man kann seinen persönlichen Glauben pflegen, der Trost spendet und Leitlinien im Alltag vorgibt. Und im Luther-Jahr ist dies alles um so aktueller.
In der BRD leben gut ein Drittel Konfessionslose, fast 60 Prozent gehören einer christlichen Kirche an und 5 Prozent verstehen sich als Muslime. Der persönliche Glaube hängt dabei weniger von den offiziellen Lehren der Glaubensrichtungen ab. Durch die Bank liegt die Bedeutung von Religion im Leben der meisten Menschen hinter Familie, Freunden, Beruf und Politik. Sinnstiftend ist Religion im persönlichen Leben dennoch. So werden religiöse Feste gefeiert und Taufe oder Beschneidung zelebriert. Selbst, wenn man nicht dran glaubt.
Aber Religion geht über den persönlichen Bereich hinaus. Religion wird organisiert in Kirchen und Gemeinden, in Ritualen und Gottesdiensten, durch Symbole und Macht. Dies sieht man spätestens bei den Fragen zu vorehelichem Geschlechtsverkehr, Abtreibung oder der Öffnung der Ehe für Homosexuelle. Hier sind die Gläubigen im Unterschied zu ihren Religionsgemeinschaften offener und toleranter als die sie vertretenden Institutionen und Funktionäre. Diese erheben aber den Anspruch den richtigen Glauben (auch in Widerspruch zu ihren Anhänger*innen) in der Öffentlichkeit und in Fragen der allgemeinen Gesetzgebung zu vertreten.
Doch möchten wir nicht etwa spezielle Religionen und deren Glaubenssätze einer Prüfung unterziehen, sondern die Bedeutung von Religion im Kontext von Politik und Rassismus erörtern. Mittels Religion lässt sich wunderbar diskriminierendes, sexistisches und rassistisches Handeln begründen. Religion gebiert Feindbilder wie Selbstbilder, die kaum etwas mit der Realität zu tun haben. Dieser Art Realitätsverschiebung gehen wir unter dem Titel »Religion und andere Drogen« auf den Grund.
Die Linke beschäftigt sich eher wenig mit Religion. Spätestens seit Marx wissen wir: Religion ist das Opium des Volkes. Sie ermöglicht das Leiden in dieser Gesellschaft erträglich zu machen und zugleich anzuklagen. Religion ist eine Form der Ideologie und als solche gewährt sie einen verkehrten, naturalisierten und



ahistorischen Blick auf die eigene elende Gesellschaft. Diese Religionskritik ist im Marxismus aber sekundär. Im Mittelpunkt marxscher Kritik steht die Kritik des sozialen Lebens, der Ausbeutung und des Staats.

Es gibt einige Kritiken, die dem Sozialismus oder dem Marxismus selbst einen quasi religiösen Status zuschreiben. Zum Zwecke der Erlösung der Menschheit, seien auch Gulag oder »Umerziehungslager« probate Mittel, so lautete der Vorwurf an die real existierenden sozialistischen Staatenlenker. Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao seien die Propheten dieser weltlichen Religion. Und mag dies nun auch unter dem Schutt der Geschichte liegen, so ist die religiöse Aufladung linker Überzeugungen immer wieder zu beobachten, sei es die kanonische Deutung der Schriften, seien es Demonstrationen, die Prozessionen gleichen, die Heiligenverehrung oder der Glaube an die Erlösung in einem zukünftigen Paradies – manchmal mit Arbeiter*innen und Bäuer*innen bevölkert, ein anderes mal mit bio-dynamischen, sich stets zugewandten allseitig begabten Menschen jeglichen Geschlechts. Doch auch dies lässt sich als religiöse Utopie kritisieren – mit eben jenen Maßstäben, die die Kritik der Gesellschaft zur Verfügung stellt.

Weshalb hat Religion ein solches Gewicht? Nach dem Ende der Blockkonfrontation scheinen Kultur und Religion an die Stelle von Imperialismus und Klassenkampf getreten zu sein. Religion ist ein Bezugspunkt in vielen politischen Auseinandersetzungen, wie es sich im Verfahren gegen Mitglieder von Pussy Riot oder bei der Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre, oder beim islamistischen Terrorismus gezeigt hat.

Religion grenzt Menschen aus – entlang der Linie der verschiedenen Glaubensvorstellungen und Kirchen sowie entlang gesellschaftlicher Vorstellungen. Dies gilt für antijudaistische und antisemitische Reflexe in den christlichen Kirchen bzw. bei den Pius-Brüdern oder dem Opus Dei wie auch für den Hinduismus gegenüber Sikhs oder für den Buddhismus in Myanmar gegenüber Muslimen. Es lässt sich, wie bei Rassismus auf politischer Ebene, im Raum der Symbole und des materiellen Lebens eine Ordnung, Ein- und Ausgrenzung von Interessen herstellen. Macht und Herrschaft, Verteilung von Ressourcen, Zugang zu Rechten können auf diese Weise organisiert werden. Und die Menschen machen es »gerne«, denn sie sind ja so oder so religiös oder anders, sie können sich damit identifizieren, mit den Etiketten, die andere ihnen geben, und mit ihren Nachbarn, die derselben Religion angehören. Sie werden anerkannt als Teil einer Gemeinschaft, selbst wenn diese Zuschreibungen Nachteile mit sich bringen.

Nun gilt diese Art der Ein- und Ausgrenzung nicht an sich für Religionen; aber Religionen und religiöse Menschen können ihren Rassismus und Antisemitismus religiös begründen. Und damit als göttlich gegeben hinstellen. Religion dient somit auch der Identitätsstiftung und der Letztbegründung von Aussagen und Weltanschauungen. Diskussionen (und andere Meinungen) sind dann überflüssig bzw. ketzerisch. Religionen dienen der Legitimation von Herrschaft, vorhandenen gesellschaftlichen Brüchen und Politiken. Mindestens seit der Französischen Revolution muss sich Religion allerdings rechtfertigen und staatliches Handeln kann sich nicht mehr ohne weiteres auf Religion und Gott berufen. Den säkularen Staat sollten Unterschiede in der Religion seiner Einwohner*innen nicht interessieren. Was ihn allerdings interessiert sind Fragen der Macht, zu der religiöse Institutionen beitragen und religiöse Überzeugungen dienen können.

Auch Konservative und Rechtspopulist*innen in der AfD und Pegida stützen sich auf ihre religiösen Lehren, wenn sie das christliche Abendland anrufen, um Beschneidung, Moscheebauten oder Abtreibung zu verbieten. Alles im Namen des Herrn. Der Versuch der AfD Angst vor dem Islam und Muslimen zu schüren zeigt, dass dafür nicht viel nötig ist. Antimuslimische Ressentiments ermöglichen einen Kulturkampf, der scheinbar Muslime in den Gegensatz zu säkularen oder wahlweise in den Gegensatz zu christlichen Werten setzt. Sie setzen auf Ausgrenzung mittels Rassismus, um ihre Agenda der Entsolidarisierung und Konkurrenz zu verbreiten. Dabei reaktivieren sie Vorstellungen gesellschaftlichen Lebens, die für die 1950er der BRD vielleicht einmal maßgeblich waren. Sie lehnen Abtreibung ab genauso wie die Gleichberechtigung der Geschlechter oder die Homoehe. Diesen Gegenentwurf möchten sie allen aufzwingen und preisen ihn als den Weg der Erlösung aus dem Sündenpfuhl ebenso wie aus der Krise der Gesellschaft.

Wie halten wir es mit der Religion? Unter den Bedingungen von Emanzipation und Autonomie müssen wir wohl oder übel anerkennen, dass Menschen religiös sind und deshalb ihre Gebräuche pflegen. Unsere Aufgabe ist es, Religion als Trostpflaster schlechter Zustände unnötig zu machen. ✖





Wiederkehr der Religionen und antiislamischer Rassismus

Eine doppelte Herausforderung

Jan Wollmann

Antiislamischer Rassismus bezieht sich oftmals auf eine linke Tradition der Religionskritik. Als argumentatives Mittel gegen diese Verfälschung ist es wichtig, Meinungs- und Religionsfreiheit nicht als Widerspruch zu verstehen. In der praktischen Auseinandersetzung ist eine Unterscheidung zwischen verschiedenen Ebenen der Konfliktführung hilfreich.

Ambivalenz des Religiösen

Im Nachgang zur französischen Revolution wurden erste, durch die Ideen der Aufklärung inspirierte Versuche unternommen, Religion zu verbieten (*déchristianisation*). Die klassische marxistische Linke sah Religion dann als Teil eines »verkehrten Bewusstseins« und als »Opium des Volkes«. Die Geschichte der sogenannten neuen sozialen Bewegungen ab den 1970er Jahren ist wiederum eng verbunden mit einer kulturellen Auseinandersetzung und dem Erkämpfen von Freiheiten, die nicht selten explizit gegen die christlichen Kirchen errungen wurden – erwähnt seien hier nur die Problemfelder Ehescheidung und Wiederheirat, Abtreibung und Gleichstellung von LGBT.

Die drei Schlaglichter und Traditionslinien machen deutlich, dass das Verhältnis von Religion und gesellschaftlicher Linker nicht einfach ist, sondern durch Skepsis geprägt wurde, oftmals auch durch offene (gegenseitige) Feindschaft.

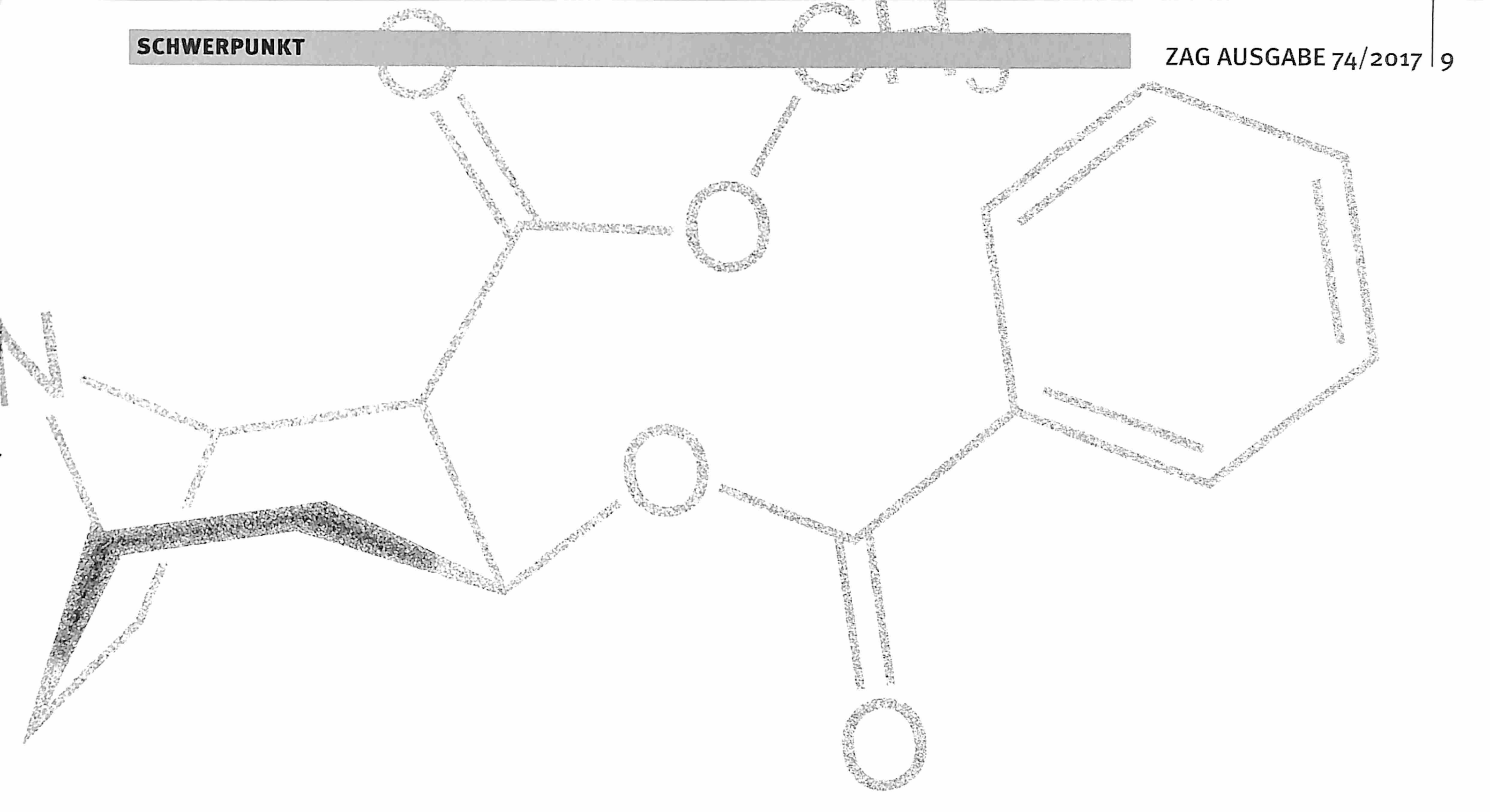
Natürlich gab es auch immer wieder Überschneidungen und geteilte Positionen: z.B. den Widerstand der Bekennenden Kirche gegen das Nazi-Regime, Martin Luther King und die katholische Befreiungstheologie. Neuere Konfliktsoziologie sieht Religion auch in Bezug auf Gerechtigkeit, Konflikt und Frieden in einem nicht eindeutigen Verhältnis. Religion kann zu Konflikten führen, Religion und religiöse Führer können aber genauso zu Frieden, Fortschritt und vor allem zu Versöhnung beitragen.[1]

Die von vielen Linken geteilte Hoffnung auf ein Verschwinden der Religion hat sich nicht erfüllt und wird sich nicht erfüllen. Stattdessen wird nun schon seit einigen Jahren über die »Wiederkehr der Götter« (Friedrich Wilhelm Graf) und die Renaissance der Religion diskutiert. Die These von einer Korrelation zwischen materiellem Wohlstand, Bildung und Abnahme der religiösen Bindungen ist in einem globalen Maßstab nicht haltbar. Gerade die Herauslösung aus traditionellen Bindungen und der damit einhergehenden selbstverständlichen Form der Religiosität fördert oftmals das Bedürfnis nach einer erneuerten, diesmal reflektierten und bewussteren Hinwendung zu religiösen Gehalten. Diese neue Form der Religiosität ist dann nicht selten kompromissloser und wichtiger für die eigene Identität, als es die traditionelle Religion der Elterngeneration war. Ansprüche auf Gerechtigkeit und Anerkennung, werden zunehmend in Bezug zu diesen neuen religiösen Identitäten formuliert und nicht mehr in der Terminologie des Klassenkampfes.[2]

Hooligans für Frauenrechte?

In den letzten Jahren hat sich in der gesamten westlichen Welt noch eine andere Diskursverschiebung ergeben, welches dieses traditionell kritische Verhältnis zwischen Religion und gesellschaftlicher Linke infrage zu stellen scheint. Diese Diskursverschiebung steht unter der Überschrift des antiislamischen Rassismus. Diskursverschiebung deshalb, weil sich diese rassistischen Positionen oftmals auf oben aufgeführte linke Tradition der Religionskritik und des Antifaschismus bezieht und versucht diese vorzuführen.

So behauptet z.B. CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn: »[...] Religionskritik war mal etwas Linkes! Für Frauen und Emanzipation zu kämpfen war mal etwas Linkes! [...] Für Schwulenrechte kämpfen war mal etwas Linkes!«[3] Dies ist kein Einzelfall, sondern folgt einem argumentativen Trend. So ist die AFD keinesfalls nur christlich-fundamentalistisch motiviert, sie bezieht sich selbst als »Retterin des Abendlandes« auf die Tradition der Aufklärung, zu der der Islam angeblich nicht fähig ist. Frauke Petry sieht ihre Partei als »Garantin jüdischen Lebens«. Geert Wilders sieht sich in der Tradition von Pim Fortuyn als Kämpfer für die Rechte Homosexueller



und Alice Weidel von der AFD positioniert sich offen homosexuell gegen den angeblichen »Islamfaschismus«.

Diese Aussagen sind strategisch ernst zu nehmen, denn sie versuchen an linke Argumente anzuknüpfen, indem Positionen eingenommen werden, die aus linker Sicht vordergründig nicht abzulehnen sind. Nach dem Motto: »Ihr seid doch auch für Frauenrechte/Meinungsfreiheit/LGBT-Rechte, weshalb verteidigt ihr dann die Muslime?« Das führt ja tatsächlich zu Problemen und Verunsicherung. Das beste Indiz für diese Probleme findet sich im Call zu diesem Schwerpunktheft, wenn gefragt wird, »ist Religionskritik diskriminierend? Wie kann Religionskritik aussehen?«

Rassifizierung von Religion

Hier ist zunächst klarzustellen, dass antiislamischer Rassismus sich grundsätzlich von der Tradition linker Religionskritik unterscheidet. Er richtet sich im Kern nicht gegen Religion als solche, sondern nur gegen eine bestimmte Religion, die in einem antiislamischen Diskurs schlechter als alle anderen sein soll. Diese Annahme beruht auf essentialistischen Positionen, also auf Annahmen über »den Islam«, die davon ausgehen, dass es sich hier um einen monolithischen Block handelt. Das Religionsbild, welches dieser Abwertung zugrunde liegt, ist statisch und ahistorisch. Es trifft sich tatsächlich in vielen Punkten mit der Ideologie des Islamismus, stellt aber keine angemessene Beschreibung gelebter islamischer Religiosität dar. Es richtet sich zumal gegen eine Religion, die in den westlichen Ländern eine Minderheitenposition einnimmt.

Diese Form der Religionskritik ist rassistisch, weil sie Eigenschaften »des Islam« konstruiert und auf einzelne Menschen überträgt und diese dadurch abwertet und ausgrenzt. So wird eine Art muslimischer Rasse erfunden. Rasse ist nicht Ausgangspunkt, sondern Endprodukt dieser Form von Rassismus. Ohne etwas gleichsetzen zu wollen, lohnt sich der Vergleich mit dem Antisemitismus der 1930er Jahre. Es handelt sich laut Yasemin Shooman, ähnlich wie bei antisemitischen Positionen, um eine Rassifizierung religiöser Zugehörigkeit. Muslim(a) sein, hat demnach nicht etwas mit einer Einstellung, sondern mit einer Abstammung zu tun. Den Wortführer*innen dieses Diskurses geht es nicht um eine repressive Religionspraxis, sondern »um die bloße Anwesenheit muslimisch markierter Migrantinnen und Migranten«.[4]

Antiislamischer Rassismus ist keineswegs nur ein Diskurseffekt. Auf institutioneller Seite wird antiislamischer Rassismus durch eine Politik des permanenten Ausnahmezustandes begleitet. Bürger- und Freiheitsrechte werden im Namen eines aus dem Ruder gelaufenen Sicherheitsdiskurses systematisch beschnitten. Rolf Gössner weist darauf hin, dass ein mehr oder weniger schleichender Wandel stattfindet, »vom eingehegten demokratischen Rechtsstaat zum bisherige Grenzen überschreitenden Sicherheits- und Präventionsstaat.«[5] Verfassungswidrige Antiterrorgesetze, Einsätze des Militärs im Inneren und die fragwürdige Rolle der Geheimdienste sind die zentralen Bestandteile dieses Umbaus.

Religions- und Meinungsfreiheit gehören zusammen

Gefragt ist eine argumentative Strategie, wie eine linke Positionierung angesichts dieser doppelten Herausforderung von antiislamischem Rassismus und Wiederkehr der Religion aussehen kann. Ein klarer Bezugspunkt zur Beantwortung dieser Fragen ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 mit ihren Artikeln zur Religions- (Art. 18) und Meinungsfreiheit (Art. 19). Teil der oben skizzierten rassistischen Strategie ist es, hier einen Zielkonflikt zwischen Meinungs- und Religionsfreiheit zu konstruieren. In der öffentlichen Debatte ist es immer wieder dazu gekommen, diese beiden Freiheitsrechte gegeneinander zu stellen. Entweder Religions- oder Meinungsfreiheit und wenn wir das eine als Teil unserer »Kultur« verteidigen wollen, müssen wir das andere einschränken.

Von diesen Entgegensetzungen sollte man sich nicht in die Irre führen lassen. Das Recht auf Religionsfreiheit und das Recht auf Meinungsfreiheit ergänzen sich, beides sind Freiheitsrechte, die sich auf die inneren und äußeren Bereiche von Personen

beziehen.[6] Religionsfreiheit schützt demnach nicht einen festen Korpus von Überzeugungen gegen Kritik, sondern es schützt den Einzelnen in seiner Freiheit, sich einer Religion anzuschließen, oder nicht. Rechtsträger sind Gläubige, nicht Religionen und Glaubensinhalte.[7] Es gibt kein Menschenrecht, welches Religionen per se gegen Kritik schützen würde. Es gibt aber einen Anspruch darauf, gegenüber Haßrede, rassistischer Verleumdung und Benachteiligung geschützt zu werden.[8] Diese Unterscheidung muss klar benannt werden.

Wie lässt sich hier eine Grenze ziehen? Zunächst, Konflikte um das Verhältnis von Religion, Staat und Öffentlichkeit sind nichts Schlechtes. Sie müssen ausgetragen werden, denn es gibt in diesem Verhältnis keine allzeit richtigen Lösungen. Eine offene Diskussion kann das beste Mittel gegen negative Stereotype und Stigmatisierungen sein. Dabei ist es wichtig, dass in solchen Diskussionen auch die Vielstimmigkeit religiöser Akteure zum Ausdruck kommt.

Hilfreich kann hier eine Unterscheidung aus der Konfliktsoziologie sein. Konflikte, als kommunikative Prozesse, lassen sich in eine Sach- und eine Beziehungsebene unterteilen.[9] Auf einer Sachebene, können praktische Probleme, wie, wer, wann und in welcher Aufmachung am Schwimmunterricht teilnimmt, was für eine Kopfbedeckung angemessen ist, etc. themenbezogen diskutiert werden. Sach- und themenbezogene Konflikte gehen immer mit einer Anerkennung des Gegenübers einher. Rassistische Argumentation wechselt auf eine Beziehungsebene und in den Modus der Beschuldigungen und Unterstellung, so etwa, dass es sich beim Islam um eine »Verbrecherorganisation«[10] handele und dass mit dem Tragen eines Kopftuches die Unterwanderung des Abendlandes geplant sei. Dies kann, wie es AFD Vertreter*innen und Islamist*innen gleichsam wollen, zu einem Freund/Feind-Schema und einem Machtkonflikt eskalieren. Dann gibt es nur noch »wir« gegen »die«.

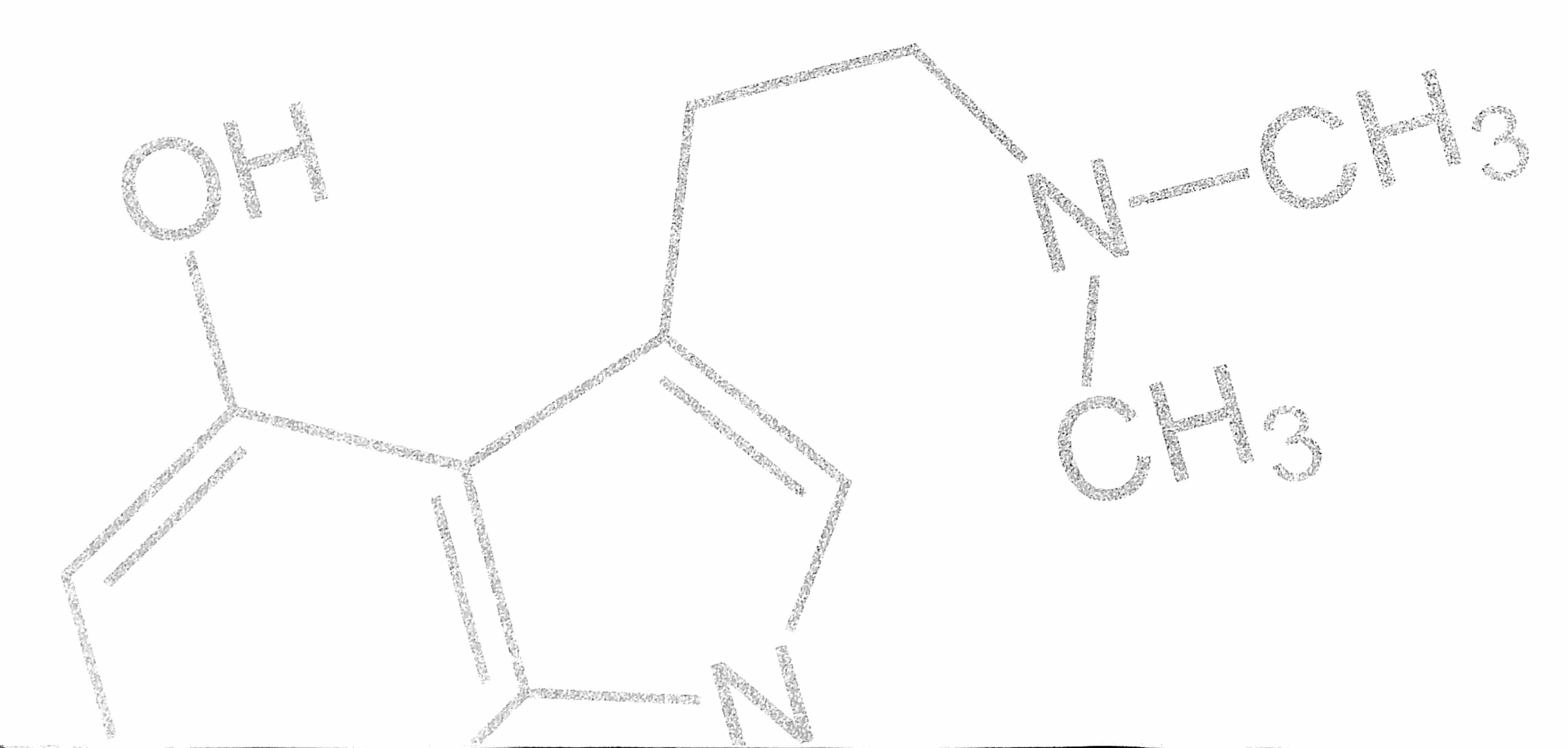
Was ist dann im Angesicht von Wiederkehr der Religionen und antiislamischem Rassismus eine linke Position? Links ist, durch entschiedene Gegenrede Menschen gegen pauschale Unterstellungen und negative Stereotypen zu verteidigen. Links kann aber auch sein, Religionskritik auf einer sachlichen Ebene zu äußern und zu versuchen, eskalierte Konflikte auf diese Ebene zurückzubringen. ✖

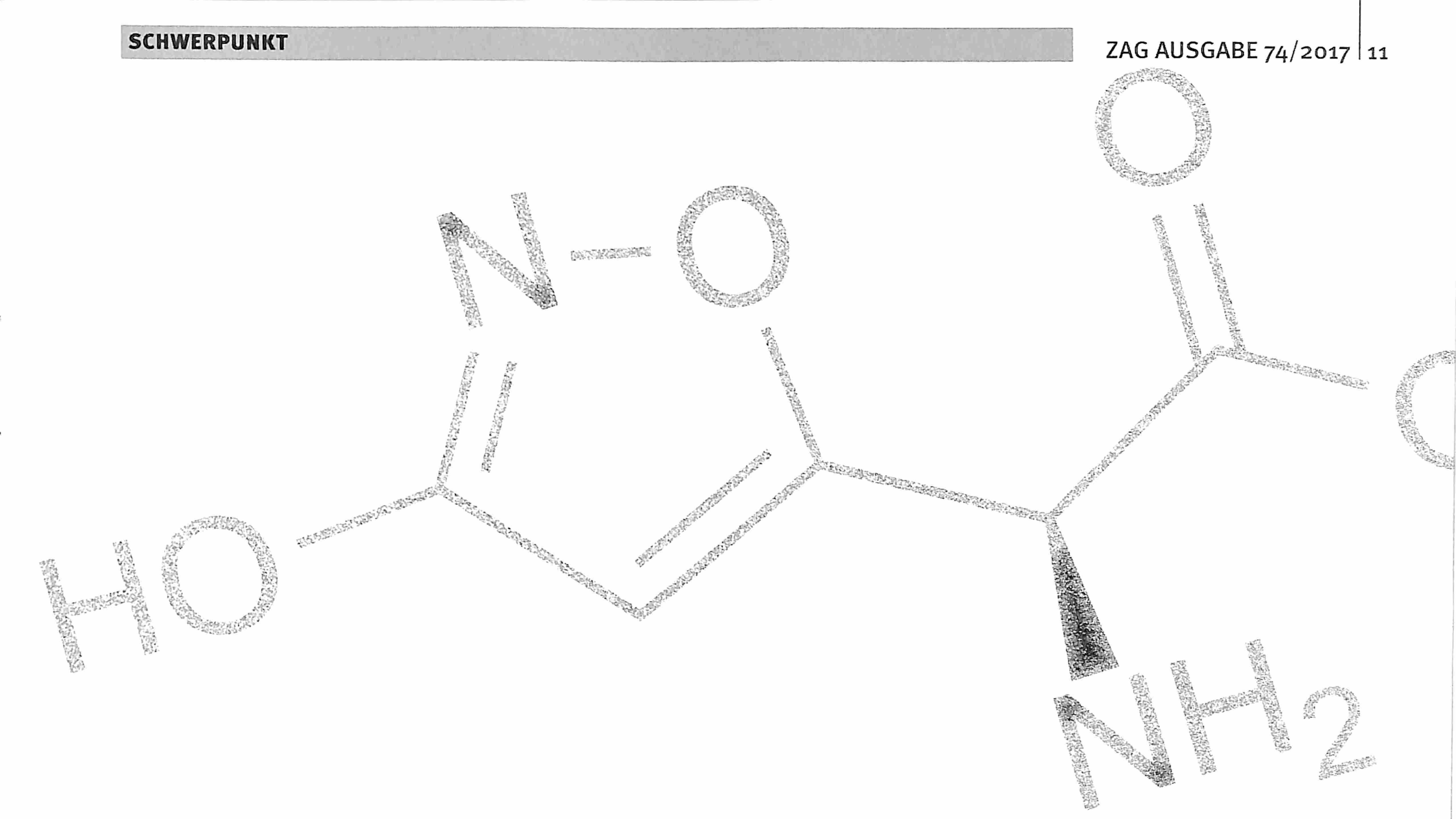
Zum Autor

✖ *Dr. phil. Jan Wollmann arbeitet als Koordinator für die »Internationale Liga für Menschenrechte e.V.« (ILMR) und als freiberuflicher EU-Fundraiser. Er ist Soziologe und hat in Bielefeld am Graduiertenkolleg 844/3 »Weltgesellschaft« promoviert. Seine Dissertation trägt den Titel »Islam in der Weltgesellschaft – Strukturbildungen, Konfliktausdifferenzierung und Deeskalation. Vom ›nahen Feind‹ über den ›Kampf der Kulturen‹ zum ›arabischen Frühling‹«.*

Fußnoten

1 *R. Scott Appleby (2000), »The Ambivalence of the Sacred: Religion, Violence, and Reconciliation«.*
2 *Olivier Roy (2006), »Der islamische Weg nach Westen: Globalisierung, Entwurzelung und Radikalisierung«.*
3 *Jens Spahn (2017), in ZEITmagazin Nr. 22/2017*
4 *Yasemin Shooman (2015): »Zur Debatte über das Verhältnis von Antisemitismus, Rassismus und Islamfeindlichkeit« in Katharina Rauschenberger/Werner Konitzer (Hrsg.), »Antisemitismus und andere Feindseligkeiten. Interaktionen von Ressentiments«.*
5 *Rolf Gössner (2016), »Angst- statt Sicherheitspolitik« in Institut für sozialökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Hrsg.), »TERROR – wo er herrührt, wozu er missbraucht wird, wie er zu überwinden ist«, ISW-»Spezial – Nr. 29«.*
6 *UN Human Rights Council (2015), »Report of the Special Rapporteur on freedom of religion or belief«, A/HRC/31/18, www.refworld.org/docid/56c2e4cd4.html.*
7 *Siehe auch Niklas Luhmann (1968), »Grundrechte als Institution«.*
8 *UN Human Rights Council Resolution (2011), »Combating intolerance, negative stereotyping and stigmatization of, and discrimination, incitement to violence, and violence against persons based on religion or belief«; A/HRC/16/18.*
9 *Hans Messmer (2002): »Konflikt und Konfliktepisode: Strukturen, Prozesse und Funktion einer sozialen Form«, Zeitschrift für Soziologie 32: 98-122, http://www.zfs-online.org/index.php/zfs/article/viewFile/1127/664.*
10 *vgl. Eberhard Schulz, »Beschwerde zum Oberverwaltungsgericht: Provokation der Rechtspopulisten mit den ›Mohammed-Karikaturen‹ muss verboten werden« und andere Positionen auf www.menschenrechtsanwalt.de/category/antiislamischer-rassismus.*





»Schuster, bleib bei deinen Leisten!«

Kirche und Staat könnten ohne einander, aber sie wollen (aus gutem Grunde) nicht...

Dennis Riehle

Ist der Säkularismus in Deutschland gescheitert? Derzeit scheint eher die Frage, ob er gewollt ist. Denn wir sind von einem säkularen Staatswesen auch im 21. Jahrhundert noch weit entfernt. Das machen zahlreiche Beispiele aus dem öffentlichen Leben deutlich – und offenbaren dabei die enge Beziehung von Kirche und Politik.

Im deutschen Grundgesetz lesen wir: »Es besteht keine Staatskirche«. Artikel 140 GG regelt das Verhältnis von Kirche und Staat in Deutschland. Er umfasst Bestimmungen aus der Weimarer Reichsverfassung, die schlichtweg übernommen wurden – und damit verdeutlichen: Sie sind nicht mehr die allerjüngsten. Und so sagt der erste Absatz von Art. 137 WRV, der in unsere heutige Verfassung übernommen wurde, auch nicht viel aus. Er regelt offenbar eher eine einseitige Bestimmung – nämlich die, dass die Kirche nicht vom Staat gelenkt wird. Doch wie sieht es dagegen umgekehrt aus? Hier lässt das Grundgesetz viel Spielraum – immerhin kennt es die Glaubens- und Religionsfreiheit (jedoch keine Institutionsfreiheit...), die offenbar jegliche Berührungsangst der Kirchen fallen und die Begierden nach Mitsprache, Einflussnahme und der Inanspruchnahme staatlicher Leistungen wachsen lässt. Sie ziehen ihre Steuern über öffentliche Behörden ein, erteilen Religionsunterricht an staatlichen Schulen und reden nicht nur bei ethisch relevanten Fragen in der Tagespolitik mit.

Doch es sind nicht nur die zementierten Ansprüche, die die Kirche wiederum als Selbstverständlichkeiten aus der jahrhundertelangen Tradition ansieht, die wir alle als regelmäßige Überschreitung der imaginären Grenze zwischen Staat und Glaubensgemeinschaft kennen – und die übrigens nur in den Köpfen derjenigen existiert, die sich aus ihrem freiheitlichen Verständnis von Demokratie eine vollkommen legitime Trennung der beiden Akteure wünschen. Denn Laizismus, also eine strenge Abschottung der Kirche vom Staat – und genauso in die andere Richtung –, wie wir ihn aus Frankreich kennen und die dort gleichsam zu manch überraschenden Konflikten wie der Frage um die künstlerische Botschaft einer Weihnachtskrippe im Rathaus führt, gibt es in Deutschland nicht. Und er ist auch nicht gewollt, weder von Politik, noch von unserem Bundesverfassungsgericht. Es betonte beispielsweise in einer Entscheidung aus dem Jahr 2015: »Das Gebot staatlicher Neutralität in religiös-weltanschaulicher Hinsicht [hat] nicht zur Konsequenz, dass aus [...] allen staatlich gestalteten Lebensbereichen das religiöse Moment verdrängt [wird]. Ein derartiges laizistisches Verständnis dieses Gebots [ist] nicht wirklich neutral, sondern würde eine laizistische Weltanschauung besonders betonen« (1 BvR 458/10 vom 27.10.2016). Das Gericht setzte damit eine Rechtsprechung aus dem Jahr 2003 fort, in dem es noch deutlicher formulierte: »Die dem Staat vom Grundgesetz auferlegte Pflicht zu weltanschaulich-religiöser Neutralität [ist] keine distanzierende, abweisende im Sinne der laizistischen Nichtidentifikation mit Religionen und Weltanschauungen [...]« (2 BvR 1436/02 vom 24. September 2003).

Bundestag spricht weiter von »Staatskirchenrecht«

Auf diese Entscheidung verweist übrigens auch der Bundestag immer wieder. In einer meinerseits eingereichten Petition forderte ich die Novellierung des Art. 140 GG und eine Anpassung an die Wirklichkeiten der Zeit. Der zuständige Ausschuss lehnte gar eine Veröffentlichung der Eingabe ab, sah kein »öffentliches Interesse« für mein Anliegen. In einer langen Argumentation zementierte er viel eher den Ist-Zustand und stellte klar, dass der angesprochene Artikel weiterhin »vollgültiges Verfassungsrecht ohne Abstriche in Rang oder normativer Kraft« besitzt. Deutschland sei ein »säkularer, aber kein laizistischer Staat«. Die in Art. 140 GG eingebundenen Regelungen »wiederholen« bereits im Grundgesetz enthaltene Aspekte. Es bleibe »festzuhalten, dass das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften in Deutschland sowohl aus Elementen der Trennung, als auch solchen der Kooperation besteht«. Eine »Staatskirche ist unzulässig«, hiermit sei aber lediglich die »institutionelle Einbindung einer Religionsgemeinschaft in die Organisation des Staates« angesprochen. »Kooperationen in Form von vertraglichen Absprachen zwischen dem Staat und (vorwiegend) den großen christlichen Religionsgemeinschaften sind dagegen charakteristisch für das deutsche Staatskirchenrecht«. Dass von einem »Staatskirchenrecht« gesprochen wird, während die »Staatskirche« doch gemäß des Grundgesetzes eigentlich gar nicht existiert, offenbart das große Paradoxon der gesamten Situation, in der sich Deutschland mit seiner eigentümlichen Gratwanderung zwischen Kirche und Staat befindet.

Ob es angesichts solch einer Haltung überhaupt angemessen sein kann, von einem Säkularismus zu sprechen, möchte ich bezweifeln. Zwar haben die Gesellschaft und der Staat eine Aufklärung im Sinne einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung durchlaufen und sich ideologisch vom Diktat der Kirche gelöst. Auf eine wechselseitige Liebe möchte man wohl dennoch nicht verzichten – gerade dann nicht, wenn man sich vom Gegenüber Unterstützung erwartet, sei es finanziell, in Wählerstimmen oder in Rechten. Zwar vermag ein aufgeklärtes Miteinander eine Symbiose erlauben, allein der Eindruck von Abhängigkeiten wäre allerdings zu viel, wenn es darum geht, seine Eigenständigkeit zu bewahren und nicht anfällig zu werden für mehr Entgegenkommen, als man es bei einem anderen Akteur ohne Macht und Einfluss üben oder auch erwarten würde.

Dass man aber wohl nicht aufeinander verzichten kann, zeigen Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit. Vor der Landtagswahl 2016 für Baden-Württemberg versandte ich einen Fragebogen der atheistischen »Giordano-Bruno-Stiftung« an die Kandidaten in den umliegenden Wahlkreisen, um deren Haltung zu wesentlichen Themen einer säkularen Politik zu ermitteln. Besonders überrascht hat dabei die FDP, die sich sonst als eine Verteidigern der Grundrechte gibt und im eigenen Programm immer wieder vom »Humanismus« als wesentliche Orientierung in ihrem Tun spricht. Ihre Antworten auf die Wahlprüfsteine sind bezeichnend dafür, wie verkeilt Kirche und Staat mittlerweile sind. Eine angeschriebene Kandidatin der Liberalen wollte sich nach eigenen Angaben weder für die Beendigung der Privilegien der Kirchen einsetzen, noch die Trennung zum Staat konsequenter vorantreiben. Die Staatsleistungen dürften nicht abgelöst werden, die Evolutionstheorie solle weiterhin erst in den weiterführenden Schulen gelehrt werden, Arbeitnehmerrechte in kirchlichen Einrichtungen brauchten nicht verbessert zu werden. Einen integrativen Ethik- oder Religionsunterricht wolle sie nicht, Ethik solle freiwilliges Fach bleiben. Das Schulgesetz bedürfe keiner Säkularisierung, Kirchen brauchten nicht in Lobbyregister eingetragen zu werden, weil es in Baden-Württemberg letztere nicht gebe. Der Gotteslästerungs-Paragraf (§ 166 StGB) müsse erhalten bleiben. Seelsorge bei Polizei oder Bundeswehr gehöre auch weiterhin staatlich finanziert, eine Lockerung der Feiertagskultur und der Tanzverbote lehne sie ab.

Im Gegensatz dazu äußerte DIE LINKE: Man werde sich dafür einsetzen, die kirchliche Dominanz durch Abschaffung der Kirchenverträge und Konkordate abzuschaffen und die Rechte von Arbeitnehmern in kirchlichen Einrichtungen zu stärken. Das Tanzverbot müsse weg und Subventionen für kirchliche Veranstaltungen dürften nicht anders ausfallen als für weltliche. Der Gottesbezug in der Landesverfassung solle gestrichen werden, eine Säkularisierung die Dominanz der Kirchen in Schule und auch Gesellschaft ablösen. Die beiden befragten linken Landidaten, die sich geäußert hatten, betonten, dass in der Bildung die Lehre der Evolution gestärkt und ein Ethik-Unterricht ab der 1. Klasse eingeführt werden solle. Interessant hierbei, dass beide Kandidaten Deutschland wohl erst am Beginn einer Aufklärung sehen – und damit offenbar recht haben dürften.

Die Sorgen der Politiker um Nöte der Kirchen...

Es gibt zweifelsfrei keine einheitliche politische Unterwerfung unter die Glaubensgemeinschaften. Selbst innerhalb der Parteien scheinen die Meinungen erheblich auseinander zu gehen. Und dennoch hat die Kirche weiterhin eine überaus hohe Anziehung auf Politiker des Landes – über die Gründe kann man nur mutmaßen. Doch irritiert zeigt man sich durchaus, wenn gerade die, von denen man eine größere Distanz erwarten würde, ihre kostbare Zeit plötzlich für Probleme der Bischöfe verschwenden, anstatt sich mit ihren eigentlichen Aufgaben, dem Staat, näher zu befassen. Geschehen vor nicht langer Zeit bei einem baden-württembergischen Landtagsabgeordneten der FDP.

Dr. Friedrich Bullinger sorgte sich in einer »Kleinen Anfrage« um solche Dinge, die normalerweise auf dem Tisch eines kirchlichen Sachbearbeiters landen würden. In Drucksache 16/1663 bittet er die Landesregierung um Auskunft darüber, »ob bis zum Jahr 2024 in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg weitere 220 Pfarrstellen gestrichen werden sollen«. Auch wollte der Abgeordnete vom zuständigen Kultusministerium wissen, welche Gründe es »neben der Herausforderung des demografischen Wandels« denn »für diese Reduzierung« gebe. Und besonders pikant: Ihn interessiere auch die Meinung der Landesregierung, bittet er doch um Beurteilung, wie man in Stuttgart »die Ausdünnung der Versorgung mit Seelsorgern und Religionslehrern« einschätzt. Der Staat soll sich in die Aufgaben, in die höchst eigenen Verantwortlichkeiten der Kirchen einmischen, die in Deutschland ohnehin so schwach erkennbare Grenze zwischen Staat und den Glaubensgemeinschaft überschreiten – nur weil ein Landtagsabgeordneter seine offenkundige Barmherzigkeit mit der vertrackten Lage der Kirchen nicht zurückhalten kann? Man fragt sich, ob Dr. Bullinger mit seiner Anfrage entweder eine gewisse Naivität offenbart hat, denn in seiner Begründung macht sich der Abgeordnete insbesondere um den Rückgang der Zahlen an Religionslehrern seine Gedanken – und bezieht sich damit wohl

auf Art. 7 Abs. 1 GG, der die Verantwortung für das gesamte Schulwesen beim Staat sieht. So warnt der Parlamentarier vor Unterrichtsausfall, wenn die Zahl der Theologen und wohl auch der Religionspädagogen vor allem im ländlichen Raum Württembergs in den kommenden Jahren sinken dürfte.

Man fragt sich, woher das strenge Bemühen von Dr. Bullinger rührt, ist der Religionsunterricht doch zumindest eine »res mixta«, eine »gemeinsame Angelegenheit« – und damit nicht in der alleinigen Verantwortung des Staates. Warum soll sich der Staat entsprechend um ein hausgemachtes Problem der Kirchen kümmern? Tut er nicht schon mehr als genug für eine Institution, welche sich nur allzu oft auf die Unterstützung der öffentlichen Hand verlässt? Dass es sowohl ein Problem mit dem Nachwuchs bei den Pfarrern, aber auch bei den Religionslehrern gibt, das ist nicht wirklich neu – und auch in der evangelischen Kirche keinesfalls eine Seltenheit. Während im Vergleich zur katholischen Seite nicht das Zölibat eine wesentliche Rolle spielt, ist es bei den Protestanten ein langwieriges Studium, ein komplizierter Einstieg in den Beruf, mindestens gleichgroße Gemeinden mit einem immer höheren Arbeitsaufwand, die allgemeine Glaubensskepsis, die sich nicht selten in der Ausbildung noch weiter verschärft, und die häufig überaus konservative Ausrichtung, die gerade in Württemberg zu erheblichen Verwerfungen innerhalb der Landeskirche selbst führt.

Das Ministerium hat erkannt, dass der Abgeordnete mit seinem Eifer die Grenzen zwischen den Kompetenzen überschritten hat – ein wirklicher Streifen am Horizont. Zu wesentlichen Inhalten antwortete man lapidar unter anderem wie folgt: »Die Fragen betreffen Angelegenheiten, die die Kirche in eigener Zuständigkeit regelt«. Gleichsam scheint Dr. Bullinger die Ursachen für das schwindende Personal und den damit einhergehenden Verlust der seelsorgerlichen Betreuung der württembergischen evangelischen Christenheit auch in der finanziellen Situation zu sehen, erkundigt er sich für ganz Baden-Württemberg auch nach den Kirchensteuereinnahmen und deren Entwicklung, die offenbar nicht Grund für weniger Mitarbeiter sein können: Blickt man nämlich allein auf die angesprochene Landeskirche, so hat sie nach Auskunft des Ministeriums zwischen 2012 und 2016 insgesamt 100 Millionen Euro mehr eingenommen. Jedweder Versuch, auch nur irgendeine staatliche Möglichkeit zu finden, das inhaltliche und personelle Verdörren der Kirchen durch eine helfende Hand des Staates aufzuhalten, scheitert mit der Anfrage, die nicht nur jeden Staatsrechtler verblüffen müsste, sondern auch Ausdruck dessen ist, dass nicht hinter jeder Partei das steckt, was auf ihrem Aushängeschild präsentiert wird.

Verordnet der Staat religiöse Werte?

Man könnte die Beispiele wohl unendlich fortsetzen. Beispielsweise mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten, Winfried Kretschmann. Darf ein Politiker eine Rede halten, in der er öffentlich eine »Orientierung an religiösen Werten« einfordert? Überschreitet er seine gebotene weltanschauliche Unabhängigkeit, wenn er Überzeugungen wie Gewaltlosigkeit, Wahrhaftigkeit oder Gerechtigkeit den Religionen zuschreibt, dabei aber verkennt, dass gerade sie es nicht sind, die momentan solche Tugenden vorleben? Bei seiner »Weltethos«-Rede in Tübingen appellierte der »Grüne« an die Gesellschaft, sich wieder darauf zu besinnen, was das »Parlament der Weltreligionen beschrieben hat«.

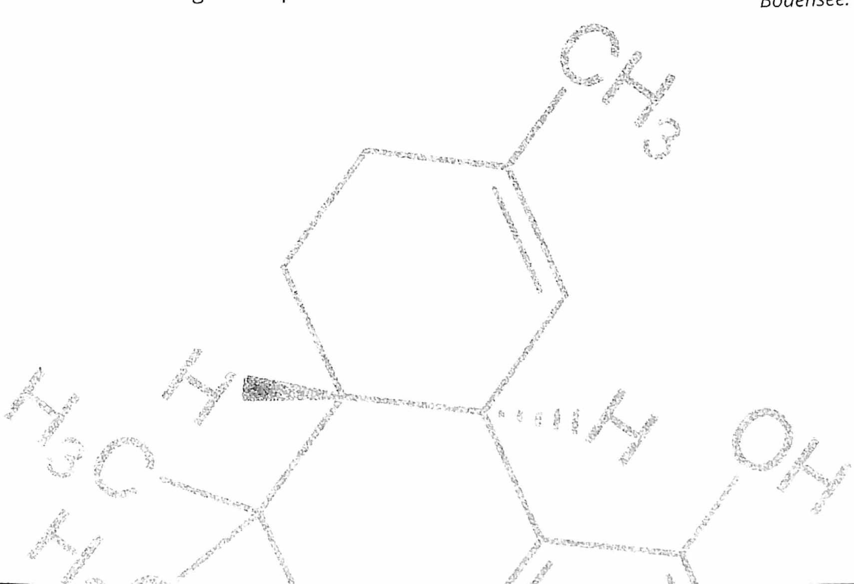
Nicht zum ersten Mal stellte Kretschmann seine Verbundenheit mit den Überzeugungen der Glaubensgemeinschaften vor. Doch in einem Staat, in dem immer mehr Menschen ohne religiöses Bekenntnis sind, wäre es angebracht gewesen, die »Kernwerte« nicht allein dem religiösen Verdienst zuzuschreiben, sondern besonders auch den Anstrengungen der Aufklärung. Der Humanismus ist es, der heute die angesprochenen Ziele verfolgt – und das ohne die Anfälligkeit zu manch einem Extremismus. Denn sind es wahrlich das Christentum, das Judentum, der Islam, die den Zusammenhalt in unserem Land prägen?

Offenbar schon, wenn man manche Einlassungen von Politikern zum Reformationsjubiläum hört. Da überschlagen sich die Würdigungen für die Ereignisse aus dem Jahr 1517. Und es ist keine Frage, dass mit Luthers Thesenanschlag mehr verbunden war als die Umwälzung und das spätere Spalten der Christenheit. Doch wie klar fällt die Trennung zu den kirchlichen Aspekten dieser Feierlichkeiten tatsächlich aus, wenn Kulturstaatsministerin Grütters die »große Resonanz« auf das Jubiläum würdigt? Wäre nicht mehr Zurückhaltung bei einem Event vonnöten, das wohl die Mehrheitsgesellschaft als ein religiöses betrachtet?

Nein, Deutschland ist nicht laizistisch. Und nein, Deutschland ist auch noch nicht wirklich säkular. Um das zu erreichen, bräuchte es mindestens einen selbstkritischen Blick. Man kann miteinander arbeiten, ohne zusammen zu leben. »Schuster, bleib bei deinen Leisten«, möchte man sowohl Kirche und Staat zurufen. Im Augenblick hört nur niemand darauf... ✖

Zum Autor

✖ *Dennis Riehle, geb. 1985, Konstanz, Journalist mit den Schwerpunkten Glaube, Religion, Werte, Kommunal-, Innen-, Sozial- und Gesundheitspolitik arbeitet zudem als PR-Fachkraft und Coach mit Schwerpunkt Glaubenskonflikte. Er war Sprecher der Humanistischen Alternative Bodensee.*



»Islamkritik« zwischen Emanzipation und Ressentiment

Einige Anmerkungen zum antimuslimischen Rassismus in der Linken

Jonas Fedders und Julian Volz

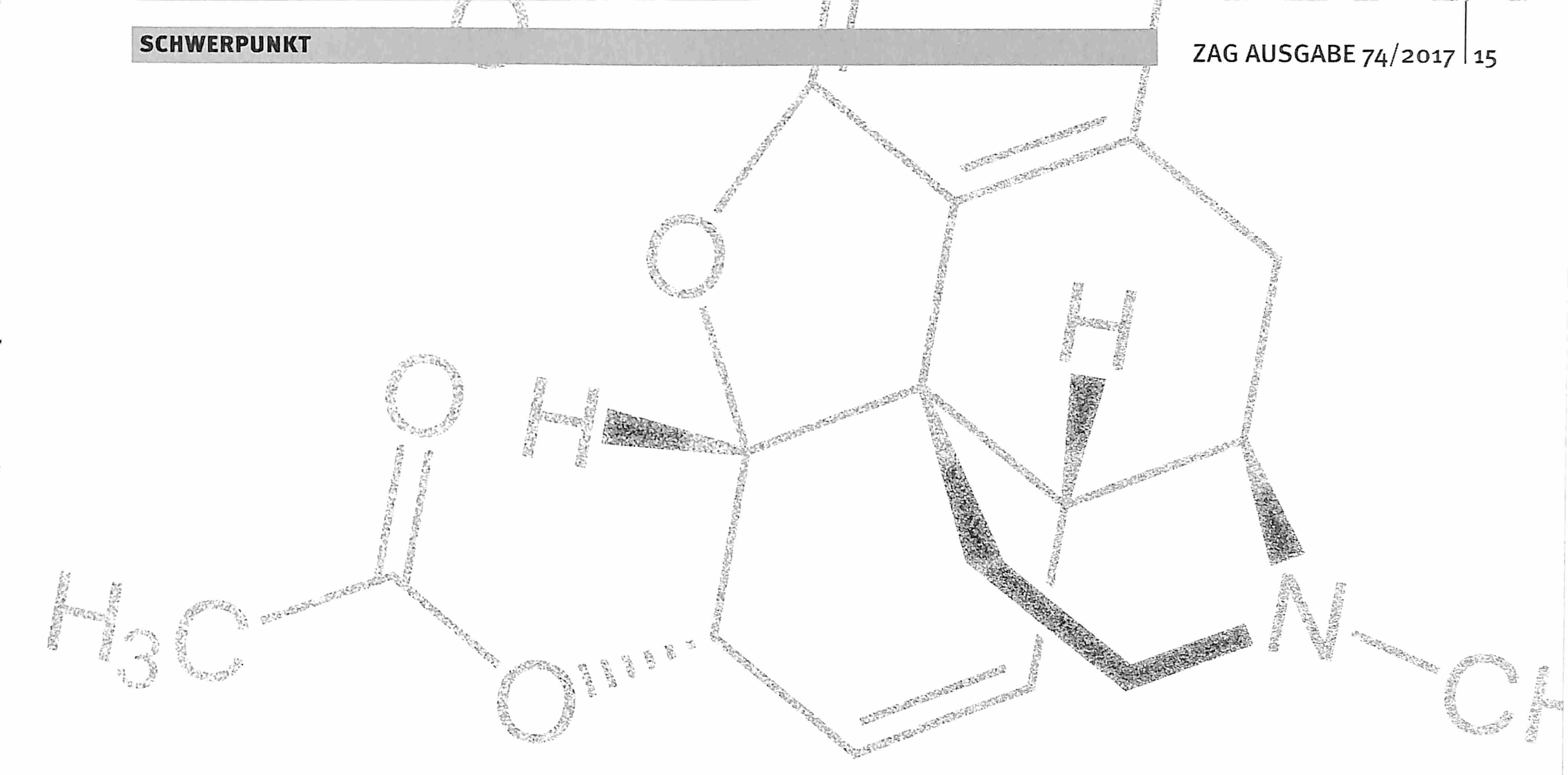
Unter dem Deckmantel der »Islamkritik« greift auch in der politischen Linken immer wieder ein antimuslimischer Rassismus um sich. Es ist notwendig, eine Kritik an diesen Positionen zu formulieren, ohne eine Kritik der Religion aus den Augen zu verlieren.

Es ist keine besonders neue Erkenntnis, dass vieles, was unter dem Begriff der »Islamkritik« firmiert, schlicht Ressentiment ist. Der Islam avancierte in den vergangenen Jahren zum zentralen Feindbild für rechtspopulistische und rechtsradikale Hetze. Doch auch in linken Kreisen sind seit einer Weile vermehrt Argumentationsweisen anzutreffen, die sich zwar selbst als emanzipatorische oder kommunistische Religionskritik am Islam präsentieren, inhaltlich aber eher an das erinnern, was in der Rassismusforschung als »kultureller Rassismus« bezeichnet wird. So kritisierte Horst Pankow 2015 in der linken Wochenzeitung *jungle world* ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, mit dem das prinzipielle Kopftuchverbot für Lehrerinnen aufgehoben wurde. Beinahe erleichtert heißt es am Ende seiner Ausführungen: »Mit einer Invasion von Kopftuchpaukerinnen an deutschen Schulen ist aber nicht zu rechnen. ›Muslimas‹, die demütige ›Töchter des Propheten‹ und zugleich ›selbstbewusste Demokratinnen‹ sein wollen, gibt es nur in so geringer Zahl, dass sie schon fast literarischer Fiktion angehören.«

Die Pankowsche Polemik ist bei weitem kein Einzelfall. Ausgerechnet eine Antifa-Gruppe »AK Raccoons« aus Kassel verteilte im Sommer 2016 nach dem islamistischen Angriff auf einen queeren Club in Orlando ein Flugblatt mit dem Titel »Das Problem heißt Islam«. Darin wird ausgeführt: »Frauenverachtung, Homophobie, wahnhafter Kollektivismus sowie die Verachtung des Lebens sind nicht bloß Auswüchse des Islam sondern diesem inhärent.« Das Attentat, so die Gruppe weiter, sei ein »Angriff auf die westliche Zivilisation, ein Angriff auf die (bürgerliche) Freiheit«. Demokratie, Emanzipation, Rechte für Frauen und Homosexuelle – all diese Errungenschaften erscheinen in den genannten Beispielen nicht als Resultate von sozialen Kämpfen, die auf der ganzen Welt geführt werden, sondern als inhärente Eigenschaften »westlich« verfasster Gesellschaften. Der Islam wird als absoluter Antagonist (»antiaufklärerisch«, »barbarisch«, »mittelalterlich«) entgegengesetzt. Durch diese Abgrenzung vom »Rest« kann sich »der Westen« als Hort der Aufklärung und Emanzipation gerieren, wie Stuart Hall (1994) es ausdrückt. Eine solche Logik greift auf elementare Legitimationsdiskurse des europäischen Kolonialismus zurück.

Die Konstruktion einer Dichotomie verschiedener homogener Kulturräume (Orient vs. Okzident) wird von der Frankfurter Gruppe »Thunder in Paradise« 2016 noch auf die Spitze getrieben, wenn sie in der Ankündigung für eine auch von vielen Linken besuchte Veranstaltungsreihe kolportiert, dass sich der Westen in einem vom Islam begonnenen Krieg befinde. Auch Pankow scheint in seinem bereits erwähnten Kommentar einen Kriegszustand zu halluzinieren, wenn er die Existenz von kopftuchtragenden Lehrerinnen an deutschen Schulen mit dem Begriff der Invasion belegt, der laut Duden das »feindliche Einrücken von militärischen Einheiten in fremdes Gebiet« bezeichnet. Muslimische Frauen mit Kopftuch werden auf diese Weise als »fremd« markiert und ihnen wird die Zugehörigkeit zur hiesigen Gesellschaft explizit abgesprochen.

Das alles sind bekannte Argumentationsmuster des Rassismus, der sich seit der Diskreditierung des biologistischen »Rasse«-Konzepts zunehmend kulturalistisch äußert. An der Legitimation der Ungleichheit hat sich indes wenig geändert: Noch immer funktioniert der Rassismus über die duale Aufspaltung in »Wir« und »Die Anderen«. Es wird mit vermeintlichen Gegensatzpaaren operiert: Westen/Islam, zivilisiert/barbarisch, aufgeklärt/rückständig usw. Die »Kultur« als genuin soziale, dynamische, von Herrschaftsverhältnissen durchsetzte und von Menschen gemachte, daher auch wandel- und veränderbare Kategorie wird auf diese Weise »zu einem dem biologischen Gefängnis des Rassenkörpers vergleichbaren Raum vorsozialer Unmittelbarkeit gemacht« (Hund 2007: 11).



Wider die Essentialisierung des Islam

Dieses Bild des vorsozialen Raums wird noch verstärkt, wenn auf die weit verbreitete Prämisse von Islamkritiker_innen zurückgegriffen wird, dass der Islam ein klar definiertes und unveränderliches Wesen besitze, das außerhalb von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Widersprüchen stehe. Häufig wird als Beispiel der muslimische Antisemitismus angeführt, auf den sich nicht nur Rechte und Konservative mit ihrem Gerede von einem »importierten Antisemitismus« berufen, sondern auch »islamkritische« Linke. So schrieb Moritz Hoffmann 2016 in der *jungle world* in einem Debattenbeitrag über Islamkritik, der Antisemitismus sei der psychodynamische Kern des Islam, um den sich alle seine verfeindeten Untergruppierungen ideell in der Umma vereinten. Gerade dies begründe eine Dialektik vom Besonderen und Allgemeinen. Worin das Allgemeine eines Jihadisten von Daesh und einer ihn bekämpfenden Muslima in den Reihen der kurdischen Frauenverteidigungseinheiten liegt, bleibt wohl das Geheimnis dieser ganz besonderen von Hoffmann begründeten Dialektik.
Nun kennt der Islam zwar geistliche Autoritäten, aber gerade keine oberste Autorität in Glaubensfragen, die – wie etwa der Papst in der katholischen Kirche – darüber bestimmen könnte, welcher Auslegung der Religion zu folgen sei. Die Gläubigen sind in letzter Instanz allein der »Autorität Gottes« rechenschaftspflichtig. Durch diese heterogene Dogmatik kann jede aus den Quellen des Islam geschöpfte Lehrmeinung für sich beanspruchen, die einzig richtige zu sein, was sowohl terroristische Interpretationen ermöglicht als auch Reformen des Islam erleichtern kann (vgl. Schulz 2011: 20). Insofern ist dem Islam ein rigides Dogma mit ein für alle Mal festgelegten Regeln und Gesetzen fremd; die Interpretation der »Offenbarung« bleibt eine Frage der Praxis.
Floris Biskamp (2011: 147f.) hat dies beispielhaft veranschaulicht: »Wenn Eltern im Irak oder in Ägypten ihren Töchtern eine Genitalverstümmelung antun, weil sie es für islamisch halten und darin von regionalen religiösen Autoritären bestärkt werden, ist dies islamisch; wenn ein junger Mann in Teheran glaubt, dass Islam vor allem ein spirituelles Verhältnis zu Gott ist, das in keinem Widerspruch zu seiner Homosexualität und seiner Vorliebe für Alkohol steht, ist dies islamisch; wenn türkischstämmige Eltern in Deutschland glauben, zum Islam gehöre es, die ›Ehre‹ ihrer Töchter zu schützen, indem sie diese von der Welt abschirmen, ist dies islamisch; wenn Muslim_innen glauben, der Islam gebiete ihnen vor allem, den Mitmenschen zu helfen, ist dies islamisch (...)« usw. usf.

Materialismus statt Ontologie

Diese Offenheit bedeutet also auch, dass der Islam per definitionem weder antisemitisch noch pro-jüdisch, weder demokratisch noch antidemokratisch, sondern empfänglich für gesellschaftliche Entwicklungen ist. Auch in Bezug auf den Umgang mit anderen Religionen werden sich im Koran Stellen finden lassen, die für ein friedliches Miteinander zwischen den »Gemeinschaften des Buches« werben (Sure 29:46) und solche, die zu ihrer Verfolgung aufrufen (Sure 9:29). Dieses Beispiel macht bereits deutlich, wie wenig zielführend es ist, durch das Herauspicken einzelner Koranverse bestimmte Wesenseigenschaften des Islam belegen zu wollen. Die Frage, welche Lehrmeinung und Interpretation des Korans gerade vorherrscht, ist vielmehr aufs Engste mit historischen und sozioökonomischen Entwicklungen sowie sozialen Kämpfen verbunden.
Den Antisemitismus, der gerade die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Gesellschaften ideologisch verarbeitet, als den Kern einer etwa 1400 Jahre alten Religion zu bezeichnen, scheint hingegen mehr als an den Haaren herbeigezogen, schließlich ist »der antijüdische Wahn [des Islamismus, d. Verf.] keinem metaphysisch ›Bösen‹, sondern einer historisch und systematisch erklärbaren Sichtweise auf den Kapitalismus entsprungen« (Küntzel 2003: 11). Freilich kannte auch der vorkapitalistische Islam Judenfeindschaft und Judenverfolgung. Im Islam war jedoch die Judenfeindschaft strukturell viel weniger angelegt als im Christentum, da es sich bei ihm nicht um eine sektenhafte

Abspaltung des Judentums handelte, die sich immer wieder von diesem abgrenzen musste (vgl. Schmidinger 2005: 14). Statt über ein Wesen des Islam zu fabulieren, müsste man danach fragen, welche Tendenzen der verkehrten Welt immer wieder verkehrtes Weltbewusstsein hervorbringen. Dann müsste man aber auch darüber reden, welchen Anteil die imperialistischen und neokolonialistischen Verwüstungen des »zivilisierten Westens« und die Entwicklungstendenzen eines sich auf globaler Ebene immer barbarischer äußernden Kapitalismus am Aufstieg des Islamismus haben.

Emanzipatorische Kritik statt Ressentiment

Die Kritik am Islam – wie auch die Kritik an anderen Religionen – ist ein notwendiges Unterfangen. Dabei erweist sich die auch von einigen Linken in ihrer reflexhaften Hilflosigkeit gegenüber antimuslimischer Hetze immer wieder postulierte Losung »Islam ist Frieden« als offenkundiger Unsinn. Die allermeisten Muslim_innen sind friedliebende Menschen, dennoch werden im Namen von Allah tagtäglich unzählige Gräueltaten begangen. An der muslimischen Religion gibt es daher nichts zu verklären: Diese Welt wäre selbstverständlich eine lebenswertere, wenn der Einflussbereich des Islam und aller anderen Religionen zurückgedrängt würden. Trotz aller notwendigen Kritik ersetzen subjektiv richtige Beweggründe (»linke Religionskritik«) aber nicht die Verantwortung für das objektiv Gesagte: Wenn in linken Medien eine kategorische Unvereinbarkeit von Muslima-Sein und Demokratin-Sein postuliert wird und Antifaschist_innen die These »Das Problem heißt Islam« vertreten, dann hat dies reale Konsequenzen: Betroffen von dieser Form der »Islamkritik« sind nicht religiöse Praktiken, sondern unzählige Muslim_innen und andere Menschen, die für solche gehalten werden – und die aufgrund dieser wirkmächtigen Narrative Ausgrenzung und Gewalt erfahren.

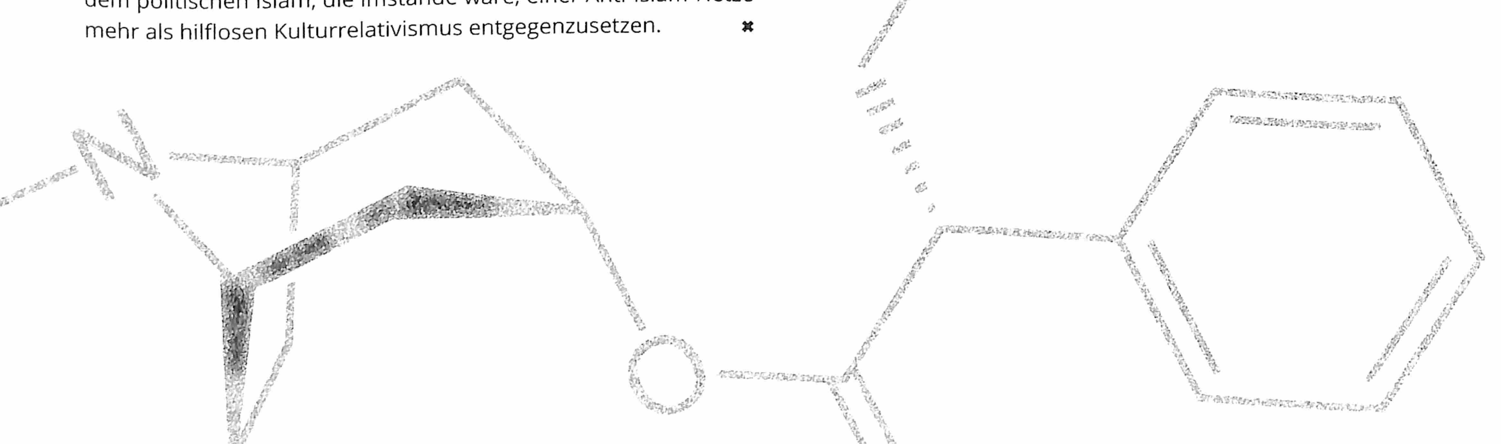
Der häufig vorgebrachte Einwand, eine Kritik am antimuslimischen Rassismus sei nichts als »Islam-Apologie«, sofern sie nicht gleichzeitig imstande sei, aufzuzeigen, wie eine nicht-rassistische Islamkritik zu formulieren wäre, läuft ins Leere. Denn er impliziert die Annahme, dass ein Austausch darüber stattfinden müsse, was denn im Rahmen der Islamkritik »erlaubt« und »möglich« sei, ohne mit dem Verdikt des Rassismus belegt zu werden. Dadurch wird suggeriert, die Islamkritik sei mit einem Tabu belegt. Das Gegenteil ist der Fall: Islamkritik ist ein Volkssport. Eine emanzipatorische Kritik am Islam wäre stattdessen vor allem negativ zu bestimmen, d.h. in Abgrenzung zu ressentimentgeladenen Anfeindungen – egal, ob diese von rechts oder von links formuliert werden. Eine »Islamkritik«, die auf zentrale Argumentationslogiken des Rassismus zurückgreift, ist keine Kritik, sondern antimuslimisches Ressentiment. Sie unterminiert eine emanzipatorische Auseinandersetzung mit der muslimischen Religion und dem politischen Islam, die imstande wäre, einer Anti-Islam-Hetze mehr als hilflosen Kulturrelativismus entgegenzusetzen. ✖

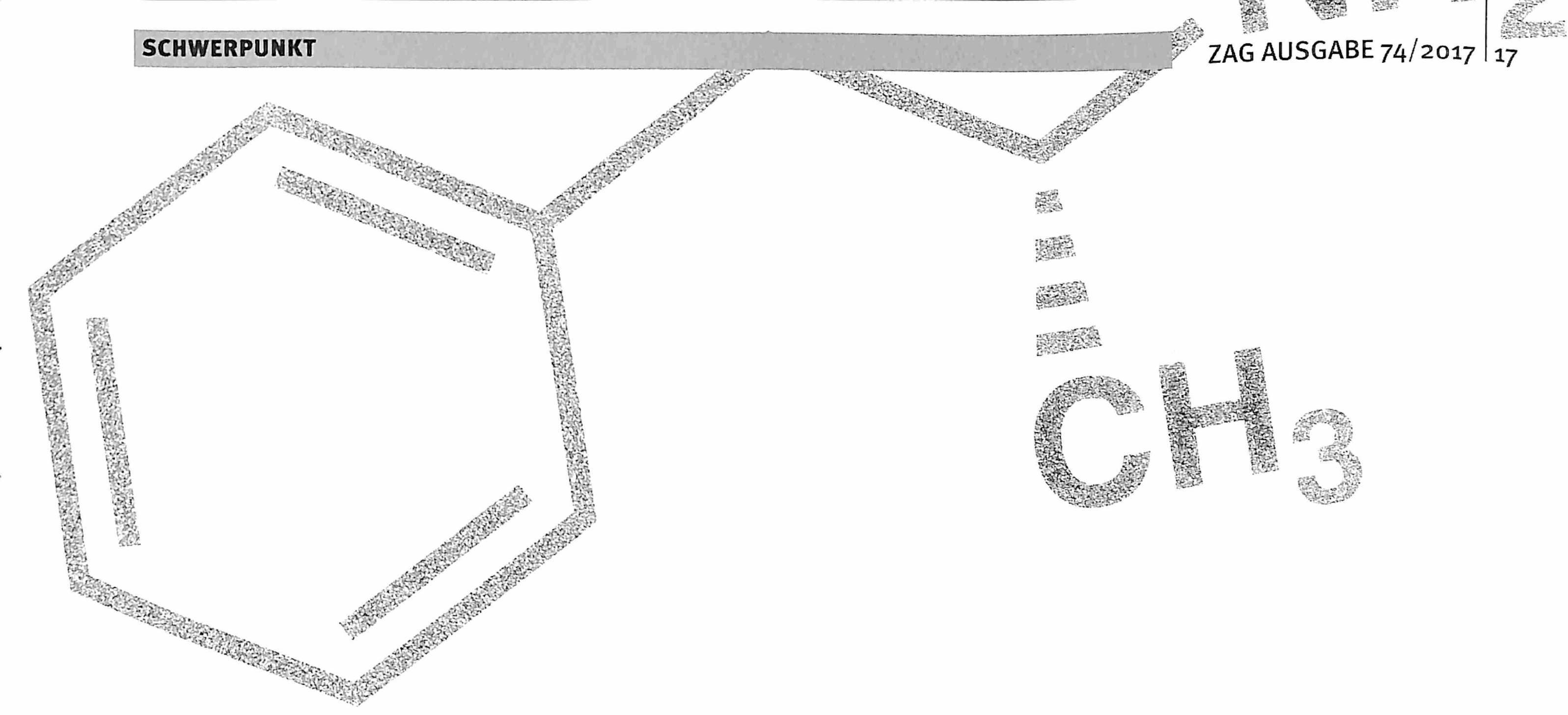
Infos zum Text

- *Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die überarbeitete Zusammenführung zweier Artikel, die sich im vergangenen Jahr mit dem Thema »Islamkritik« in der Linken auseinandergesetzt haben (vgl. Fedders 2016; Lower Class Magazine 2016).*

Literatur

- *AK Raccoons (2016): Das Problem heißt Islam. Online unter: http://raccoons.blogsport.de/2016/06/16/das-problem-heisst-islam/ (20.05.2017).*
- *Biskamp, Floris (2011): Das Reden über das Reden über den Islam. Kritische Forschung im Double Bind von »Islamophobiekritik« und »Islamkritik«, in: Opferberatung der RAA Sachsen e.V. (Hg.): Tödliche Realitäten. Der rassistische Mord an Marwa El-Sherbini. Hoyerswerda, 136-148.*
- *Fedders, Jonas (2016): Differenzierter, bitte, in: jungle world, Nr. 42/2016.*
- *Hall, Stuart (1994): Der Westen und der Rest. Diskurs und Macht, in: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg, 137-179.*
- *Hoffmann, Moritz (2016): Große Scheuklappen, in: jungle world, Nr. 43/2016.*
- *Hund, Wulf D. (2007): Rassismus. Bielefeld.*
- *Küntzel, Matthias (2003): Djihad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg. Freiburg.*
- *Lower Class Magazine (2016): Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Islam(-ismus) schweigen, in: Lower Class Magazine. Online unter: http://lowerclassmag.com/2016/11/wer-vom-kapitalismus-nicht-reden-will-sollte-auch-vom-islam-ismus-schweigen/ (20.05.2017).*
- *Pankow, Horst (2015): Das Kopftuch gehört zu Deutschland, in: jungle world, Nr. 12/2015.*
- *Schmidinger, Thomas (2005): »Unser Kampf mit den Juden«. Zum erfolgreichen Antisemitismus-Import der arabisch-islamischen Welt, in: Phase 2, Nr. 15, S. 14-18*
- *Schulz, Jörn (2011): Keine Reform ohne Revolution, in: Phase 2, Nr. 39, S. 18-21.*
- *Thunder in Paradise (2016): Feindanalysen. Zur islamistischen Gewalt. Online unter: https://www.facebook.com/gruppethunderinparadise/posts/1808519676090733# (20.05.2017).*





Islamfaschismus zwischen emotionaler Religionskritik und Rassismus

Über die Notwendigkeit marxistischer Religionskritik

Attila Steinberger

Islamfaschismus, als unzulänglichen Begriff für politische Bewegungen im Nahen Osten, erlebt seit dem Völkermord des IS an den Yeziden und anderen Kriegsverbrechen eine Renaissance. Es ist zwar verständlich, dass man bei derartigen Gräueln den Begriff Faschismus emotional verwendet, aber er ist trotzdem falsch.

Der Begriff nimmt auch wieder den Ball auf, den Rassisten geschickt geworfen haben: extremistischer oder radikaler Islam. Die nächste Stufe ist dann »Islamkritik« zu üben und alle Probleme (Kriminalität, Diskriminierung, kapitalistische Verwerfungen) auf ihn zurückzuführen. Die dümmste Form darauf zu reagieren, ist es, vom liberalen oder moderaten Islam zu sprechen und sich im platten Empirismus irgendwelcher Statistiken als Gegenrede zu ergehen. Mit dem Slogan »Integration? Nein, Danke!« wies der Antifa AK Köln bereits den Weg. Man muss das gesamte rassistische Weltbild zurückweisen und nicht durch »Integration« oder »Reformation des Islams« diskutierbar machen. Auf dieser Basis wird eine Analyse weder Erkenntnis bringen noch sind Lösungen zu finden. Stattdessen wird sie sich im Kreise drehen zwischen Islamfaschismus und liberalen Islam und Integration.

Eine besondere Form spielen dabei die Vertreter des »Kampfes gegen den Terror«, die Islamfaschismus verwenden, um zu einem epischen Kampf analog zum Kampf gegen den Faschismus oder die UdSSR zu mobilisieren und die Bevölkerung auf den 4. Weltkrieg einzuschwören wie es beispielsweise Norman Podhoretz, ein einflussreicher Neokonservativer mit engen Verbindungen zu George Bush, mit seinem Buch »World War IV: the long struggle against Islamofascism« versucht. Dies dient dazu, die aggressive Außenpolitik zu legitimieren und die eigene konservative Agenda zu verschleiern (Rassismus, Kreationismus, konservatives Familienbild) – und natürlich gewisse außenpolitische Verbündete davon auszunehmen wie Saudi-Arabien, Pakistan und Katar.

Probleme der gescheiterten Analyse

Eine Analyse der tatsächlichen Verhältnisse und Ursachen findet nicht statt und wird durch den Begriff in der Diskussion in eine falsche Richtung geführt. Im schlimmsten Fall ist man anschlussfähig an nationalistische und rassistische Tendenzen und stimmt am Ende ein in den Chor der »Integrationsbemühungen« und diskutiert über Identität und Zugehörigkeit. Das spielt Rechten und Islamisten in die Hände, die ihre Ansprüche unter dem Deckmantel der Integration formulieren. Dies gelingt umso besser wenn man die Personen irgendwelchen Zugehörigkeiten zuordnet und sich besagte Gruppen als deren Verteidiger und Repräsentanten aufspielen, anstatt als eine spezifische ideologische Bewegung verstanden zu werden. Dieses Mittel zeigt bereits erheblichen Erfolg und der schlimmste Fall ist schon vor einigen Jahren in der BRD eingetreten: Islamisten, die kaum mehr als 20.000 Anhänger aufweisen, haben sich als »Integrationshelfer« angedient und ihre Moscheen in »Integrationszentren« umgewandelt. Sie sind nun die offiziellen Ansprechpartner und vermitteln »soziale Werte«. Sie können darauf verweisen, dass sie von der Regierung als legitime Vertreter anerkannt sind. Indes befördern sie den Identitätskonflikt und radikalisieren ihn um Anhänger zu gewinnen und ethnische und religiöse Feindbilder aufzubauen.

Die Verwendung des Begriffs Islamfaschismus zeigt noch einen Mangel auf: einen erbärmlichen Erkenntnisstand marxistischer Religionskritik auf der einen und über den Faschismus bzw. Nationalsozialismus auf der anderen Seite.

Das unfassbar niedrige Niveau zeigt sich darin, wenn zwar Marx mit dem »Opium des Volkes« zitiert, aber seine Kritik an Hegels Grundlinien der Philosophie des Rechts ignoriert wird. Hegel entwirft darin aus Eigentum, Tausch, Vertrag und der strafenden

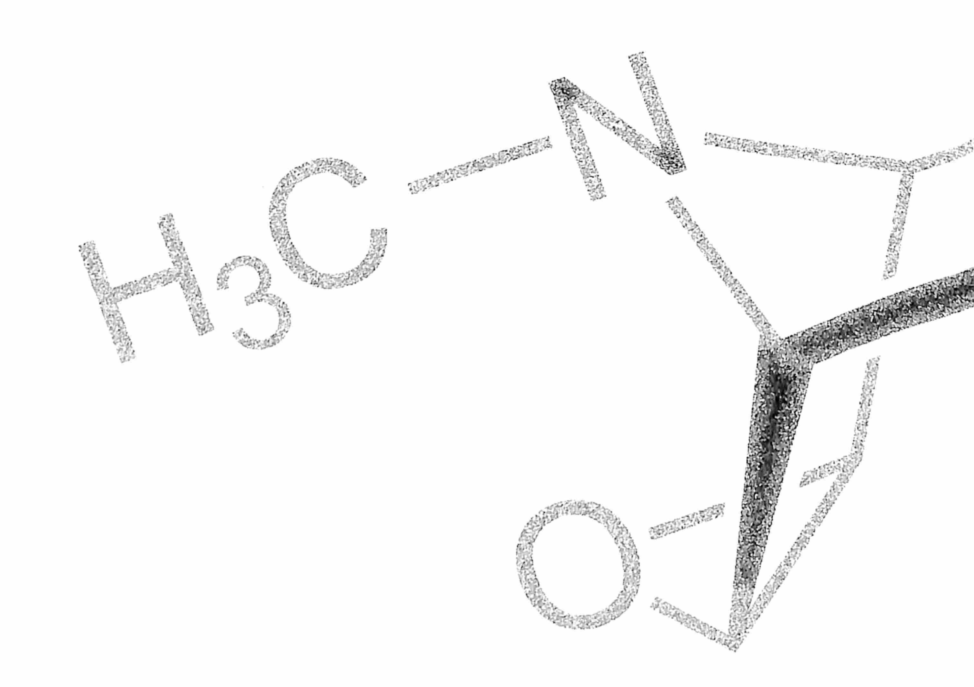
Vergeltung eine Theorie von Gesellschaft und Staat. Eine Herleitung aus der Religion findet sich dort nicht, wie es gewisse Vulgärmarxisten vertreten. Die Religion wird nennenswert erst im § 270 behandelt und gilt als Grundlage des Sittlichen und damit des Staates, aber eben nur als Grundlage, in dem sie den Staat anerkennt und bestätigt. Wenn Marx davon spricht, dass die Kritik der Religion beendet wurde, dann nicht um den Säkularismus festzustellen. Vielmehr stellt er fest, dass die bürgerlichen Religionen aus Staat und bürgerlicher Familie an seine Stelle getreten sind. Sie spiegeln im Gesetz (Staat) und der Sittlichkeit (Familie) zum einen konkrete private Interessen wieder und zum anderen werden abstrakte gesellschaftliche Ideologien (wie Verwertbarkeit, soziale Rollen und Hierarchien) durchgesetzt. Deshalb erlebt das Individuum auch mit fortschreitender Befreiung von staatlichen und sozialen Fesseln (vulgo Individualisierung) nur eine oberflächliche Befreiung, während es eine Zurichtung auf ökonomische Verwertbarkeit und Leistungsbereitschaft ertragen muss. Die zweite Ebene findet sich bei den Personen, die besonders von den miserablen Verhältnissen betroffen sind. Sie suchen ihre Zuflucht in der Religion und hoffen auf ein Wunder, Almosen oder ein besseres Leben im Jenseits.

Wichtigste Unterschiede zum Faschismus

Der deutlichste Unterschied zwischen islamistischen Gruppen und dem Faschismus ist der Rassismus. Das faschistische Weltbild ging davon aus, dass die Menschheit in unterschiedliche Rassen unterteilt wäre, eine wäre davon die Herrenrasse und die anderen die Sklavenrassen bzw. die Untermenschen. Diese Rassen würden sich einen ewigen Existenzkampf liefern, bei dem der unterlegene vergehen würde. Deshalb dürfte man Rassen nicht mischen, weil sich so die Herrenrassen verunreinigen und bastardisieren würden. Der Untergang der Rasse ist das Hauptthema von Eugenik und völkischer Bewegung. Dieser Kampf ist nicht nur Überlebenskampf im sogenannten »Rassenkrieg«, sondern auch ein Kampf um Lebensgrundlagen und landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe. Bereits vor Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft ab 1933 gab es einen etablierten Diskurs um das »Volk ohne Raum« (Hans Grimm) und die Notwendigkeit, den »Lebensraum im Osten« zu erobern und dabei die ansässige Bevölkerung zu vertreiben oder massenhaft zu ermorden. Diese Ideen verwirklichten sich schließlich im »Generalplan Ost«, dem über 20 Millionen Menschen in Osteuropa zum Opfer fielen. Sie sind nicht im Rahmen von Kriegshandlungen umgekommen, wie es bis heute verharmlosend dargestellt wird, um über ihre gezielte Ermordung zu schweigen.

Der Islamismus kennt solche Theorien nicht. Zwar lehnen sie alle anderen Religionen und auch alle säkularen und atheistischen Einstellungen sowie viele innerislamische Strömungen ab (z. B. Sufismus, Schiiten, Bahaii, Ahl al Haqq), aber das führt nicht notwendig zum Völkermord. Anerkannte Gruppen leben zwar als Menschen zweiter Klasse und werden diskriminiert. Ihnen steht aber der Weg offen, zu konvertieren. Der Islamische Staat erklärt selbst, dass ihm alle Menschen willkommen sind: »der weiße Mann und der schwarze Mann, ... Chinesen und Westler«. Diese Möglichkeit war JüdInnen und SlawInnen verwehrt: die ideologische Zuschreibung bedeutete auch eine körperliche Zuschreibung. Im Faschismus kann man die Rasse nicht wechseln. Ausnahmen im Islamismus sind Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar. Hier gelten Menschen mit dunkler Hautfarbe als nicht gesellschaftsfähig und leben als MigrantInnen mehrheitlich völlig rechtlos. Die Diskriminierung erreicht allerdings nicht die Ausmaße des Dritten Reichs, alleine schon, weil in den genannten Ländern niemand die Drecksarbeit selber verrichten möchte.

Während sich im Faschismus der Raub von Ressourcen mit Rassismus und Vernichtung der ansässigen Bevölkerung vermischten, findet sich eine parallele Agenda im Islamismus nicht oder nur versteckt, wenn man die Raubzüge der türkischen AKP in Syrien und Irak betrachtet (Erdöl, Maschinenparks, Wasser des Euphrat). Insbesondere Islamisten aus dem arabischen und südasiatischen Raum entwerfen ein Leitbild des Rechts, in denen sich die konservativen Inhalte widerspiegeln. Dieses Rechtsverständnis wird als authentisch und als ursprünglichste Form der Überlieferung durch Mohammed bewertet, weswegen sie zugleich als die beste gilt. Denn menschliche Leitbilder – selbstverständlich ist Religion auch nur von Menschen gemacht und Gott, der im Laufe der Jahre erhebliche Wandlungen erfahren hat, nichts anderes als eine Erfindung aus der Antike – haben den Fehler, dass sie nicht perfekt sind. Mit dem perfekten Recht lassen sich dann auch die perfekten Verhältnisse erreichen: in der Wirtschaft, der Politik und der Gesellschaft. Zudem erlaubt ein Leben nach

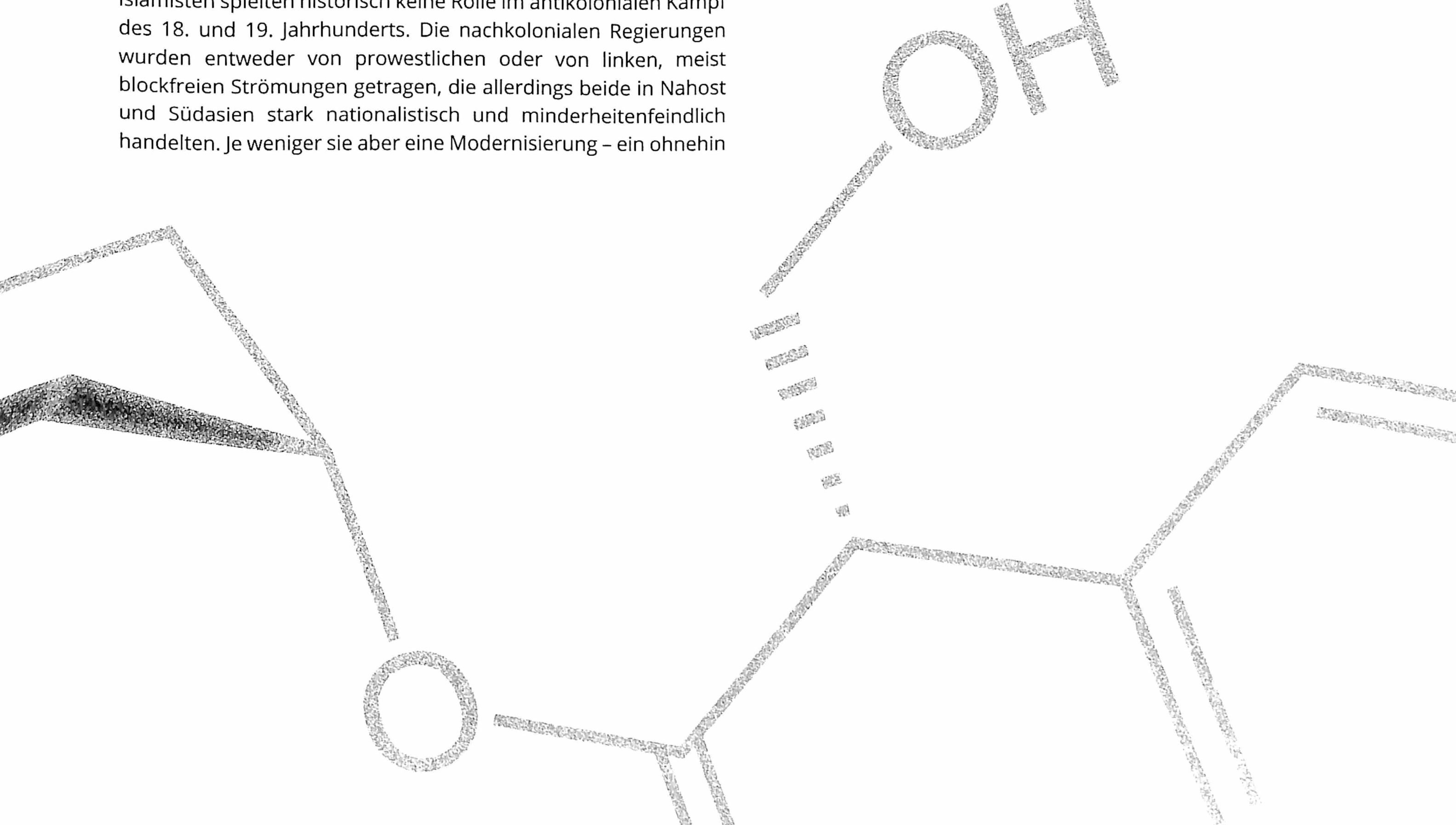


diesen »perfekten« Maßstäben auch die Erreichung des eigentlichen Ziels: das Eingehen ins Paradies – als Märtyrer natürlich schneller und je nach Überlieferung mit 72 Jungfrauen oder 72 weißen Weintrauben. Besonders Salafisten lösen sich dabei auch von den Vorstellungen der Nationalisten, die von einem Kulturraum ausgingen, den man arrondieren und notfalls die Minderheiten kulturell assimilieren muss. Der Salafismus hat sich völlig vom Raum gelöst und tritt universell auf. Mit dieser Ideologie ist Salafismus in der Globalisierung auch besser aufgestellt als andere konservative Strömungen oder der Faschismus, die noch auf ihre Grenzen beharren und exklusiven Charakter beanspruchen. Denn der Salafismus bietet Werte, denen man beitreten kann, und nicht Identitäten, zu denen man entweder gehört oder von denen man ausgeschlossen ist. Die salafistische Identität ist also nicht vorgegeben, sondern steht erst am Ende eines Prozesses von Bekenntnis und Abgrenzung.

Dadurch grenzen sich SalafistInnen auch deutlich von ihren Glaubensgeschwistern ab. Denn die Ummah als Kollektivzuschreibung gibt es so zunächst nicht. Sie wird erst zu einem bestimmten Zeitpunkt wichtig, wenn es zu Auseinandersetzungen mit Liberalen, Linken oder religiösen Minderheiten kommt. Dann erlebt die Ummah einen Bedeutungsgewinn, weil man sich dann – wie oben beschrieben – als Verteidiger darstellen und Führungsanspruch einfordern kann. Aber grundsätzlich betrachten besonders Salafisten alle anderen Moslems als quasi vom Glauben abgefallen. So überrascht es nicht, dass sie sich selbst gegenseitig zu Ketzern erklären. Die Ummah ist für sie nichts anderes als eine Masse von degenerierten Moslems oder »Kulturmoslems«. Sie selber sind dann entweder die Jama (Gemeinschaft) oder die Ghuraba (Fremden), deren Aufgabe darin besteht, den Islam richtig zu verkünden (Dawa) und ihre Glaubensgeschwister zu reislamisieren.

Islamismus als konservative Modernisierungsbewegung

Islamisten spielten historisch keine Rolle im antikolonialen Kampf des 18. und 19. Jahrhunderts. Die nachkolonialen Regierungen wurden entweder von prowestlichen oder von linken, meist blockfreien Strömungen getragen, die allerdings beide in Nahost und Südasien stark nationalistisch und minderheitenfeindlich handelten. Je weniger sie aber eine Modernisierung – ein ohnehin ideologisch geprägter Begriff, um die Fähigkeit des Westens, effektiver andere Ländern zu überfallen, moralisch genehmer zu formulieren – herbeiführten konnten, umso stärker setzten sie den Nationalismus durch. Nachdem die Modernisierungsregimes in die Krise gerieten, riefen sie Wertedebatten aus, z. T. religiös motiviert wie es beispielsweise die Verfassung von 1973 in Syrien zeigt. Die ersten Gegenbewegungen kritisierten aber nicht den Modernisierungsgedanken, sondern nur die Fähigkeit oder den Willen der damaligen Regierungen, ihn nicht korrekt umzusetzen und durch materielle und »moralische« Korruption zu gefährden. Islamisten machten sich nun daran, diesen Werten ihre eigene Form zu geben. Damit soll zum einen der Weg ins Paradies geebnet werden, zum anderen sollen die richtigen Werte die Möglichkeit geben in der Welt zu bestehen. Es wurden zwei Wege beschritten: (1) der Überbauansatz durch die Schaffung einer islamistischen Regierung, die soziale Korruption bekämpft und »Werte« (Kopftuchzwang, Diskriminierung der Frau, willkürliche Polizei) vermittelt; (2) der Basisansatz, in dem durch soziale Kampagnen, Gruppenzwang und Vorbildfunktion die sozialen Werte der Basis vermittelt werden und so am Ende die ökonomische Korruption ausgemerzt wird. Die Keimzelle bildet darin die Familie, die ihren sozialen Gehalt dadurch erhält, dass sie als Wertevermittlerin auftritt. Die Verwerfungen des Kapitalismus werden dann dem jeweiligen Individuum angelastet und damit verschleiert: Mangel an sozialen Werten und Aufstiegswillen bzw. Integrationsunfähigkeit, Andauern der Korruption, mangelnde Geduld. Jede weitere Welle nimmt genau diese Debatte auf und führt sie weiter fort. Besonders der Salafismus tritt dann nur noch mit Appellen zum Bekenntnis auf, dem die äußere Form von Gebet, historischer Bezug und Kleidung wichtig sind, anstatt sich darüber Gedanken zu machen, wie der Kapitalismus die Bedingungen für das Elend schafft und mögliche Lösungen aussehen. ✖





Gott ver

Listicle-Spezial: 12 Gründe w

Immer viel zu spät, nie dauerhaft und gab den Opfern dann die ganze Schuld.	BEFREITE DI ZERSTÖRTE
Die Geschichte ist bekannt, die Vaterschaft umstritten.	OPFERTE SE
Ja, als absichtliche Fehlkonstruktion zu seinem persönlichen Vergnügen.	HAT DIE W DIE MENSCHE
Verspricht es seit tausenden von Jahren – FAIL.	SCHAFFTE E AUF E
Sabotierte den Turmbau zu Babel durch nationalistische Spaltungen. Machte die ganze Welt zu Feinden der Juden.	EINSATZ VÖLKERFRE
Meistens Kopftuch und Bart, auch wenn das heute nicht mehr überall forciert wird (dank des Kommunismus).	KLEIDERVO
Scheißt auf die Armen. Der Papst, die Saudis und alle anderen reichen Schweine arbeiten für ihn. Dafür einmal im Jahr Ostern, Opferfest und Jom Kippur.	SOZIALE GER
Einige seiner Anhänger lehnen sogar Reißverschlüsse als Teufelswerk ab. Andere stehen den ganzen Tag nutzlos in der Fußgängerzone rum oder enthaupten ihre Mitbürger mit dem Säbel.	TECHNISCHER
Jeder Spinner mit ner Sprengstoffweste kann für ihn losziehen und sofort das ganze Land ins Chaos stürzen.	FRIE
Zerstörte Sodom und Gomorrha wegen »Sodomie«, überflutete die Welt wegen »Ungehorsam« und quält seine eigenen Kinder.	GNA
Benötigt zur Beseitigung seines Stellvertreters ein Gericht, das Militär, den zustimmenden Pöbel, drei Nägel und einen ganzen Tag für das dann folgende unwürdige Schauspiel.	ALLEINVERTRET DURCH
Ließ tausende ägyptische Krieger mit einem Riesenaufwand und bombastischen Showeffekt, voller Wut unter zusammenschlagenden Wogen begraben.	BEVÖLKERU
Chillt im Himmel, lacht sich tot über unser Leid und unterwandert jedes Einigungsbestreben durch sinnlose Debatten um modische Präferenzen. Hat in tausend Jahren keines seiner erklärten Ziele erreicht.	ABSCHLIESSEN



sus Stalin

varum Stalin ein besserer Gott ist

ZAG

Hier im Kontest Gott oder Stalin. Wer ist der Bessere, Wichtigere, Schönere? Beide kochen mit Wasser, was haben sie sonst noch auf der Pfanne?

In der nächsten Ausgabe Didi Hallervorden versus Bill Cosby.

JUDEN UND IHRE FEINDE	Befreite in nur 5 Jahren zahlreiche andere Völker, sogar das deutsche. Die Rote Armee besiegte Hitler quasi eigenhändig, während die Franzosen mit der SS Wein tranken und die Amerikaner in Italien Dolce Vita machten. Hätte ihn viel früher plattgemacht, wenn die Westalliierten mitgespielt hätten.
INEN SOHN	Weigerte sich seinen eigenen Sohn aus deutscher Kriegsgefangenschaft freizukaufen. Dieser starb später den Heldentod im Kampf gegen den Faschismus, statt wimmernd am Kreuz.
VELT UND ERSCHAFFEN	Verbesserte die Welt und schaffte den neuen Sowjetmenschen, hatte nichts als Sorgen.
N PARADIES RDEN	Es gibt Zeitzeugen, die diese Meinung vertreten sowie umfangreiche Archivaufnahmen von ertragreichen Kornfeldern.
FÜR DIE UNDSCHAFT	Rettete die Sowjetunion durch Sozialismus in einem Land; erster Staat, in dem Rassismus eine Straftat war. Hooligans in der Straßenbahn wurden von ihren Mitbürgern verprügelt noch bevor die Polizei eintraf, berichtete der amerikanische Kommunist Paul Robeson.
SCHRIFTEN	Uniform für alle.
ECHTIGKEIT?	Laberte nicht, sondern enteignete alle Bonzen und gab jedem Arbeit und Brot – jeden Tag After-Work-Party!
FORTSCHRITT	Industrialisierte das größte Land der Erde innerhalb von 20 Jahren.
DEN?	Die Rote Armee mobilisierte 11 Millionen Soldaten und hinterließ nichts als dauerhaften Frieden und ungenutzte Atomraketen.
DE?	Befreite sogar seine Feinde, baute die DDR zu einer führenden Industrienation auf, spendierte den faschistischen Mordbrennern eine Entdeckungstour durch das wilde Sibirien.
UNGSMERKMAL SETZEN	Benötigte nur Vasallen, einen Eispickel und Sekunden.
NGSPOLITIK	Ließ Millionen mit einem Schulterzucken verhungern.
DE BEWERTUNG	Stetige Planübererfüllung, Frieden unter den Völkern, Abschaffung des Kapitalismus und Sieg über den Faschismus in nur 20 Jahren. Gönnte sich nichts außer ab und zu mal Ferien in der Datsche.

My body my choice?

Eine aktivististische Perspektive auf den Einfluss konservativ-christlicher Religion auf Gesundheit und körperliche Selbstbestimmung

Queerfeminismus AG, Prisma – Interventionistische Linke Leipzig

Der christliche Glauben spielt im Alltag vieler in Deutschland lebender Menschen eine immer weiter abnehmende Rolle. Ungeachtet dessen übt die christliche Religion weiterhin einen bedeutsamen Einfluss aus, sei es auf die Bundesgesetzgebung oder regional, auf das kulturelle und politische Leben. Oder eben auf die Gesundheit und körperliche Selbstbestimmung von Menschen. Diesen wollen wir im Folgenden kritisch beleuchten und hinterfragen.

§ 218 – Schwangerschaftsabbruch in der BRD

Der gravierendste gesetzliche Missstand ist hierbei der § 218 Strafgesetzbuch, den es in Deutschland in seiner Grundform seit 1871 gibt, wenn auch mit Unterbrechungen. In der DDR wurde 1972 der Schwangerschaftsabbruch in den ersten 12 Wochen entkriminalisiert und somit das Abtreibungsgesetz fortschrittlicher als das der BRD. In der BRD hingegen trat die heute gültige Fristenregelung erst 1995 in Kraft, vorher waren die Zustände noch frappierender. Aufgrund des heute geltenden Paragraphen gilt Schwangerschaftsabbruch noch immer unter allen Umständen als Straftat. Diese wird lediglich unter bestimmten Bedingungen nicht verfolgt. Demnach kann ein Abbruch innerhalb der ersten 12 Wochen durch eine*n Arzt/Ärztin durchgeführt werden, aber nur wenn die schwangere Person eine Beratung in einer staatlich anerkannten Beratungsstelle in Anspruch genommen hat. In ruralen Gebieten wird diese oft nur durch kirchliche Einrichtungen angeboten. Sind diese auch sehr unterschiedlich, wird die schwangere Person dabei doch oft unter Druck gesetzt, sich für die Fortführung der Schwangerschaft zu entscheiden. Des Weiteren kommen auf viele schwangere Personen die Kosten des medizinischen Eingriffs zu, da die Krankenkassen diese nur unter bestimmten Voraussetzungen übernehmen. Bei »hoher Gefahr für die physische oder psychische Gesundheit« der schwangeren Person ist es nach der Indikationsregelung möglich, auch nach zwölf Wochen eine Abtreibung legal durchzuführen. Der konservativ-christliche Einfluss auf die Gesundheit und körperliche Selbstbestimmung derjenigen Personen, die schwanger werden können, ist hier leider nur allzu augenfällig: Aufgrund von nicht medizinisch begründeten Glaubenssätzen wie »menschliches Leben besteht ab dem Zeitpunkt, an dem sich ein Spermium in einer Eizelle einnistet« werden Menschen die Selbstbestimmung über ihren Körper und medizinische Leistungen verweigert.

Zwei prominente Beispiele

Auf Krankenhausebene stellt sich die Situation so dar, dass viele christlich geführte, aber weitgehend staatlich finanzierte Krankenhäuser, keine Abtreibungen durchführen oder sich weigern, die »Pille danach« zu verschreiben. So auch geschehen im Dezember 2012 – einer Frau wurde hier die Untersuchung auf Anzeichen einer Vergewaltigung untersagt, weil damit ein Beratungsgespräch über eine mögliche Schwangerschaft und deren Abbruch sowie das Verschreiben der Pille danach verbunden sei.

Ein anderes Beispiel, wie Menschen sich in ihrer Anti-Abtreibungshaltung auf das Christentum beziehen und Einfluss auf die medizinische öffentliche Daseinsvorsorge ausüben, ist die Auseinandersetzung um Schwangerschaftsabbruch im Capio Elbe-Jeetzel-Klinikum in Dannenberg. In diesem nicht kirchlich geführten Haus hingen gewisse medizinische Leistungen, namentlich Schwangerschaftsabbruch, vom persönlichen Glauben einzelner einflussreicher Personen ab. Im Dezember 2016 wurde bekannt, dass der neue Leiter der Gynäkologie, Thomas Börner, keine Schwangerschaftsabbrüche mehr durchführen wird und dies auch seinen Untergebenen untersagt. Begründung: »Ich habe nach der Maxime des Nicht-Tötungsgebotes auch schon nach meinem Abitur Zivildienst gemacht statt zur Bundeswehr zu gehen. In meinem 26-jährigen gynäkologischen Dasein habe ich immer nach dieser Maxime behandelt.« Als Grund gab er ebenfalls seine Glaubensauffassung an. Das Verweigern medizinischer Leistungen aus Gewissensgründen steht ihm gesetzlich durchaus zu. Jedoch kann er die Entscheidung nicht für seine Abteilung treffen. Durch seine Intervention gab es im gesamten Landkreis Lüchow-Dannenberg keine Klinik mehr, die Schwangerschaftsabbrüche durchführte. Aufgrund starken bundesweiten Protests veranlasste die Klinikleitung im Februar diesen Jahres, Schwangerschaftsabbrüche wieder durchzuführen. Börner verließ daraufhin das Krankenhaus.

Streikrecht ist für alle da?

Ein weiterer spannender Aspekt, wenn es um bestimmte kirchliche Kreise und Gesundheit geht, sind arbeitsrechtliche Besonderheiten durch den sogenannten dritten Weg. Dieser bezeichnet das in Deutschland für Kirchen geltende eigenständige kollektive Arbeitsrecht. Ob Beschäftigte kirchlicher Träger, also auch vieler medizinischer und pflegerischer Einrichtungen wie Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, streiken dürfen, ist äußerst umstritten. Da die Arbeitsbedingungen trotzdem nicht besser, z.T. sogar schlechter sind als in anderen Einrichtungen, wird Arbeitnehmenden so der Kampf um bessere Entlohnung sowie Arbeit, die nicht krank macht, verwehrt. Dies wirkt sich auf die Gesundheit der Beschäftigten sowie auf die Gesundheit der von ihnen betreuten Menschen aus. So hat auch hier das Handeln der christlichen Kirche und wiederum ihre Sonderbehandlung durch den Staat Auswirkungen auf die Gesundheit vieler Menschen.

Sächsische Zustände

Als in Sachsen queerfeministisch aktive Gruppe sind wir nicht nur mit den bundesweit geltenden Einflüssen christlicher Religion konfrontiert, sondern auch und vor allem mit den in dieser Region Wirkenden. Daher wollen wir diese im Folgenden näher betrachten und uns aus gegebenem Anlass auf die Wirkmächtigkeit Evangelikaler bezüglich sexueller, geschlechtlicher und körperlicher Selbstbestimmung konzentrieren.
Hier im Freistaat leben etwas mehr als 4 Millionen Menschen. Circa ein Viertel von ihnen hängt einer Konfession an. Das Christentum, welches den größten Teil davon ausmacht, ist in vielen Teilen kaum mehr wahrnehmbar. Anders stellt sich die Situation im südwestlichen Teil Sachsens dar. Der Raum ums Erzgebirge hin zum Vogtland wird z. T. als »sächsischer Biblebelt« [Bibel-Gürtel] bezeichnet, analog zum Biblebelt der US-amerikanischen Südstaaten. Diese Region ist stark evangelikal geprägt. Hier nehmen sie eine wichtige gesellschaftliche Rolle ein. Zum einen haben Evangelikale Einfluss auf die politische Meinungsbildung. Zum anderen sind sie in Sportvereinen und anderen Räumen des gesellschaftlichen Lebens vertreten.

Evangelikale und ihr Weltbild

Evangelikale bezeichnen sich selbst als bibeltreue, evangelische Christ*innen. Für sie sind die Bibel, der Glaube an Gott, und Konzepte wie das »Böse« und das Jüngste Gericht Lebens- und Glaubensgrundlage. Hierin begründen sie auch ihre patriarchale und reaktionäre Weltanschauung. Jegliche Abweichung von ihrem heteronormativen Weltbild lehnen sie ab. Homosexualität beispielsweise wird oft als unnatürlich und als heilbare Krankheit beschrieben. Aus ihrem Wunsch nach einer patriarchalen Gesellschaftsordnung, in der es nur zwei Geschlechter gibt, machen Evangelikale ebenso keinen Hehl. Die Geschlechterrollen sind für sie klar definiert – Menschen, die sie als Frauen einordnen, sind Hausfrau und Erzieherin, von ihnen als Männer eingeordnete Menschen sind Ernährer und Familienoberhaupt. Ein großer Teil ihrer Veranstaltungen thematisiert den Schutz der (Klein-)Familie als Keimzelle der Gesellschaft (oder wahlweise: des Volkes, des Staates). Freizeit- oder Beratungsangebote stehen oft unter dem Aspekt des Familienschutzes. Während es einerseits »Muttikurse« oder Kurse für »Predigerfrauen« gibt, können als Männer eingeordnete Menschen Abenteuerausflüge unternehmen. Nahezu jede gesellschaftliche Veränderung wird in ihrer Auswirkung auf die Familie untersucht und viele emanzipatorische Errungenschaften als Angriff auf das traditionelle Familienbild interpretiert. Sie verteufeln Emanzipation und kritisieren »Gender Mainstreaming«. Dass sie damit politisch einflussreich sind, zeigt die Einladung der Evangelikalen Gabriele Kubis, die 2010 als »Sachverständige« im Landtag zum Thema »Sächsisches Kompetenz-Zentrum für Gender Mainstreaming« ihre Meinung kundtun durfte.

Die sächsische Lebensschutzbewegung

Aber kommen wir zurück zum Thema Gesundheit: Ein wichtiger Punkt der Einflussnahme evangelikaler Christ*innen in Sachsen ist die Lebensschutzbewegung. Hier ist sie eins der aktivsten Felder der christlich fundamentalen Strömung und setzt sich vor allem gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ein. Lutz Scheufler, Leiter des sog. Evangelisationsteams und besonders aktiv in der Arbeit dieser Bewegung, beschrieb in seiner Autobiographie deutlich, wie sich schwangere Menschen entscheiden, wenn sie denn von erfahrenen »Lebensschützer[*innen]« beraten würden: »Sie wollte lieber statt Mörderin Mutter werden.« Lebensschützer*innen gehen davon aus, dass sich eine schwangere Person immer für das Kind entscheiden wird. Einflüsse und Kontakt zu Stellen, die ihrer Meinung nach eine Abtreibung voran bringen wollen, wie Männer*, Freund*innen, Familienmitglieder oder auch staatliche Beratungsstellen für Schwangerschaftsabbrüche, müssen unterbrochen werden, damit sich die schwangere Person »für das Leben« entscheidet.

Der politische Einfluss der Lebensschutzbewegung

Mit dem Interessenverband Christdemokraten für das Leben (CDL) haben Evangelikale ein mächtiges Instrument innerhalb der sächsischen und der Bundes-CDU. Eines ihrer vorrangigen Ziele ist »das hilflose und ungeborene Leben« zu schützen und das Recht auf Schwangerschaftsabbruch abzuschaffen. Steffen Flath, bis zur Landtagswahl 2014 Vorsitzender der CDU-Fraktion und seither im Rundfunkrat des MDR tätig, ist prominenter Unterstützer der Abtreibungsgegner*innen und steht den Evangelikalen sehr nahe. Oft war er Redner bei den Schweigemärschen für das Leben in Annaberg-Buchholz und hat versucht, auf legislativer Ebene darauf hinzuwirken, die Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen noch weiter einzuschränken.

Ein weiterer einflussreicher Christdemokrat und Vorsitzender der CDL, Joachim Hadlich, trat ebenfalls mehrere Male beim Marsch für das Leben auf. Nicht zuletzt durch seine Veröffentlichungen, u. a. ein offener Brief an den ehemaligen Bundespräsidenten Gauck, offenbarte er seine AfD- und Pegida-nahe, rechtsoffene und sexistische Gesinnung. Der »Lebensrecht Sachsen e. V.« ist der außerparlamentarische Arm von Abtreibungsgegner*innen in der Region und weicht personell und inhaltlich wenig von der CDL ab, ist jedoch v. a. im »sächsischen Biblebelt« aktiv.

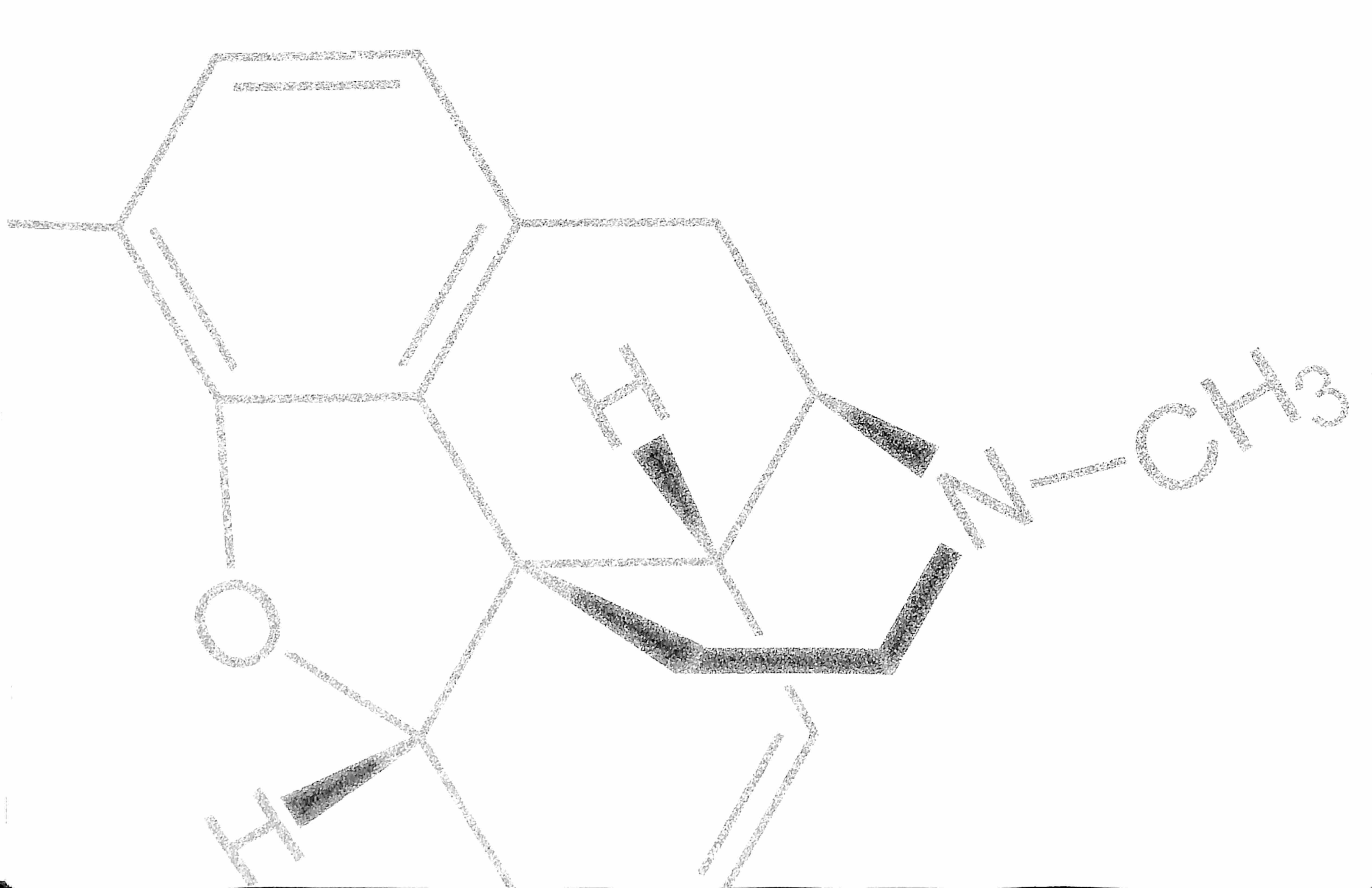
Der »Schweigemarsch für das Leben«

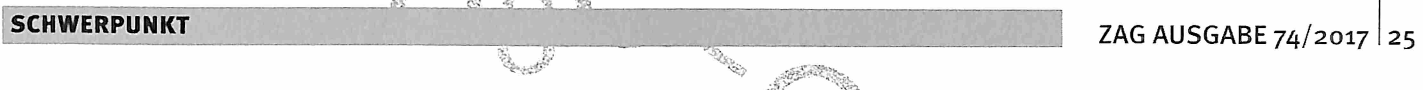
Durch diesen politischen wie gesellschaftlichen Einfluss, der Ergebnis des großen Engagements einer Vielzahl von Personen, Gruppen und Lobbyist*innen ist, ist es nicht verwunderlich, dass die Region ums Erzgebirge, insbesondere die Stadt Annaberg-Buchholz, einen Hort der Abtreibungsgegner*innen darstellt. Die beschriebenen Gruppen organisieren am 12. Juni 2017 zum bereits achten Mal den »Schweigemarsch für das Leben«. Er richtet sich gegen das körperliche Selbstbestimmungsrecht aller Menschen – insbesondere derer, die schwanger werden können. Die Veranstaltung wird zurzeit vom Verein »Lebensrecht Sachsen e. V.« organisiert. Anmelder Thomas Schneider ist dabei nicht nur Gründer und Mitglied evangelikaler Gruppen, sondern auch gut vernetzt in nationalistisch-rassistischen Kreisen, á la Pegida und Verschwörungstheorethiker*innen. So schwadroniert er beispielsweise: »Wer öffentlich bekennt, dass Abtreibung Kindermord und Homosexualität nicht die von Gott gewollte Schöpfung ist, wer öffentlich bekennt, dass die Verirrung im Gender-Mainstream Ehen und Familien zerstört und mit der christen- und judenfeindlichen Ideologie des Islam Gewalt und Terror Einzug gehalten haben, muss auch in Deutschland mit Bedrängnis und Verfolgung rechnen.« Schaut mensch sich andere Mitorganisator*innen und Demonstrant*innen an, wird klar, dass die »Schweigemärsche« im sächsischen Erzgebirge ein Sammelbecken sind für Personen und Organisationen, die Nationalismus, Sexismus und feindliche Einstellungen gegenüber homosexuellen Menschen sowie Trans*personen und intergeschlechtlichen Menschen verbreiten und Abtreibungen um jeden Preis verhindern wollen.

...und was nun?

Was können wir als andere gesellschaftliche Akteur*innen tun, um den Einfluss evangelikaler Personen und Gruppen zurückzudrängen und das Recht auf körperliche Selbstbestimmung voranzutreiben? Zum einen kämpft das Pro Choice Bündnis – ein Zusammenschluss feministischer Gruppen in Sachsen – gegen die Abtreibungsgegner*innen und für ein selbstbestimmtes Leben. Diese Menschen gilt es zu unterstützen, beispielsweise beim Gegenprotest zum Marsch für das Leben der ebenfalls am 12. Juni 2017 stattfindet (pro-choice...). Zum anderen zeigt das Beispiel aus Dannenberg-Lüchow, dass jedem Angriff auf die geringe bestehende körperliche Selbstbestimmung lauter Protest entgegengesetzt werden muss. Denn im schlimmsten Fall kann bereits ein*e einzige*r Evangelikale*r oder Abtreibungsgegner*in das Recht auf körperliche Selbstbestimmung für eine gesamte Region beeinflussen.

In stark evangelikal geprägten Regionen wie im Biblebelt selbst ist es unheimlich schwer ein Gegenangebot beziehungsweise ein Gegengewicht zu den Evangelikalen zu bilden. Daher sollten wir emanzipatorische und antiautoritäre Kräfte in solchen Regionen so gut wie möglich unterstützen. ✖





Der Storch bringt keine Kinder

ZAG-Interview mit Lucy und Sarah aus dem What-the-Fuck!?-Bündnis Berlin

ZAG

Seit 2002 findet jährlich der sogenannte »Marsch für das Leben« in Berlin statt. Auch in diesem Jahr wird am 16. September 2017 zu einem solchen Schweigemarsch aufgerufen. Das What-the-Fuck!?-Bündnis wendet sich mit einer Gegendemo dagegen.

ZAG: Was sind das eigentlich für Leute, die da auf dem Marsch mitlaufen und welche Ziele verfolgen sie mit ihrer jährlichen Aktion?

› **Lucy + Sarah:** Der »Marsch für das Leben« wird von selbsternannten »Lebensschützern« organisiert, genauer vom »Bundesverband für Lebensrecht«. Die Lebensschutzbewegung hat es sich auf die Fahnen geschrieben, ein komplettes Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen durchzusetzen. Dabei berufen sie sich auf perfide Weise auf den Schutz »ungeborenen Lebens«. Die Bewegung selbst besteht aus unterschiedlichen politischen und religiösen Strömungen, von christlich-fundamentalistischen Freikirchen über die katholische Kirche bis hin zu parteipolitischen Akteuren wie der CDU und der AfD.

ZAG: In den letzten Jahren konnte man beobachten, dass auch viele junge Menschen sich an dem »Marsch« beteiligen. Deutet das auf einen ansteigenden Konservatismus bei der Jugend hin? Und wie kann man so einer Tendenz entgegenwirken?

› **Lucy + Sarah:** Sicherlich wirkt sich der gesellschaftliche Backlash in Sachen Feminismus auch auf die Jugend aus. Ob diese sich dabei stärker in eine konservative Richtung bewegt als der Rest der Gesellschaft ist zweifelhaft. Wichtig ist es in jedem Fall, sich für emanzipatorische Bildungsarbeit auch an Schulen einzusetzen. Es ist Aufgabe der Schule zu vermitteln, dass es unterschiedliche Möglichkeiten gibt Sex oder eine Familie zu haben. In diesem Rahmen muss auch der Protest gegen die »Demos für alle« aufrechterhalten werden. Denn die »Besorgten Eltern« bei diesen Demos wollen konservative Familienwerte in schulischen Lehrplänen festschreiben.

ZAG: Ihr sagtet bereits, dass sich unter den Teilnehmenden auch parteipolitische Akteure aus der AfD wiederfinden. Wie sind denn generell die Verbindungen der dort Demonstrierenden zur AfD oder anderen Gruppen der Neuen Rechten?

› **Lucy + Sarah:** Namentlich taucht die AfD nicht bei den offiziellen UnterstützerInnen des Marsches auf, allerdings zierte Beatrix von Storch bereits öfter die erste Reihe des Marsches – sie ist Europaabgeordnete und stellvertretende Bundesvorsitzende der AfD sowie Berliner AfD-Landesvorsitzende. Von Storch und ihr Ehemann unterstützen den »Marsch für das Leben« auch offiziell mit dem von ihnen gegründeten Verein »Zivile Koalition e. V.«. Zivile Koalition e. V. ist einer der großen Player in der deutschen Lebensschutzbewegung: Der Verein hat die europäische Anti-Abtreibungs-Bürgerinitiative »One of Us« in die Wege geleitet und ist an den »Demos für Alle« organisatorisch beteiligt, wenn auch hier unter dem Namen »Initiative Familienschutz«.

Ein weiteres Beispiel ist die »Bibliothek des Konservatismus« in Berlin-Charlottenburg. Die öffentlich zugängliche Privatbibliothek ist politisch der Neuen Rechten zuzuordnen, dem (Rechts-)Konservatismus und der Lebensschutzbewegung. Die Büchersammlung umfasst mehrere zehntausend Titel. Das Themenspektrum deckt – nach eigenen Aussagen – das »gesamte geistesgeschichtliche Spektrum des Konservatismus« ab. Ein Teil des Bestands, stellt die »Sondersammlung Lebensrecht« dar. Sie wurde von der Stiftung »Ja zum Leben« gespendet. Die Stiftung ist auch im »Bundesverband Lebensrecht« vertreten. Hier zeigt sich deutlich, die antifeministischen und sexistischen Inhalte der »Lebensschützer« sind fest in der Neuen Rechten verankert und es bestehen Verbindungen und Netzwerke.

ZAG: Ihr beiden seid im queer-feministischen What-the-Fuck!?-Bündnis aktiv, das seit Jahren Gegenproteste organisiert und durchführt. Auch in diesem Jahr ruft ihr dazu auf, sich dem »Marsch« entgegenzustellen. Welche Haltung stellt das Bündnis den Ansichten der »Lebensschützer« entgegen?

› **Lucy + Sarah:** Eine solidarische! Zum einen solidarisch mit Menschen die schwanger sind und sich gegen ein Kind bzw. eine Elternschaft entscheiden möchten. Nach § 218 Strafgesetzbuch sind Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland immer noch strafbar und nur unter bestimmten Bedingungen straffrei. Unsere erste Forderung ist also: Weg mit §218!
Und zweitens solidarisch in einem breiteren Sinne: Solidarisch mit all denjenigen, die sich nicht in die starren Vorstellungen von diesen Fundis [Fundamentalisten] reindrängen lassen wollen oder können.

ZAG: Heißt das, dass sich euer Protest vor allem gegen Religion und religiösen Fundamentalismus richtet oder protestiert ihr ebenso gegen die rechten Strukturen vor Ort?

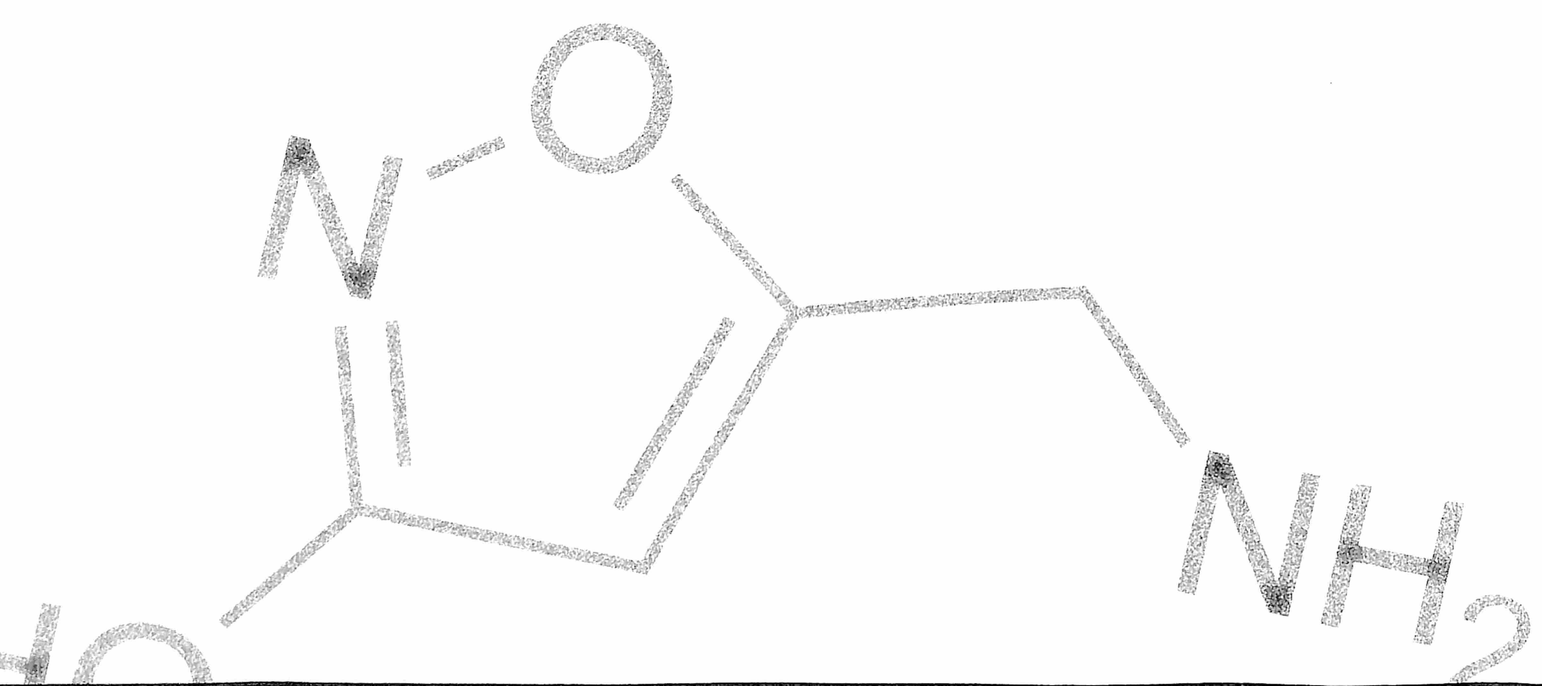
› **Lucy + Sarah:** Wir protestieren gegen AbtreibungsgegnerInnen. Ob die TeilnehmerInnen am »Marsch für das Leben« aus politischer oder religiöser Motivation den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen noch weiter erschweren und verbieten wollen ist dabei zunächst zweitrangig. Erst im zweiten Schritt schauen wir uns im Rahmen eigener Analysen an, warum die »Lebensschützer« ein Problem mit Schwangerschaftsabbrüchen haben – einige berufen sich hierbei auf die Bibel. Durch ihre wörtliche Auslegung der Bibel sehen sie ihre Rollenvorstellungen und ihre Idee vom »Lebensanfang« als bewiesen an. Diesen Beweis erkennen wir selbstverständlich nicht an und wehren uns dagegen. Religiöser Fundamentalismus produziert Zwang und basiert auf einer autoritären Geschichtsschreibung. Religiös fundamentalistische Erzählungen geben sich dem Schicksal hin, alles wird als natürlich und unhinterfragbar dargestellt. Die göttliche Ordnung wird als die einzig richtige dargestellt, die keine Alternativen zu lässt. What the fuck?! Deshalb lehnen wir religiösen Fundamentalismus in allen Formen ab.
Und wir protestieren auch gegen völkische und nationalistische Vorstellungen von Familie, gegen antifeministische Netzwerke und die rassistischen Positionierungen einiger »Lebensschützer«.

ZAG: Man könnte denken, dass Religion und Politik in einem säkularen Staat nicht zusammenpassen würden. Aber hier gehen Leute auf die Straße, bei denen sich die religiösen und politischen Überzeugungen vermischen.

› **Lucy + Sarah:** Ein säkularer Staat heißt nicht, dass Menschen ihre politischen und religiösen Einstellungen notwendigerweise auseinander halten können. Klar ist meine politische Einstellungen von moralischen Anschauungen und von meiner Vorstellung vom guten Leben geprägt. Vermutlich werden einige der Fundis von Gottes Stimme getrieben – aber wenn sie mit dieser Stimme gegen das Selbstbestimmungsrecht von Menschen und gegen Abtreibung anreden, ist das politisch.

ZAG: Wie sieht denn die Haltung gegenüber religiösen Fragen innerhalb des Bündnisses aus?

› **Lucy + Sarah:** Was unsere Haltung zur Religion als solche angeht, haben wir erst begonnen uns näher damit auseinander zu setzen. Unser Fokus bleibt jedoch unsere Forderung nach einer Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und die Kritik an religiösen Inhalten, die diese verhindern wollen. Da hierbei Gottes Wille als Begründung der »Lebensschützer« gegen Abtreibungen und für den Zwang zur heterosexuellen Familie herangezogen wird, gilt für uns weiterhin: Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat. ✖



In linken Kontexten haben wir nicht dazugelernt

Die antisemitische und rassistische Beschneidungsdebatte wäre heute noch genauso möglich

Heinz-Jürgen Voß

Noch 2012 hatten sich Linke massiv und unreflektiert an der antisemitisch und rassistisch geführten Beschneidungsdebatte beteiligt. Heute ist einigen klarer, dass es die christlich-atheistische Dominanzkultur zu reflektieren gilt, aber diese Einsicht ist inhaltlich kaum unterfüttert und steht vielfach auf tönernen Füßen. Darum soll es in diesem Beitrag gehen. Ein Schwerpunkt soll dabei auf der problematischen Haltung der *jungle world* in der Debatte 2012 und auf einem aktuellen Positionspapier des *Bundesforums Männer* liegen.

Wortlaut des mit breiter Mehrheit am 20.12.2012 im Bundestag beschlossenen Gesetzes *über den Umfang der Personensorge bei einer Beschneidung des männlichen Kindes:*

§ 1631d: Beschneidung des männlichen Kindes

(1) Die Personensorge umfasst auch das Recht, in eine medizinisch nicht erforderliche Beschneidung des nicht einsichts- und urteilsfähigen männlichen Kindes einzuwilligen, wenn diese nach den Regeln der ärztlichen Kunst durchgeführt werden soll. Dies gilt nicht, wenn durch die Beschneidung auch unter Berücksichtigung ihres Zwecks das Kindeswohl gefährdet wird.

(2) In den ersten sechs Monaten nach der Geburt des Kindes dürfen auch von einer Religionsgesellschaft dazu vorgesehene Personen Beschneidungen gemäß Absatz 1 durchführen, wenn sie dafür besonders ausgebildet und, ohne Arzt zu sein, für die Durchführung der Beschneidung vergleichbar befähigt sind.

Zur heutigen linken Sicht

Elke Wittich, Redakteurin der *jungle world*, hat mit der einzigen externen Expertise zur Beschneidungsdebatte zentral zum aktuellen *Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus* (kurz: Antisemitismusbericht) der Bundesregierung und damit zu einer klaren Einordnung der deutschen Beschneidungsdebatte beigetragen. Die im Jahr 2012 in Deutschland geführte Debatte sei zu den antisemitischen Kampagnen zu zählen. Im Antisemitismusbericht heißt es: »Die hasserfüllten Auswüchse der Beschneidungsdebatte, die v. a. im Internet virulent waren, haben einmal mehr gezeigt, dass es nur eines Trigger-Ereignisses bedarf, um latent vorhandene antisemitische Stimmungen emotional aufzuladen und in den sozialen Netzwerken ungefiltert an die Oberfläche zu spülen. Kommentare in den Online-Versionen seriöser Tageszeitungen wurden ebenso genutzt, um die Beschneidung als archaisches Ritual überkommener religiöser Vorstellungen abzuqualifizieren und diskriminierende antijüdische Parolen zu äußern.« (Antisemitismusbericht 2017: 272) Auf der Homepage der *Europäischen Janusz Korczak Akademie* schreibt Wittich ebenso deutlich und äußert die Befürchtung, dass die Debatte weiter virulent sei: »Die Beschneidungsdebatte ist vorbei. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Gegner der Zirkumzision aufgegeben haben – sie sind weiter in ihren Foren aktiv, schreiben Blogs und Leserbriefe und arbeiten weiter an internationaler Vernetzung. Und sie werden bei der nächsten passenden Gelegenheit wieder aktiv werden [...]. In ihrem Gefolge werden dann auch wieder Antisemiten die öffentliche Diskussion zu bestimmen versuchen. Deren Ziel ist klar: Juden die Ausübung ihrer Religion unmöglich zu machen und dadurch zu erreichen, dass sie Deutschland verlassen.« (EJKA 2017)

Mit dieser Feststellung hat Wittich recht – die Debatte kommt gerade in diesem Jahr wieder. Wie schon im Jahr 2012 zeigt sich, dass sich die Beteiligten aus allen gesellschaftlichen Lagern der christlich-atheistischen Mehrheit rekrutieren. Es wurde aus der Debatte 2012 nichts gelernt. Auch in linken und emanzipatorischen Kontexten sorgte damals und sorgt heute nicht die deutliche Aussage von Charlotte Knobloch, der ehemaligen Präsidentin des Zentralrats der Juden, für Nachdenken. Knobloch stellte 2012 heraus, wie existenziell die Bedrohung für die deutschen Jüd_innen durch das damals drohende Beschneidungsverbot ist: »Ich frage mich, ob die unzähligen Besserwisser [...], die ungehemmt über ›Kinderquälerei‹ und ›Traumata‹ schwadronieren, sich überhaupt darüber im Klaren sind, dass sie damit nebenbei die ohnehin verschwindend kleine jüdische Existenz in Deutschland infrage stellen. Eine Situation, wie wir sie seit 1945 hierzulande nicht erlebt haben.« (Knobloch 2012) Die Beschneidung bezeichnete sie als einen »Kern der jüdischen Identität« (ebd.) – es ist ein Unding, wenn christlich-atheistische Personen darüber einfach hinweggehen.

Linke in der Beschneidungsdebatte 2012

Im linken Spektrum war 2012 die *jungle world* dafür bedeutsam, dass die antisemitische und rassistische Beschneidungsdebatte so virulent toben und von Personen der Dominanzkultur so arrogant und ignorant die Stimmen jüdischer und jüdisch-atheistischer sowie muslimischer und muslimisch-atheistischer Menschen übergangen werden konnten. So wandte sich etwa Thomas von der Osten-Sacken im Jahr 2012 in der *jungle world* drastisch gegen die Vorhautbeschneidung: »[W]er argumentiert, ein solcherart verstandenes Recht auf religiöse Selbstbestimmung [...] müsse als oberstes Rechtsgut behandelt werden, öffnet eine Büchse der Pandora, die zu schließen absehbar nicht mehr möglich sein wird.« Und weiter: »[S]elbst wenn Beschneidung nur in späteren Jahren negative Folgen zeitigen kann, mussten die Richter in Köln so entscheiden, wie sie entschieden haben. Jede Kritik an diesem Urteil wäre dann unlauter und populistisch. Sollten, und vieles deutet darauf hin, die Mehrzahl der Juden in Deutschland weiter auf Beschneidung bestehen, ließe sich eine vorläufige Lösung finden, die sich etwa am Abtreibungsrecht orientiert, d. h. der Eingriff gilt zwar als illegal, wird aber zugelassen.« (Osten-Sacken 2012b) Osten-Sacken führte aus, dass eine »Sonderbehandlung der Juden« – also ihnen das Recht zu religiöser Vorhautbeschneidung zu gewähren – der republikanischen Idee der neuen Bundesrepublik Deutschland widersprechen müsste (Osten-Sacken 2012a). Felix Riedel, der heute in nahezu jeder Ausgabe der *jungle world* schreibt, verfasste im Kontext der Beschneidungsdebatte eine »Triologie« von Texten und erläuterte Charlotte Knobloch und anderen jüdischen und muslimischen Sprecher_innen, warum die Vorhautbeschneidung gerade nicht zu jüdischer Identität gehöre und abgeschafft werden sollte. Mit Blick auf den quer durch alle Bundestagsfraktionen unterstützten Gesetzentwurf schreibt er: »Wenn in wenigen Wochen ein Gesetz verabschiedet sein wird, das Beschneidungen unter bestimmten Maßgaben legalisiert, geschieht das mit dem Argument ›jüdisches und muslimisches Leben in Deutschland zu ermöglichen‹. Diese Formulierung ist bezeichnend. Eine religiöse Praxis wird mit ›Leben‹ in eins gesetzt, darauf zu verzichten würde den Tod bedeuten. Nicht nachgewiesen ist, wie das Leben von Juden und Muslimen sowohl von der Religion wie auch von der Beschneidung und wie Religion von der Beschneidung zwangsläufig und auf ewig abhängen sollen.« (Riedel 2012)

Zum Glück gab es 2012 auch in der *jungle world* überlegtere Stimmen – etwa die von André Anchuelo, Alexander Hasgall, Floris Biskamp und eben Elke Wittich. Aber nachdem die Beschneidungsdebatte mit der Verabschiedung der neuen gesetzlichen Regelung zu Ende gegangen war, wäre es gerade in linken und emanzipatorischen Kontexten notwendig gewesen, sich mit Fragen von Religion und linker Religionskritik auseinanderzusetzen. Es hätte die Frage interessieren müssen, warum Charlotte Knobloch das drohende Verbot der Vorhautbeschneidung als massivsten Angriff auf das Judentum seit der Shoah einordnete. Auch hätten sich Personen aus der Dominanzkultur einmal mit Judentum und Islam auseinandersetzen können und sollen, um zu verstehen, was diese Religionen ausmacht – statt nur auf Hörensagen zu vertrauen.

Das ist allerdings nicht geschehen. Stattdessen wird im Rückblick eine »heile Welt« linker Politik gezeichnet, dass gerade Linke und insbesondere die *jungle world* auch in der Beschneidungsdebatte vehement auf Seiten der bedrängten jüdischen und muslimischen Gemeinschaften gestanden und sich gegen Antisemitismus und Rassismus eingesetzt hätten. So problematisiert der unter Einbezug der Expertise von Wittich verfasste Antisemitismusbericht die Beschneidungsdebatte überall – in Foren, auf Blogs und in den Mainstreammedien –, skandalisiert aber gerade nicht, dass sich in dieser Frage gerade Personen aus der christlich-atheistischen Dominanzkultur von links und rechts zusammenfanden, um die Rechte der jüdischen und muslimischen Minderheiten anzugreifen und diese Personengruppen als »barbarisch« darzustellen. Es wird mit dem Finger nach außen gezeigt – und werden gerade nicht die eigenen antisemitischen und rassistischen Vorurteile bearbeitet. Auch wäre zu reflektieren, dass die meisten Gegenstimmen zu dem fraktionsübergreifenden Gesetzentwurf (Bundestags-Drucksache 17/11295), der schließlich in Kraft trat, aus der Fraktion *Die Linke* kamen.[1] Es war die einzige Fraktion, in der das »Nein« deutlich in der Mehrheit war. Wäre es nach den Linken gegangen, wäre die jüdische Vorhautbeschneidung heute in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr gestattet.[2]

Verpasste Chance

Reflexion wäre dringend erforderlich. Aber durch die Selbstreflexionssperre in linken und emanzipatorischen christlich-atheistischen Kontexten und die aus dieser Richtung kommende Abwehr, von antisemitisch und rassistisch marginalisierten Personen zu lernen, wurde eine Chance vertan und ist die Beschneidungsdebatte auch heute von links noch genauso problematisch wie im Jahr 2012.[3]

Das zeigt sich nun zum 5. Jahrestag der Debatte. Neben einem Kongress, den bekannte Beschneidungsgegner_innen in Düsseldorf durchführten,[4] wurde vom *Bundesforum Männer* ein Positionspapier verabschiedet, das sich als »Dialogpapier« bezeichnet, sich aber deutlich und parteiisch gegen die religiöse Vorhautbeschneidung ausspricht und die eigene Positionierung als christlich-atheistisch ausweist, indem es deutlich macht, dass das *Bundesforum Männer* erst noch mit den »Andersdenkenden«, insbesondere »den Religionsgemeinschaften, denen die Beschneidung von Jungen als wesentliches Ritual gilt« (Bundesforum Männer 2017: 1), die Diskussion suchen wolle. Dass es aber nicht um einen Dialog geht, wird schon erkennbar, wenn im Positionspapier der demokratisch gefasste Bundestagsbeschluss als rechtswidrig und die religiöse Vorhautbeschneidung als »barbarischer« Akt beschrieben werden

Das Papier wurde an jüdischen, jüdisch-atheistischen, muslimischen und muslimisch-atheistischen Vereinigungen vorbeibeschlossen und bringt all das zum Ausdruck, was Wittich im Antisemitismusbericht zu Recht kritisiert: Es wird eine Erhabenheit der deutschen christlich-atheistischer Dominanzkultur repräsentiert, wohingegen andere Perspektiven als »archaisch« ausgewiesen werden. Gleichzeitig wird das Papier vom *Bundesforum Männer* als

Konsenspapier aller Mitgliedsverbände nach außen repräsentiert, und es wurde – nach meiner Kenntnis – an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages verschickt. Auffallend ist, dass unter den Mitgliedsorganisationen auch sehr große Verbände wie das DRK, der Deutsche Gewerkschaftsbund und Verdi sind, deren Vorstände prüfen könnten, ob die an den Treffen teilnehmenden Personen tatsächlich die Verbandssicht wiedergeben.

Eine Debatte wäre nötig. Es sollte darum gehen, dass Personen aus der deutschen Dominanzkultur – auch linke, emanzipatorische – verstehen, warum in diesem Beitrag stets »christlich-atheistisch« mit Bindestrich geschrieben steht, wie wir es aus dem Aufsatz von Jacobi und Magiriba Lwanga (1990) gelernt haben. Dafür braucht es Interesse an den Sichtweisen anderer. ✖

Literatur

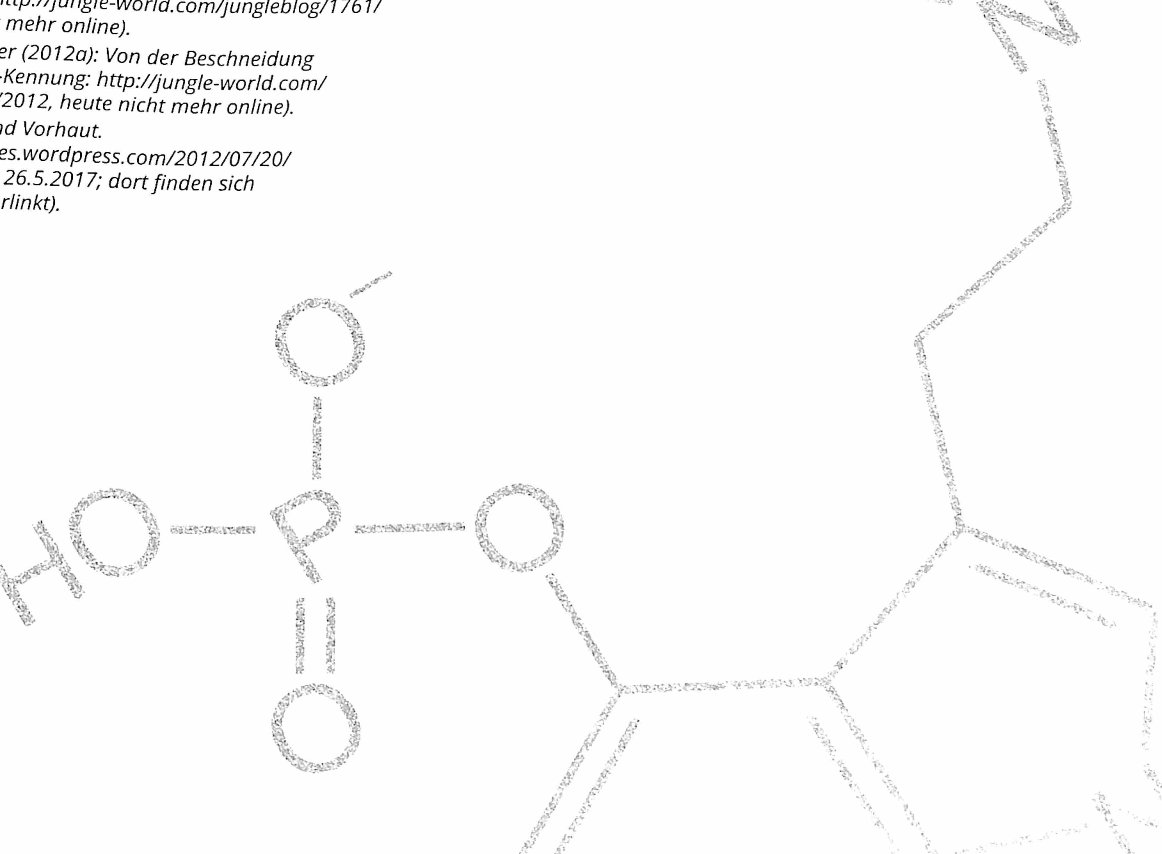
- *Antisemitismusbericht (2017): Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Bundestags-Drucksache 18/11970 Online: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf (Zugriff: 26.5.2017).*
- *Bundesforum Männer (2017): Positionspapier zur Beschneidung von Jungen. Online: https://bundesforum-maenner.de/wp-content/uploads/2017/05/BFM-zu-Beschneidung-von-Jungen-20170505.pdf (Zugriff: 26.5.2017).*
- *EJKA (2017): Gegen Juden gerichtete Kampagnen in Deutschland und Europa am Beispiel der Beschneidungsdebatte. Online: www.ejka.org/de/content/gegen-juden-gerichtete-kampagnen-deutschland-und-europa-am-beispiel-der-beschneidungsdebatte (Zugriff: 25.5.2017)*
- *Jacobi, Jessica/Magiriba Lwanga, Gotlinde (1990): Was »sie« schon immer über Antisemitismus wissen wollte, aber nie zu denken wagte. In: Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. (Hg.): Geteilter Feminismus: Rassismus – Antisemitismus – Fremdenhaß (beiträge zur feministischen theorie und praxis, 27). Köln: Eigenverlag.*
- *Knobloch, Charlotte (2012): Wollt ihr uns Juden noch? Süddeutsche Zeitung. Online: http://www.sueddeutsche.de/politik/beschneidungen-in-deutschland-wollt-ihr-uns-juden-noch-1.1459038 (Zugriff: 26.5.2017).*
- *Osten-Sacken, Thomas von der (2012a): Vernunft und Vorhaut. jungle world. Link-Kennung: http://jungle-world.com/jungleblog/1761/ (Zugriff: 12/2012, heute nicht mehr online).*
- *Osten-Sacken, Thomas von der (2012a): Von der Beschneidung zur Burka. jungle-world. Link-Kennung: http://jungle-world.com/jungleblog/1765/ (Zugriff: 12/2012, heute nicht mehr online).*
- *Riedel, Felix (2012): Schuld und Vorhaut. Online: https://nichtidentisches.wordpress.com/2012/07/20/schuld-und-vorhaut/ (Zugriff: 26.5.2017; dort finden sich auch die weiteren Beiträge verlinkt).*

Zum Autor

- *Heinz-Jürgen Voß ist Professor für Sexualwissenschaft und sexuelle Bildung an der Hochschule Merseburg. Gemeinsam mit Salih Alexander Wolter und Zülfukar Çetin veröffentlichte er im Jahr 2012 den Band »Interventionen gegen die deutsche ›Beschneidungsdebatte‹« (Edition assemblage). Aktuell hat er den »Dritten deutschen Männergesundheitsbericht – Sexualität von Männern« (2017, Psychosozial-Verlag) mitediteirt; im Jahr 2016 thematisierte er im gemeinsam mit Zülfukar Çetin verfassten Band »Schwule Sichtbarkeit – schwule Identität: Kritische Perspektiven« (Psychosozial-Verlag) Nationalismus, Kolonialismus, Rassismus und Antisemitismus in schwulen Kontexten und im Konzept der Homosexualität.*

Fußnoten

1. *Abstimmungsverhalten der Abgeordneten im Deutschen Bundestag zum »Gesetzentwurf der Bundesregierung über den Umfang der Personensorge bei einer Beschneidung des männlichen Kindes« s. https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung/?id=169.*
2. *Der von Abgeordneten von SPD, Die Linkeund B90/Grüne eingereichte alternative Gesetzentwurf [Gruppe Marlene Rupprecht] richtete sich in besonderem Maße gegen die jüdische Vorhautbeschneidung, der religiöse Vorhautbeschneidung vor dem 14. Lebensjahr per se als illegal erklärt hätte. Dem Entwurf stimmten 44 Abgeordnete der Fraktion Die Linke zu, insgesamt erhielt er 91 Ja-Stimmen.*
3. *Die Abwehr dagegen, von People of Color zu lernen, wird aktuell leider immer virulenter: Immer mehr setzt sich in linken Kontexten – auch in der jungle world – die Auffassung durch, dass christlich-atheistische Personen von anderen nichts zu lernen hätten. »Man wird es doch einmal sagen dürfen« gewinnt auch in linken Kontexten an Zuspruch. Das ist für künftige politische Auseinandersetzungen gefährlich.*
4. *Fachtagung »Jungenbeschneidung in Deutschland«, 08.05.2017, Düsseldorf. Organisiert wurde der Kongress zentral von Prof. Dr. Matthias Franz, der in seinem Band »Die Beschneidung von Jungen: Ein trauriges Vermächtnis« (Göttingen 2014) u. a. schreibt: »Ärzte! Ihr seid keine Beschneidungsautomaten!« (S. 176) und sich damit sachlicher Debatte entzieht.*



Islamkritik gleich Religionskritik?

Über die Figur des Muslims im Abendland

Ozan Z. Keskinkilic

Schon im Dezember 2015 kündigte Donald Trump im US-Präsidentschaftswahlkampf an, die Einwanderung von Muslim*innen in die USA stoppen zu wollen. Tatsächlich folgten kurz nach seinem Amtsantritt Dekrete, die die Einreise von Menschen aus bestimmten mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern einzuschränken versuchten. Der sogenannte »Muslim Ban« sorgte auch in Deutschland für Kritik und Verwunderung, obgleich auch hierzulande antimuslimische Narrative großen Zuspruch genießen: Über 41,4 % würden Muslim*innen die Zuwanderung nach Deutschland untersagen, so das Ergebnis der Leipziger Mitte-Studie 2016 (Decker/ Kiess/ Brähler 2016, 50). Über die Hälfte der Befragten fühlt sich gar durch »die vielen Muslime hier [...] manchmal wie ein Fremder im eigenen Land« (ebd.). Schon 2014 machte die BIM-Studie »Deutschland postmigrantisch« auf den weit verbreiteten Dualismus »Deutsch/ Muslim« aufmerksam: 38 % denken, dass Frauen mit Kopftuch nicht deutsch sein können (Foroutan et al. 2014, 6). Doch wer ist eigentlich *der Muslim*, von dem hier die Rede ist? Woran wird *er* erkannt und welche Rolle steht *ihm* in der Gesellschaft zu?

Gegen die »Islamisierung des Abendlandes«

»Deutschland muss Deutschland bleiben«, lautete die skurrile Forderung in der Beschlussvorlage (2016) zur CSU-Parteivorstandsklausur im September letzten Jahres. Die Christsozialen plädierten dafür, die Einwanderung von Menschen aus »unserem christlich-abendländischen Kulturkreis« zu bevorzugen (ebd., 4). Den Vorwurf des Rassismus wies die Partei entschieden zurück. Sie rede schließlich von »Kulturkreisen« und nicht von »Rassen«. (CSU/Spiegel Online am 15.09.2016) Die Leugnung geht Hand in Hand mit einer mangelnden Auseinandersetzung mit Rassismus, seiner Geschichte und Funktionsweisen. Mitunter kommt dem antimuslimischen Rassismus das Vergnügen zu, sich unsichtbar und effektiv im Deckmantel vermeintlich legitimer Religions- und Kulturkritik zu artikulieren. Spätestens seit den regelmäßigen Montagsspaziergängen PEGIDAs werden Geflüchtete und Muslim*inne unter dem Motiv der »Islamisierung des Abendlandes« zur Zielscheibe von Gewalt und hetzerischen Parolen (Keskinkilic 2015). Der Topos ist jedoch nicht neu, blickt er doch auf eine Vergangenheit zurück, die uns Auskünfte über das gibt, was Gemüter noch heute erregt. So steht die Gefahr der »Islamisierung« schon 1905 auf der politischen Agenda »besorgter Bürger«. Rechtzeitig zum Zweiten Deutschen Kolonialkongress im Berliner Reichstag warnen Missionsvertreter vor dem »Prozess der Islamisierung [...] in allen drei Kolonien im tropischen Afrika« (Kolonialkongress 1905, 518). Mit Rückgriff auf herabwürdigende und entmenschlichende Begriffe sprechen sie *den Anderen* die Gleichheit ab und propagieren ihre religiöse und kulturelle Minderwertigkeit. Die Islamfrage wird dezidiert als *Rassen*problem verhandelt; der Islam als »Kulturhindernis« und »Prinzip sittlicher Fäulnis« (ebd., 529) zum Feindbild konstruiert. Der Diskurs eines primitiven, gefährlichen und minderwertigen Islams ebnet den Boden, um die politische Vorherrschaft zu sichern und *den Anderen* zu dominieren. In der Abschlussresolution der Kolonialverhandlung wird für die Verdrängung des Islams aus deutschen Kolonien in Afrika plädiert und die Stärkung christlicher Kultur gefördert.

Orientalismus und antimuslimischer Rassismus

Edward W. Said legte mit seiner bahnbrechenden Studie »Orientalism« (1978) die Basis für eine postkoloniale Kritik an jenen Strukturen und Mechanismen, die Autorität, Überlegenheit und Dominanz über Europas *Andere* geltend mach(t)en. Der *Orient* erfülle die Funktion einer Projektionsfläche von Fantasien, Ängsten und Gelüsten. Er diene gar als Mittel, *uns* in Abgrenzung zu *den Anderen* zu definieren und *unsere* Überlegenheit über *den Rest* zu untermauern. Eine »Orientalisierung des Orients« also, wie Said bemerkt, die das Gegenüber erfinde und dessen Beherrschung legitimiere. Dem Islam komme in der Imagination des *Orients* eine Schlüsselfunktion zu. Ihm werden kulturelle und *rassische* Charakteristika zugeschrieben, der *Orientale* zur »subject race« (ebd., 37) konstruiert. Eindeutig versteht Said den Orientalismus als Ausdruck eines spezifischen *Rassen*diskurses (ebd., 140-149).
Iman Attia (2009) untersucht aktuelle Kontinuitäten des antimuslimischen Rassismus an der Schnittstelle zum Orientalismus und weist auf die Rolle essentialistischer Vorstellungen von Kultur und Religion hin. In besonderer Weise artikuliert sich der antimuslimische Rassismus in Debatten über Geflüchtete. Seit der medialen Berichterstattung um sexualisierte Gewalt in der Silvesternacht 2016 entwickelt sich *nach Köln* zu einer Chiffre für die muslimische Bedrohung (Keskinkilic 2016). Dabei zeigt sich, dass der muslimische Mann eine Ventilfunktion erfüllt, um Defizite, Gewalt und Konflikte zu externalisieren und dabei *uns* zu entlasten. Der Muslim ist eine de-individualisierte Gestalt, eine Bühne, auf die Fantasien, Gelüste, Ängste und Probleme verlagert werden können: Homophob, primitiv, hypersexuell, sexistisch, antisemitisch, kriminell, terroristisch, gewalttätig und illoyal, der Muslim wird zur Figur.

Die Figur des Muslims

»The Muslim in Europe – not individual Muslims, not even Muslim communities, but *the idea* of the Muslim himself – has come to represent the threat of death.« (Goldberg 2006, 345) Bis weit ins Mittelalter reiche das dämonisierte Islambild zurück, so Goldberg. Der Muslim als Figur verkörpere eine schier endlose Liste kollektiver Mängel, von Freiheit, Anstand bis hin zu Respekt vor Frauen und Homosexuellen (ebd.). Der Muslim bedrohe *unsere* Errungenschaften, *unsere* Werte und Sicherheit, seine Religion werde zum Problem.

Doch *Islamkritik*, wie nicht selten der Anspruch auf legitime Religionskritik am Islam subsumiert wird, verwundert dreimal. Einmal, weil analog Begriffe wie der Christentumskritik im religionskritischen Sprachgebrauch nicht existieren. Zweitens, weil er keinen Raum für islamische Pluralitäten zulässt, stattdessen homogenisiert. Drittens, weil die Verschmelzung von Islam und Kritik zur *Islamkritik* eine grundlegende Verpflichtung artikuliert, den Islam per se kritisieren zu müssen. So können Narrative des antimuslimischen Rassismus problemlos als Religionskritik legitimiert werden, um Menschen, die als Muslim*inne wahrgenommen werden, allein durch die zugeschriebene Kategorie eine fehlende Integrationsbereitschaft zu unterstellen. Dem beliebten Einwand, gegen den Islam als Religion, nicht jedoch gegen Muslim*innen zu sein, entgegnet Yasemin Shooman (2016) mit dem Begriff der »Umwegkommunikation«, einer gängigen Strategie, die Rassismusvorwürfe abwehre und Ressentiments gegenüber einer Minderheit als Religionskritik tarne. Dass hingegen der Religion und Kultur zugeschriebene Merkmale als Charaktereigenschaft auf vermeintliche Religionsangehörige übertragen würden und Diskriminierung rechtfertigten, zeigten etwa Erkenntnisse aus der Antisemitismusforschung. Das Bild eines rachsüchtigen, gewaltvollen jüdischen Gottes, der seinen Anhänger*innen befehle, Nicht-Jüd*innen zu betrügen, zu töten und zu unterwerfen, sei auf Jüd*innen übertragen worden, so Shooman weiter. Auch auf diskursiver Ebene stellen sich interessante Fragen: Verschwörungstheorien, Überfremdungsängste, Beschuldigungen der Illoyalität und Integrations- bzw. Assimilationsunbereitschaft oder der Vorwurf einer Unterwanderung weisen auf bemerkenswerte Beziehungen zwischen antisemitischen Topoi und Narrativen des antimuslimischen Rassismus hin (Keskinkilic 2016). Im europäischen Säkularisierungsdiskurs und den einhergehenden Debatten um religiöse Symbole, Kopftücher und Beschneidungsriten treffen sich Judentum und Islam, wie nicht zuletzt Gil Anidjar (2008, 52f.) hinweist, in einer Geschichte europäischer Dominanzpolitik. Diese verlagere erstens das Religiöse auf *Andere* und verteidige zweitens einen säkularen Aufklärungsmythos, der selbst auf einem christlichen Fundament aufbaue und Religion zum diskursiven Machtinstrument einsetze. Damit gingen, so Anidjar, Imperialismus, Säkularismus und Orientalismus Hand in Hand (ebd., 52).

Ähnlich also wie die *Figur des Juden* im Antisemitismus eine Repräsentations- und Legitimationsfunktion erfüllt, um Diskriminierung zu rechtfertigen, produziert auch der antimuslimische Rassismus den Muslim als *Anderen*. Er reagiert damit nicht auf die Andersartigkeit von Muslim*innen, sondern er erzeugt sie. Damit verteidigt der hegemoniale Islamdiskurs den Schutz *unserer* Gesellschaft vor den *Anderen*, denen gleiche Rechte und Zugang zu Ressourcen abgesprochen werden, während *wir* Privilegien genießen dürfen; und das ohne Beweispflicht oder Integrationsleistung, sondern allein qua Geburt und Zugehörigkeit zum »christlich-abendländischen Kulturkreis«, um auf die Worte der CSU zurückzukommen. Bezogen auf ihren Einwand, was *Rasse*, »Kulturkreis« und Rassismus miteinander zu tun hätten, hilft die Vergewisserung, was mit Kultur und »Kulturkreis« eigentlich gemeint ist, und wie sich entsprechende Zugehörigkeiten gestalten. Deckt sich die historische Vorstellung einer spezifischen *Rassen*zugehörigkeit mit der geografischen Einteilung von Menschen in »Kulturkreise«, so wird die Verknüpfung von Religion, Kultur und *Rasse* gar offensichtlich. In anderen Worten: »Das vornehme Wort Kultur tritt anstelle des verpönten Ausdrucks *Rasse*, bleibt aber ein bloßes Deckbild für den brutalen Herrschaftsanspruch«, wie Theodor Adorno (1975, 276) es formulierte. Etienne Balibar (1991, 22) spricht in dem Zusammenhang von einem »Rassismus ohne Rassen«, wonach Kultur und Religion Biologie ersetzt hätten. Der Begriff irritiert auf den ersten Blick, suggeriert er doch, es gäbe einen Rassismus mit *Rassen*. Darin liegt jedoch das entscheidende Charakteristikum des modernen Rassismus: Es gab und gibt keine *Rassen*, Rassismus schon. Mit der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgten Tabuisierung des *Rasse*begriffes in Deutschland kommt es aber nicht zum Ende des Rassismus. Stattdessen geht die strukturelle Rassismusleugnung mit sozialen Praktiken einher, die *Rasse* als gesellschaftliche Struktur am Leben erhalten. Gleichzeitig wird sie zum Verstummen gebracht, unaussprechbar, und zum historischen Ausstellungsstück in Museen verklärt. Wie Goldberg hervorhebt, handelt es sich beim modernen *Rasse*konzept jedoch um mehr als lediglich um ein Set an Ideen, sondern um eine Kategorie, die die Welt erkläre und *uns* Bedeutung verleihe, auch dann wenn sie unausgesprochen bleibe, denn: »Race

refuses to remain silent because it isn't just a word. It is a set of conditions, shifting over time. Never just one thing, it is a way (or really ways) of thinking, a way(s) of living, a disposition.« (ebd., 337)

Fazit

Kultur und Religion sind eng verknüpft mit der Geschichte des europäischen *Rassen*denkens und der Beherrschung als nicht-weiß wahrgenommener Menschen. Dass Rassismus nicht darauf angewiesen ist, *Rasse* zu sagen, wird am Beispiel des antimuslimischen Rassismus offensichtlich. Denn entlang von Aussehen, Namen oder der vermeintlichen Herkunft und Religionszugehörigkeit werden zum einen Menschen als Muslim*innen und nicht-deutsch markiert, einem Euphemismus für nicht-weiß. Zum anderen werden ihnen kollektive Merkmale zugeschrieben, die sie von *uns* unterscheiden und diskriminieren sollen. Wie durch Zufall decken sich historische *Rassen*zuschreibungen mit dem Diskurs über kulturelle Differenz und imaginierte Geografie. Der antimuslimische Rassismus nutzt also Religion als Maske, und schreibt Menschen jene Charaktereigenschaften zu, die als genuin islamisch begriffen werden.

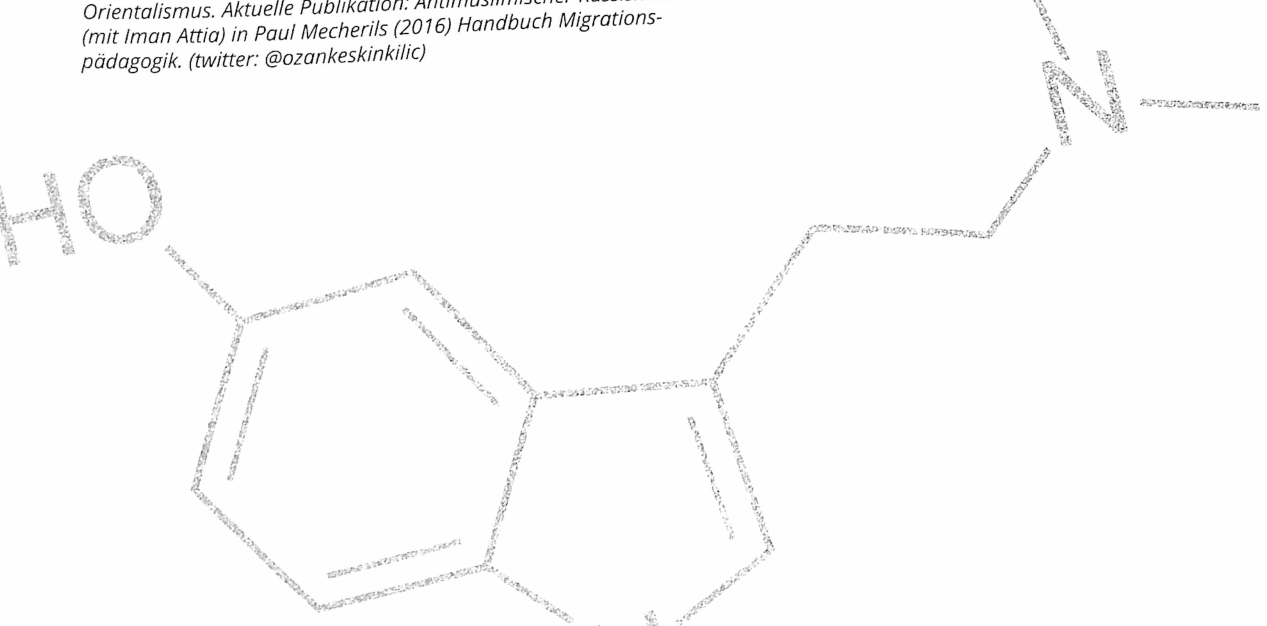
So kommt Muslim-Sein einer *Rassen*Metapher gleich; einer Figur, die Menschen übergestülpt wird, um ihre Ungleichheit zu erklären. Die *Figur des Muslims* erfüllt deshalb eine Symbolfunktion und ist Effekt des Rassismus, nicht andersherum. *Rasse* ist demnach keine Voraussetzung für Rassismus, sondern wird erst im Zuge des Rassismus konstruiert. Damit läuft der Einwand, der Islam und Muslim*innen seien keine *Rasse*, sondern (Angehörige einer) Religion und Kultur, fehl, um Rassismuserfahrungen zu leugnen. Denn der antimuslimische Rassismus meint *Rasse*, ohne *Rasse* zu sagen. Er nutzt Kultur und Religion, um Menschen zu Kollektivgesichtern zu konstruieren und ihren Ausschluss aus *unserer* Gesellschaft zu fordern. Die Frage, wer der Muslim ist, führt uns damit unweigerlich zu jenem *Wir*, das ihn erfindet, um *uns* zu bestätigen und den Anspruch auf Überlegenheit und Dominanz über *den Rest* geltend zu machen, und das nicht selten unter dem Vorwand einer scheinbar neutralen, objektiven, fast schon überlebenswichtigen *Islamkritik*. ✖

Zum Autor

- *Ozan Z. Keskinkilic ist Politikwissenschaftler, Aktivist und politischer Bildner. An der Alice Salomon Hochschule Berlin forscht er zu postnazistischer Erinnerungskultur, deutscher Kolonialgeschichte und Orientalismus. Aktuelle Publikation: Antimuslimischer Rassismus (mit Iman Attia) in Paul Mecherils (2016) Handbuch Migrationspädagogik. (twitter: @ozankeskinkilic)*

Literatur

- *Adorno, Theodor (1975): Schuld und Abwehr, Gesammelte Schriften Band 9/2, Frankfurt.*
- *Anidjar, Gil (2008): Semites. Race, Religion, Literature. Stanford University Press.*
- *Attia, Iman (2009): Die ›westliche Kultur‹ und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus. Bielefeld: transcript.*
- *Balibar, Etienne (1991): »Is There a Neo-Racism?« In: Balibar, Etienne; Wallerstein, Immanuel (Hg.): Race, Nation, Class: Ambiguous Identities. London/ New York: Verso, 17-28.*
- *CSU Beschlussvorlage (2016): Klarer Kurs bei der Zuwanderung Humanität, Ordnung, Begrenzung. Vorlage zur CSU-Parteivorstandsklausur am 9./10. September 2016, Schwarzenfeld. Online abrufbar: https://www.bayernkurier.de/wp-content/uploads/2016/09/Klarer-Kurs-bei-der-Zuwanderung-Vorlage.pdf.*
- *CSU Spiegel Online (2016): CSU schreibt an SPIEGEL ONLINE. »Viel Ärger im Bauch«, 15.09.2016, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-schreibt-an-spiegel-online-viel-aerger-im-bauch-a-1112369.html*
- *Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar (2016): Leipziger Mitte-Studie: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Gießen: Psychosozial-Verlag.*
- *Foroutan, Naika et al. (2014): Deutschland postmigrantisch I: Gesellschaft, Religion, Identität Erste Ergebnisse. Berlin. www.projekte.hu-berlin.de/de/junited/deutschland-postmigrantisch-1/*
- *Goldberg, David Theo (2006): ›Racial Europeanization‹. In: Ethnic and Racial Studies, 29:2, 331–364.*
- *Keskinkilic, Ozan (2015): Montagspaziergang. PEGIDA in der Orientalismus-Kritik. In: inamo 83/21, Herbst 2015, 28-33.*
- *Ders. (2016): Antimuslimischer Rassismus.: Figuren, Funktionen und Beziehungen zum Antisemitismus. In: Heimatkunde-Dossiers der Böll-Stiftung, online: https://heimatkunde.boell.de/2016/11/24/antimuslimischer-rassismus-figuren-funktionen-und-beziehungen-zum-antisemitismus*
- *Ders. (2016): ›Der orientalische Mann‹ vor/nach Köln. Zur sexuell-kulturellen Dynamik des antimuslimischen Rassismus in der Fluchtdebatte. In: Yurdakul, Gökce et al. (Hg.): Witnessing the Transition: Refugees, Asylum-Seekers and Migrants in Transnational Perspective. Berlin (forthcoming)*
- *Kolonialkongress (1905): Verhandlungen des Deutschen Kolonialkongresses 1905 zu Berlin am 5., 6. und 7. Oktober 1905. Berlin, Verlag von Dietrich Reimer (Ernst Vohsen).*
- *Said, Edward (1978): Orientalism. New York: Vintage Books.*
- *Shooman, Yasemin (2016): Antimuslimischer Rassismus. »Islamfeinde tarnen Ressentiments als Religionskritik«, 28.04.2016 MEDIENDIENST, https://mediendienst-integration.de/artikel/islamfeindlichkeit-im-afd-grundsatzprogramm-interview-mit-yasemin-shooman.html*



INTERNATIONALES UND ANDERSWO

Indien als Hindusthan?

Die indische Demokratie vor der Herausforderung des Hindunationalismus

Clemens Jürgenmeyer

In Indien herrscht seit Mai 2014 eine hindunationale Regierung unter Premierminister Modi, nachdem die Bharatiya Janata Party (BJP) als Sieger aus den Parlamentswahlen hervorgegangen war. Seither häufen sich die Klagen über die zunehmende Intoleranz und Aggressivität hindunationaler Aktivisten, die mitunter rabiat gegen Andersdenkende vorgehen und dabei auch nicht vor tödlichen Attacken zurückschrecken. Grundlegende Bürgerrechte wie Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit seien bedroht. Die *Times of India* spricht sogar von einem *soft fascism*, der sich in Indien breit mache. In der Tat haben sich in der jüngeren Vergangenheit beunruhigende Ereignisse zugetragen, wie die folgenden drei Beispiele zeigen.

- Am 28. September 2015 lynchen aufgebrachte Hindus in dem Dorf Bisara in Uttar Pradesh einen Muslim und verletzen seinen Sohn schwer, weil beide angeblich Rindfleisch verzehrt und damit gegen das Verbot des Schlachtens von Kühen verstoßen hätten.
- In Dharwad im Bundesstaat Karnataka wird am 30. August 2015 der bekannte Gelehrte und Vizekanzler der Karnataka-Universität M.M. Kalburgi in seinem eigenen Haus erschossen. Ihm wird vorgeworfen, den hinduistischen Glauben in den Dreck gezogen zu haben.
- An der Jawaharlal-Nehru-Universität in New Delhi wird am 12. Februar 2016 der Studentenführer Kanhaiya Kumar ohne Haftbefehl festgenommen und unter dem Vorwurf der Aufwiegelei und antinationaler Umtriebe inhaftiert. Die Festnahme erfolgt auf der Basis eines alten Gesetzes aus der britischen Kolonialzeit. Immerhin wird Kumar einige Zeit später aufgrund eines Gerichtsbeschlusses wieder auf freien Fuß gesetzt.

Indiens säkulare demokratische Verfasstheit wird ohne Zweifel durch hindunationale Politiker und Aktivisten herausgefordert. Auch die kulturelle Vielfalt des Landes wird in Frage gestellt. Es erhebt sich die Frage, ob diese Bedrohung existenzieller Natur ist und die hindunationalen Kräfte Indien zu einem Hinduland, zu einem Hindusthan, umformen können. Warnende Stimmen gibt es zuhauf in der indischen Öffentlichkeit, viele reden sogar von einem sich ausbreitenden Faschismus.

Es gibt jedoch grundlegende Elemente der indischen Gesellschaft, die dieser eher pessimistischen Einschätzung der Lage entgegen stehen und sich dem hindunationalen Gesellschaftsentwurf wie seiner Politik weitgehend entziehen. Sie erlauben, ein optimistisches Bild der Entwicklung zu zeichnen. Die indische Tradition des argumentativen Austauschs, der religiösen und kulturellen Vielfalt und somit das säkulare und demokratische Indien werden – so meine These – Bestand haben und der Herausforderung des Hindunationalismus gewachsen sein.

Geschichte

Die Ursprünge des Hindunationalismus reichen bis 1875 zurück, als die neo-hinduistische Organisation Arya Samaj (Gesellschaft der Arier) gegründet wurde. Im Jahr 1915 entstand dann die Hindu Mahasabha (Große Vereinigung der Hindus), und 1925 folgte die elitäre Kaderorganisation Rashtriya Svayamsevak Sangh (RSS, Nationale Freiwilligenunion), die bis auf den heutigen Tag das organisatorische und ideologische Rückgrat des Hindunationalismus bildet. Die Bharatiya Janata Party (BJP) wurde 1951 unter dem Namen Bharatiya Jan Sangh (Indische Volksunion) gegründet und im Jahr 1980 umbenannt. Weitere wichtige hindunationale Organisationen sind u.a. die Vishva Hindu Parishad (VHP, Rat aller Hindus; gegr. 1964) und deren Jugendorganisation Bajrang Dal (Truppe des Gottes Hanuman; gegr. 1984). Diese Organisationen bilden zusammen die RSS-Familie und spielen verschiedene Rollen im Rahmen einer gemeinsamen Strategie, ein hinduistisches Indien zu schaffen. Die meisten der BJP-Politiker sind gleichzeitig Mitglieder des RSS.

Ideologie

Alle hindunationalen Organisationen teilen die nationalistische Ideologie des Hindutums namens Hindutva. Sie zielt auf den Zusammenschluss aller Hindus und die Ausgrenzung der Muslime und Christen ab. Indien, so sagen die Hindunationalisten, sei das Land der Hindus, die indische Nation eine Hindunation. Inder zu sein, heiße Hindu zu sein. Hindutva, das Hindutum, sei die nationale Identität Indiens. Muslime und andere Minoritäten seien der indischen Nation fremd. Die innere Einheit der Hindus speise sich aus der homogenen Hindukultur, die auf der Gemeinsamkeit des Territoriums, der Abstammung und der Kultur beruhe und seit ewigen Zeiten bestehe. Oberstes Ziel hindunationaler Politik ist die Wiedererrichtung einer starken Hindunation, des alten, reinen und wahren Hindutums. Diese Hindutva-Ideologie wurde in ihrer klassischen Form bereits 1923 von dem Brahmanen V.D. Savarkar (1883–1966) formuliert und von der BJP in dem Slogan »One Nation, One People and One Culture« eingängig verdichtet. So wird die indische Nation hinduisiert und der Hinduismus nationalisiert.

Diese Vorstellung einer gemeinsamen territorialen, genealogischen und kulturellen Basis der Hindunation bildet also den Kern der Ideologie und Politik des Hindunationalismus. Zunächst in Reaktion auf den britischen Kolonialismus entstanden, gründet er auf dem Gefühl der eigenen Unterlegenheit. Die tieferen Ursachen hierfür sehen die Hindunationalisten in der fehlenden Einheit der Hindus

und im Abfall vom alten, wahren Hindutum. Daher müssten sich die Hindus zusammenschließen und stark werden, um sich gegen die ständige Bedrohung durch ihre Feinde, vor allem Muslime und Christen, verteidigen zu können. Die glorreiche Hinduvergangenheit mit ihrem zeitlosen kulturellen Erbe müsse wieder zum Leben erweckt werden, um das Elend der Gegenwart zu überwinden und der Gefahr entgegenzuwirken, im eigenen Land zur Minderheit zu werden. Es ist also die Angst vor der eigenen Schwäche, die die Hindunationalisten so demonstrativ die Einheit und Stärke der Hindus betonen lässt.

Die wesentlichen Ursachen für das Erstarken des Hindunationalismus sind in den sozio-ökonomischen Veränderungen zu suchen, die sich in einem Prozess der Modernisierung mit all seinen Widersprüchen herausgebildet haben, dem die indische Gesellschaft seit längerem unterworfen ist. Die Hindunationalisten versuchen hierauf eine Antwort zu geben. Der Hindunationalismus kann interpretiert werden als ein Versuch, die Moderne neu zu definieren, indem Tradition und Moderne miteinander versöhnt werden. Ökonomischer Fortschritt und materieller Erfolg werden in eine traditionelle Interpretation der glorreichen, wieder zu errichtenden Hindukultur eingebunden. Das fremde Neue und das eigene Alte sollen neu zusammengefügt werden, um der befürchteten kulturellen Entwurzelung Einhalt zu gebieten. Der ökonomische Wettbewerb wird aufgehoben in der Vorstellung einer harmonischen Gesellschaft der Gleichen, in welcher Vertrauen, Solidarität und gegenseitige Achtung vorherrschen. In diesem Sinn ist der Hindunationalismus modern und traditionell zugleich.

Indien als Hindusthan?

Trotz des Wahlerfolgs der BJP bei den letzten Parlamentswahlen, welcher der Partei eine absolute Mehrheit im Parlament, der Lok Sabha, beschert hat, gibt es gute Gründe, die gegen einen Sieg des Hindunationalismus auf breiter Front sprechen. Drei Aspekte scheinen hier von Bedeutung zu sein.

Erstens ist die hindunationale Bewegung in Indien keineswegs ein monolithisches Gebilde, sondern inneren Gegensätzen und Spannungen ausgesetzt, die sowohl auf der ideologischen als auch auf der politischen Ebene auftreten. Je mehr Anhänger die Hindutva-Bewegung zählen kann, um so mehr machen sich die Spannungen zwischen den RSS und seinen disziplinierten Kadern, der BJP und den bunt zusammengewürfelten, religiösen Führern und Mitläufern der anderen hindunationalen Organisationen bemerkbar. In den Augen eines gut geschulten RSS-Mitglieds oder eines BJP-Politikers müssen diese nicht selten mit einem Wickeltuch bekleideten, lange verfilzte Haare tragenden, zuweilen mit Asche beschmierten Personen geradezu als Inbegriff undisziplinierten Individualismus und fehlender Organisation gelten, mit denen auf Dauer keine verlässliche Kooperation möglich ist. Das Selbstverständnis des RSS als Kaderorganisation und Hüter der reinen Hindutva-Ideologie verträgt sich nur bedingt damit, diese Personen als gleichberechtigte politische Partner zu akzeptieren. Ebenso wenig kann die BJP, vor allem dann, wenn sie in der Regierungsverantwortung steht, blindlings den Aktionen der hindunationalen Organisationen folgen, da sie sonst Gefahr läuft, die politische Kontrolle über die Hindutva-Bewegung zu verlieren. Allerdings darf sie auch nicht den Anschein erwecken, als bremsende Kraft zu wirken, die die Aktionen der Aktivisten hintertreibt. Dieses Dilemma birgt für die BJP stets die Gefahr, Opfer ihres eigenen politischen Erfolgs zu werden. Die zumindest vordergründige ideologische Zähmung der BJP hat sich sehr deutlich in den Jahren 1998 bis 2004 gezeigt, als die BJP an der Spitze einer heterogenen Koalition mit über zehn Regionalparteien darauf verzichtete, um des Machterhalts willen zentrale Elemente hindunationaler Politik durchzusetzen.

Auch innerhalb der BJP, die ja stets ihre innere Geschlossenheit gerade im Unterschied zur Congress Party und den anderen Parteien betont, gibt es divergierende Strömungen. Radikale Hindutva-Anhänger und moderate Politiker rangeln um Macht und Einfluss und versuchen, ihre Positionen durchzusetzen. Dabei spielen auch persönliche Ambitionen und Zerwürfnisse eine Rolle, wie sie bereits Anfang der 1990er Jahre in Madhya Pradesh deutlich zu Tage getreten sind. Diese gipfelten damals in dem Parteiausschluss der prominenten Hindutva-Aktivistin und BJP-Politikerin Uma Bharati, die ihren arrivierten, männlichen Kollegen mangelnde ideologische Standfestigkeit und politisches Versagen vorwarf. Inzwischen ist Uma Bharati wieder zur BJP zurückgekehrt und hat in der jetzigen Regierung ein Ministeramt inne. Narendra Modi muss dauernd versuchen, zwischen diesen verschiedenen Richtungen und Gruppen eine mittlere Position einzunehmen. Er darf weder die hart gesottenen Hindutva-Politiker noch die eher pragmatisch orientierten Gefolgsleute vergraulen, die jenseits der Ideologie Indien in eine moderne, industrielle Zukunft führen und zu einer zentralen Macht in der Weltpolitik machen wollen. Dieser Balanceakt erklärt auch, warum Modi selbst nicht in hindunationalen Tönen schwelgt, sondern sich eher als weltgewandten Modernisierer gibt und gleichzeitig die Scharfmacher und Aktivisten gewähren lässt. Die Heterogenität der eigenen Gefolgschaft erfordert diese Art von Politik, die allerdings stets die Gefahr des Misserfolgs in sich birgt, da sie nicht allen Interessen und Wünschen gerecht werden kann.

Heterogenes Indien

Zum zweiten liegt die Hindutva-Ideologie quer zur indischen Tradition. Der Hindunationalismus strebt danach, eine starke homogene Hindunation zu errichten. Diese behauptete Homogenität der indischen Kultur, des Hindutums, steht jedoch in auffallendem Gegensatz zu der Heterogenität dessen, was allgemein als Hindukultur bzw. Hinduismus bezeichnet wird. Seine Vielfalt ist sprichwörtlich, es gibt weder eine grundlegende Schrift, die dem Koran oder der Bibel vergleichbar wäre, noch einen verbindlichen Korpus von Schriften, in dem die Grundüberzeugungen festgelegt wären. Hingegen existiert eine fast unübersehbare Masse an mündlichen und schriftlichen Überlieferungen in vielen Sprachen, die sich in einer ebenso unübersehbaren Vielzahl der Götter, Göttinnen, Dämonen, Rituale und Zeremonien zeigt. Hier eine Gemeinsamkeit der Werte und Handlungen zu konstruieren, ist schlechterdings unmöglich und läuft dem eigentlichen Wesensmerkmal des Hinduismus, seiner Heterogenität, zuwider. Das einzige, negativ bestimmte Definitionsmerkmal der Hindukultur ist ihre fehlende Uniformität. Nicht umsonst bleiben die Hindutva-Ideologen die Antwort auf die Frage weitgehend schuldig, wie denn die postulierte gemeinsame Kultur der Hindus aussehe. So erweist sich der Vorstoß der Außenministerin Sushma Swaraj im Dezember 2014, die Bhagavadgita zur ›nationalen Schrift‹ (*rashtriya granth*) zu

erheben, als ein Akt der Hilflosigkeit und schlichten Unkenntnis der hinduistischen Tradition, der zwar die anderen Religionsgemeinschaften düpiert, aber an der Vielfältigkeit der religiösen und kulturellen Überlieferung nichts ändert. Das Konzept der Kulturnation ist direkt aus dem Westen übernommen und wird zugleich von den Hindunationalisten stets heftig kritisiert. Mithin handelt es sich beim Hindunationalismus nicht um ein genuin indisches Geschöpf, sondern um eine Form des »geistigen Diebstahls«, wie Benedict Anderson es treffend auf den Punkt gebracht hat.

Dieser äußeren Vielfalt des Hinduismus entspricht eine innere auf der Ebene des Individuums. Wie Ashis Nandy und Peter Gottschalk aufgezeigt haben, zeigt sie sich in einer vielschichtigen und fluiden Identität, die verschiedene primordiale Bindungen und Orientierungen innerhalb eines offenen Selbst aufweist. Sie können je nach Situation mal stärker, mal schwächer zum Vorschein kommen. Ein Hindu ist eben nicht nur Mitglied einer bestimmten Glaubensgemeinschaft mit ihren je eigenen Ritualen, festen, Göttern, heiligen Stätten und Tempeln, sondern gleichzeitig auch ein Mitglied seiner Familie, seines Clans, seiner Kaste und Klasse in einem bestimmten geographischen Raum. Ein Inder ist nicht nur Bürger der indischen Republik mit einem gesamtindischen Bewusstsein, sondern gleichzeitig Bürger eines in der Regel sprachlich definierten Bundesstaats, also z. B. Marathe, Bengale, Oriya, Tamile, seiner Stadt, seines Wohnviertels oder seines Dorfes. Das differenzierte und flexible Arrangement verschiedener primordialer Bindungen und Gruppenzugehörigkeiten zu einer multiplen Identität erlaubt es dem einzelnen, im weiten Feld der gelebten kulturellen und sozialen Heterogenität Indiens immer wieder seinen Platz zu finden und mit anderen Volksgruppen, Religionen und Kulturen zu interagieren, indem er diese oft in sein eigenes Selbstbild mit aufnimmt. Diese Flexibilität und Vielschichtigkeit primordialer Bindungen liegt quer zu einer modernistischen, objektiv definierten Vorstellung einer kompakten Nation und eines entsprechenden Nationalbewusstseins, wie sie den Hindunationalisten eigen ist.

Die Differenz als konstitutives Merkmal des Hinduismus gilt zum dritten auch für das soziale Leben. Hierarchische Werte und institutionelle Ungleichheit bilden das Kernstück der indischen Kultur und Gesellschaft. Nicht nur die feinen, sondern auch die groben Unterschiede prägen den sozialen Alltag. Daher ist es ebenso verwunderlich wie verständlich, dass die Hindunationalen die Unberührbarkeit als der Hindutva fremd ansehen und die Hindugesellschaft als eine große Familie, als ein organisches Ganzes, apostrophieren, in der soziale Konflikte, egoistisches Streben und individuelle Einsamkeit keinen Platz haben. Die soziale Realität Indiens wird jedoch nicht dadurch gleicher, dass die Gleichheit herbeigeredet wird. Die harte Lebensrealität verleiht solchen Gesellschaftsentwürfen wenig Glaubwürdigkeit. Kurzfristig ist es zwar möglich, mit hinduistischer Symbolik und nationalistischer Demagogie eine beachtliche Zahl von Menschen zu mobilisieren, langfristig kann eine solche Politik jedoch keine allgemein akzeptierte Antwort auf die drängende soziale Frage in Indien liefern, wo die Mehrheit der Bevölkerung kaum über das Nötigste zum Leben verfügt. Das Versprechen nationaler Größe und Einzigartigkeit allein macht die Hungrigen nicht satt. Aufmerksamkeit erheischende Aktionen sind kein Ersatz für die Dinge des täglichen Lebens, die zu liefern die indischen Wähler von den Hindunationalisten ebenso einfordern wie von allen anderen Parteien.

Alle Versuche, die nicht vorhandene Einheit zu postulieren und mit Inhalt zu füllen, wirken daher wenig überzeugend. Der gelebte Alltag des Hinduismus lässt sich nicht mit dem Postulat eines uniformen Hindutums in Einklang bringen. Die Idee eines homogenen Hindutums in einer ebenso homogenen Hindunation – *one nation, one people and one culture* – ist ein politisches Identitätskonstrukt, eine Art moderner Mythos, der auf religiös-kulturelle Inhalte und Symbole selektiv zurückgreift und von oben her einen Wertekonsens erschaffen möchte. Er bietet für die drängenden Probleme Indiens keine angemessene Lösung und liegt quer zur pluralistischen Verfassung der indischen Gesellschaft. Ein nachhaltiger Erfolg der nach Uniformität strebenden Hindutva-Bewegung wäre nur dann zu erwarten, wenn es ihr gelänge, die vielfältigen Lebensformen und religiös-kulturellen Identitäten der indischen Bevölkerung zu homogenisieren – ein unrealistisches Vorhaben, das einer Art Kulturrevolution in der auf Jahrtausende zurückreichenden Hindutradition gleichkäme.

BJP Wahlerfolge: noch nicht aller Tage Abend

Bislang zumindest konnten die Hindunationalen bei den zahlreichen gesamtindischen Wahlen in den letzten 25 Jahren die Mehrheit der Wähler nicht von ihrem Programm überzeugen. Es war, von 2014 abgesehen, stets eine Minderheit von maximal 25 % der Wähler, die ihre Stimme hindunationalen Parteien und Politikern gegeben haben. Bei den letzten Parlamentswahlen im Mai 2014 hat die BJP im Vergleich zu 2009 ihren Stimmenanteil deutlich von 18,8 auf 31 Prozent der abgegebenen Stimmen steigern können, der sich dann dank des herrschenden Mehrheitswahlrechts in eine absolute Mehrheit in der Lok Sabha umgesetzt hat. Mithin haben trotz des äußerlich fulminanten Wahlsiegs der BJP bei den letzten Wahlen zwei Drittel der Wähler nicht für hindunationale Parteien und Politiker gestimmt. Dies lässt für die nächsten Wahlen im Jahr 2019 hoffen, denn viele Wähler, das haben zahlreiche Umfragen vor und nach der Wahl gezeigt, haben die BJP und Modi nicht wegen der Hindutva-Ideologie gewählt, sondern wegen der Erwartung, dass nach der langen Phase der politischen Stagnation unter der Congress-Regierung die Wirtschaft wieder in Schwung kommen, notwendige Reformen durchgesetzt und der allgemeine Lebensstandard sich verbessern werden – allesamt sehr pragmatische und handfeste Gründe jenseits einer reinen Hindutva-Ideologie. Und sollte die Regierung Modi nicht das liefern, was sie in Aussicht gestellt hat, kann sich das Pendel sehr schnell in die andere Richtung bewegen und die BJP aus dem Amt fegen. Diese Erfahrung musste sie schon einmal im Jahr 2004 machen.

Kurzum: Es ist noch nicht aller Tage Abend. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass die indische Demokratie auch vor der Herausforderung des Hindunationalismus bestehen wird. Sie verfügt über genügend Flexibilität und Widerstandskraft, um extremen politischen Bewegungen und Parteien gegenzusteuern und in die zentristische Grundströmung der indischen Politik einzubinden. Die sprichwörtliche multikulturelle Verfassung des Landes und die gesunde Skepsis der Wähler gegenüber ihren Politikern bieten hierfür die beste Gewähr.

Abtreibungsverbot und Repression in Nordirland

ZAG-Interview mit Christiane McGuffin von Alliance for Choice

ZAG

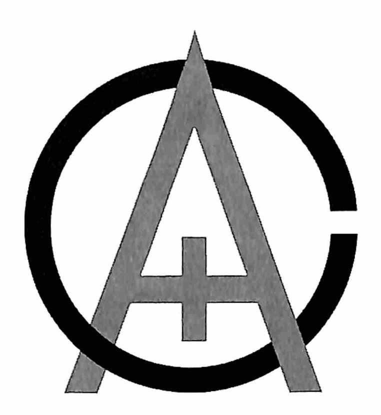
In Nordirland und der Republik Irland gibt es die strengsten Restriktionen von Schwangerschaftsabbrüchen in ganz Europa. In der Republik sind Abtreibungen nur legal möglich, wenn dadurch das Leben der schwangeren Person gerettet würde. Die Höchststrafe für unerlaubte Abtreibungen liegt für Menschen, die ihre ungewollte Schwangerschaft beendet haben, und alle involvierten Helfer*innen bei 14 Jahren Knast. In Nordirland sind Abtreibungen nur legal, wenn das Leben oder langfristig die Gesundheit der schwangeren Person gefährdet sind. Illegal durchgeführte Abtreibungen können seit einem 1861 eingeführten Gesetz mit lebenslanger Haft bestraft werden.
Ungewollt Schwangere müssen entweder das Land verlassen, um zum Beispiel in England abzutreiben, oder bestellen sich Abtreibungspillen im Internet. In ganz Irland kämpfen verschiedene Pro Choice-Gruppen für die Möglichkeit, kostenlos, sicher und legal abtreiben zu können. ZAG führte ein Interview mit Christiane McGuffin von Alliance for Choice Derry über die aktuelle Situation in Nordirland.

ZAG: Am Internationalen Frauenkampftag 2017 wurde die Werkstatt der Alliance for Choice-Aktivistin und langjährigen Frauentags Organisatorin Helen Crickard durchsucht. Die nordirische Polizei suchte nach Abtreibungspillen. Haben Pro Choice-Aktivist*innen zur Zeit verstärkt mit staatlicher Repression zu kämpfen?

› **Christiane McGuffin:** Interessanterweise sind es kaum die Aktivisten, die Repressionen erfahren, sondern aktuell einige Personen, die über Internet die Abtreibungspillen bestellt haben und dann nach Beschlagnahme durch den Zoll bei der Polizei zu Befragungen einbestellt wurden. Dadurch, dass das unabhängige direkt Betroffene, also Schwangere, und nicht Aktivist*innen sind, haben wir leider nur indirekte und ungenaue Übersicht über die tatsächliche Anzahl der erfolgten Beschlagnahmen, wir wissen jedoch zur Zeit. von mindestens 15 Fällen. Inwieweit diese Personen jetzt noch die finanziellen Mittel und Möglichkeiten haben, um für einen Abbruch nach England oder ins Ausland zu reisen, ist dadurch ebenfalls unbekannt.
Was die beiden rechtlich fragwürdigen Durchsuchungen bei Aktivist*innen in Belfast betrifft, eine am 2. März, die andere zum Internationalen Frauentag am 8. März – da wurden natürlich keine Pillen gefunden. Eines der beiden Untersuchungsverfahren dazu ist bereits wieder ohne weitere Begründung eingestellt. In den letzten Jahren gab es ja auch zwei Öffentliche Briefe, der erste mit einhundert Unterschriften, der zweite mit etwa 250, in denen Personen sich selbst bezichtigten, die Abtreibungspillen beschafft oder genommen zu haben – auf beides steht hier in Nordirland nach einem Gesetz von 1861 noch lebenslänglich. Da hat die Polizei zwar ermittelt, aber es ist zu keinen Anklagen gekommen. Im letzten Mai sind drei Frauen direkt zur Polizei gegangen und haben sich selber angezeigt, die Staatsanwaltschaft hat das Anfang diesen Jahres ebenfalls fallengelassen, trotz eindeutiger Beweismittel. Diese Aktion war eine Reaktion auf die Verurteilung einer jungen Frau, die mit Tabletten einen erfolgreichen Abbruch vorgenommen hatte, dann von ihren Mitbewohnern verpfiffen wurde und im April, 16 zu drei Monaten Haft, ausgesetzt auf ein Jahr Bewährung, verurteilt wurde. In einem weiteren Fall ist seit letztem Jahr eine Mutter angeklagt, die Pillen für ihre (damals minderjährige) Tochter besorgt zu haben. Dieses Verfahren ist immer noch in der Schwebe, zur Zeit läuft dazu eine Normenkontrollklage, um festzustellen, ob es überhaupt hätte eröffnet werden dürfen. Ein weiteres Verfahren gegen ein Pärchen (er angeklagt für Beschaffung der Tabletten, sie fürs Einnehmen) endete Anfang diesen Jahres mit einer richterlichen Verwarnung für die beiden. Eine Strafverfolgung von Aktivist*innen scheint in Gegensatz dazu nicht im öffentlichen Interesse, lieber verfolgt man anscheinend Leute, die nicht in einem Unterstützungsnetzwerk eingebunden und leichter einzuschüchtern sind.

ZAG: Wie reagieren Menschen in Nordirland, die sich dazu entscheiden ihre Schwangerschaft zu beenden? Welche Möglichkeiten haben sie?

› **Christiane McGuffin:** In den letzten Jahren ist die Zahl der Frauen aus Nordirland und der Republik, die Abtreibungen in englischen Kliniken vornehmen lassen, stetig zurückgegangen. Wir führen das zum einen auf die bessere Erhältlichkeit der ›Pille danach‹ zurück, aber auch auf die Verfügbarkeit von Abtreibungspillen durch Organisationen wie ›Women on Web‹ und ›WomenHelpWomen‹. Diese Möglichkeit zur medizinischen Abtreibung durch Zollbeschlagnahme wieder abzuschneiden ist schon ein Schlag für Schwangere hier, die einen Abbruch wünschen. Jetzt steht wieder nur die Möglichkeit offen, nach England oder ins sonstige Ausland zu fahren und dort eine Terminierung (mit denselben Tabletten!) vornehmen zu lassen. Das muss alles komplett selbst finanziert werden, Reisekosten, evtl. Reisepapiere, Flug/ Fähre, Hotel, evtl. Urlaubstage, Kinderversorgung organisieren, sich Entschuldigungen einfallen lassen etc. Und der Abbruch wird im Schnitt später vorgenommen als eigentlich nötig. Das Londoner ›Abortion Support Network‹ (www.asn.org.uk), welches mittellose Frauen aus ganz Irland finanziell unterstützt, verzeichnet inzwischen auch bereits wieder mehr Anfragen und benötigt weiter dringend Spenden!



ZAG: Wie schätzt ihr die aktuelle gesamtgesellschaftliche Haltung zu Abtreibungen ein? Sind die restriktiven Gesetzgebungen gesellschaftlicher Konsens?

› **Christiane McGuffin:** Abtreibung in Nordirland ist zur Zeit nur erlaubt in Fällen, in denen das Leben der Frau direkt und akut bedroht ist, bzw. eine reale und ernste langfristige Gesundheitsgefährdung und Beeinträchtigung drohen. Die Richtlinien und Ermessensgrenzen für medizinisches Personal sind sehr schwammig definiert, so dass eine reale Strafverfolgungsgefahr besteht. Im Schnitt finden etwa 15 legale Abtreibungen pro Jahr in Nordirland statt, mindestens 75 Frauen die Woche besteigen ein Flugzeug oder nehmen die Fähre, und das sind nur die dokumentierten Fälle, die ihre Adressen in den Kliniken angegeben haben.

Der oberste Gerichtshof in Belfast hat zuletzt im November 2015 festgestellt, dass die Gesetzgebung hier gegen die europäische Menschenrechtskonvention verstößt (in Fällen von Vergewaltigung, Inzest und fötalen Missbildungen), seither wird weiter Ping-Pong zwischen Politik und Gerichten gespielt. Wie in der Republik (Irland, Anmerkung der ZAG) auch will keine der großen Parteien die heiße Kartoffel anfassen, da angeblich kein öffentliches Verlangen nach Änderung bestehe. Aussagekräftige und valide Umfragen, u.a. von Amnesty International, bestätigen inzwischen jedoch deutlich, dass etwa 60 % der Bevölkerung für eine Änderung der Gesetze und gegen eine Kriminalisierung sind. Allerdings haben wir hier im Norden keine in absehbarer Zeit funktionale Regierung und es ist wohl nahezu das einzige Thema, wo die Politiker*innen auf beiden Seiten im Norden sich einig sind, die Vertreter der nationalistischen Seite mit ihrer katholischen Moraltheorie und die der unionistischen Parteien, geprägt von fundamentalistischem Protestantismus und Kreationismusanhänger*innen. Irland ist quasi abtreibungsfrei, das Problem wird exportiert, wer es sich leisten kann, fährt ins Ausland, wer nicht, muss austragen.

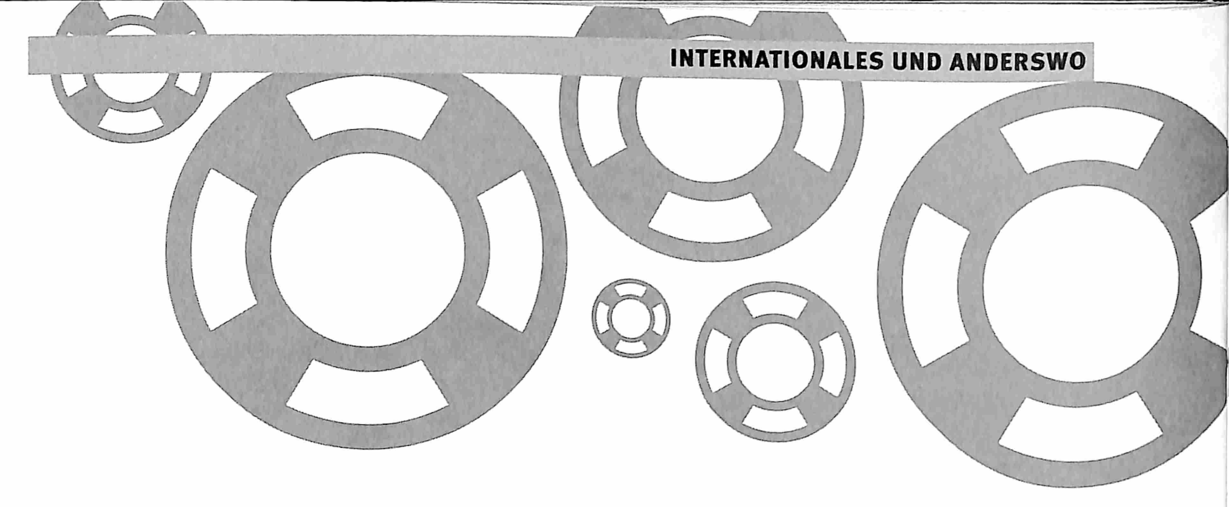
Nordirland hat seit dem Karfreitagsabkommen theoretisch zwei Regierungsparteien, die miteinander regieren müssen, z. Zt. die pro-britische DUP, deren Abgeordnete zum Teil Kreationisten bzw. sprichwörtlich fundamentalistische Protestanten sind, und für die katholische Seite Sinn Fein, die sich nur mit Mühe auf ihrem vorletzten Parteitag dazu durchringen konnten, Abtreibung zumindest in Fällen von Vergewaltigung, Inzest und schweren fötalen Missbildungen zu unterstützen.

ZAG: In der Republik Irland gibt es zur Zeit eine starke Bewegung für eine Legalisierung von Abtreibungen. Sie fordert u.a. ein Referendum, um das aktuelle Abtreibungsverbot aus der Verfassung zu entfernen. Wie beeinflussen die Entwicklungen im Süden die Situation in Nordirland?

› **Christiane McGuffin:** Die jetzige Forderung nach Streichung der 8. Verfassungsänderung in der Republik gibt natürlich auch Impulse für den Norden. Eine Zusammenarbeit von Aktivist*innen gibt es schon von jeher, schon als die 8. Verfassungsänderung 1983 eingeführt wurde. Die juristische Situation ist ja sehr ähnlich, die praktische Situation die gleiche, es ist eine Insel und wir müssen im Bedarfsfall alle reisen...

ZAG: Welche Strategie verfolgt Alliance for Choice und was sind eure konkreten Ziele?

› **Christiane McGuffin:** Aktuell sind für den Sommer mehrere Demonstrationen geplant sowie auch z. B. eine Informations- und Aufklärungs-Roadshow, die in beiden Teilen unterwegs sein wird. Ansonsten wöchentliche Informationsstände, Unterschriftensammlungen, etc. Das Wichtigste ist, mit Leuten ins Gespräch zu kommen und zu vermitteln, dass Abtreibung kein moralisches sondern ein Gesundheitsthema ist. Was Nordirland betrifft hat Alliance for Choice immer dafür gekämpft, den 1967 Act (entspricht in etwa der deutschen Fristenregelung, nur sind die Fristen länger) nach Nordirland auszudehnen. Das war bisher die realistischste Herangehensweise (gleiches Recht für alle Frauen in England, Schottland, Wales und Nordirland). Allerdings ist der 1967 Act jetzt auch schon 50 Jahre alt und überholungsbedürftig. Wir streben daher in Übereinstimmung mit anderen Gruppen inzwischen eine völlige Legalisierung und Dekriminalisierung an. Dass das noch eine Weile dauert ist uns durchaus bewusst, und hoffentlich kommen wir ohne weitere Todesfälle (wie der von Savita Halappanavar in der Republik) dann bald mal im 21. Jahrhundert an.



Seenotrettung unter Beschuss

NGOs im Mittelmeer sollen diskreditiert und kriminalisiert werden

Christian Jakob

Gerüchte gab es seit langem, die Bestätigung lieferte Ambrogio Cartosio, Staatsanwalt von Trapani auf Sizilien am 10. Mai: Seine Behörde ermittle gegen Mitarbeiter »einiger NGOs«, die auf hoher See im Einsatz sind, wegen Beihilfe zur illegalen Migration ermittelt. Die Ermittlungen richteten sich aber nicht gegen die NGOs per se, sondern gegen einzelne Personen, sagte Cartosio an jenem Tag vor dem Verteidigungsausschuss im italienischen Senat. Die Namen der NGOs, zu denen die Beschuldigten gehören sollen, nannte er nicht. Die Tageszeitung »Corriere della Sera« berichtete, die Justiz ermittle gegen Mitarbeiter von Ärzte ohne Grenzen (MSF).

Schon in den Wochen zuvor hatte ein Kollege Cartosios, der Staatsanwalt Carmelo Zuccaro aus dem sizilianischen Catania, die privaten Seenotretter mit Schleppern in Verbindung gebracht. Er sei zwar überzeugt, dass »es über NGOs wie Ärzte ohne Grenzen nichts Negatives zu sagen gibt«. Ganz anders aber lägen die Dinge bei »der maltesischen MOAS oder den deutschen NGOs«. Zuccaro hatte auf Grundlage von Daten der EU-Grenzschutzagentur Frontex Untersuchungen zu möglichen Verbindungen zwischen Seenotrettern und Schleppern veranlasst. In seinen Augen agieren die »verdächtigen NGOs« als Komplizen: »Wir haben Belege, dass zwischen einigen NGOs und den Schleusern direkte Kontakte bestanden haben«, sagte er der taz. Außerdem seien die Rettungsschiffe immer wieder auch innerhalb der libyschen Zwölf-Meilen-Zone aktiv gewesen, zudem sei ihre Finanzierung völlig intransparent. Leider seien seine »Belege« jedoch »keine gerichtsverwertbaren Beweise«. Zuccaro wittert politische Machenschaften hinter der Flüchtlingsrettung: »Von Seiten der NGOs wird das Ziel verfolgt, die italienische Ökonomie zu destabilisieren, um daraus Vorteile zu ziehen«. Ein konkretes Ermittlungsverfahren nahm er jedoch nicht auf.

Anders eben Cartosio. Im Mai wurde er vor den Verteidigungsausschuss im italienischen Senat geladen und zu der Angelegenheit befragt. Er wies dort Spekulationen zurück, wonach NGOs von »kriminellen Netzwerken« gegründet worden sein könnten oder kriminelle Absichten verfolgten. Die Ermittlungen hätten aber ergeben, dass einige Hilfsorganisationen Flüchtlinge und Migranten im Mittelmeer retteten, ohne zuvor die koordinierende italienische Küstenwache darüber in Kenntnis zu setzen, sagte Cartosio.

Es gebe zwar keine Hinweise auf direkte Telefonkontakte zwischen NGOs und Schleppern in Libyen. Aber »einige Menschen an Bord der Schiffe« der NGOs seien offenbar darüber im Bilde, wo und wann sie auf Boote mit Migranten träfen, »also werden sie offensichtlich vorher darüber informiert«.

Dies allein wiederum, auch das sagte Cartosio bei der Anhörung, sei nicht justiziabel: Könne nachgewiesen werden, dass die Beschuldigten eine Straftat im Namen eines »höheren Ziels« – etwa um Menschenleben zu retten – begingen, seien keine Strafen zu befürchten. Würden NGOs aktiv, um Menschen zu retten, sei das zu »100 Prozent« gerechtfertigt.

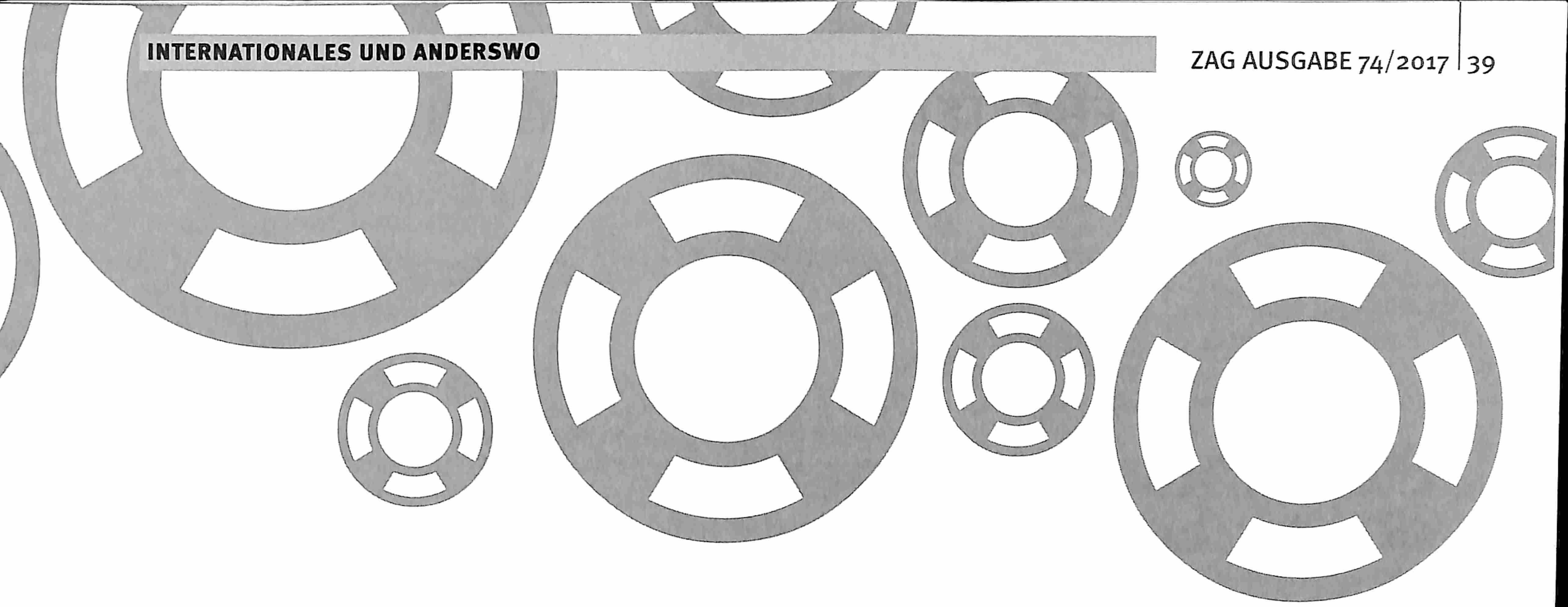
Die italienischen Justiz eierte also herum: Erst ging sie mit offenbar haltlosen Spekulationen an die Öffentlichkeit. Dann nahm sie Ermittlungen auf, musste aber gleichzeitig einräumen, dass wahrscheinlich nichts verbotenes getan worden war. Wieso?

Eine politisch motivierte Offensive

Zu verstehen ist die offensichtlich politisch motivierte Offensive gegen die NGOs nur vor dem Hintergrund der Lage in Italien. Die Zahl der Ankünfte in dem Land ist auf einen neuen Rekordwert angestiegen: 65.450 Menschen zählten die italienischen Behörden zwischen Jahresbeginn und dem 14. Juni, etwa 18 Prozent mehr als im Vorjahr.

Gleichzeitig sind nach Zählung der UN-Migrationsorganisation 1.828 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken, davon 1.737 im zentralen Mittelmeer. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang um 29 Prozent. Es besteht kein Zweifel daran, dass der proportionale Rückgang der Todesfälle das direkte Verdienst der NGOs ist. Gäbe es sie nicht, wäre diese Zahl der Toten erheblich höher, denn anders als die NGOs halten sich die staatlichen Seeretter in der Regel von der libyschen Küste fern.

Insgesamt sind acht private Seenotrettungs-NGOs im Einsatz – mehr als je zuvor: Mit zwei Schiffen vor Ort sind Proactiva Open Arms (Spanien), Sea Eye und Sea Watch (beide Deutschland), Migrant Offshore Aid Station (Malta) vor Ort, je ein Boot im Einsatz haben Ärzte ohne Grenzen sowie Jugend rettet, SOS Mediteranee und LifeBoat Minden (alle aus Deutschland). Im April nahm Sea Watch auch ein Suchflugzeug, Typ Cirrus SR22, in Betrieb, bezahlt vor allem von der Evangelischen Kirche in Deutschland. Stationiert auf Malta und benannt nach dem Zugvogel Moonbird. Was das Flugzeug leisten kann, zeigte sich beim Testlauf am Osterwochenende: Mit seiner Hilfe konnte ein vom Radar verschwundenes Schlauchboot mit 150 Menschen wieder lokalisiert werden.



Die NGOs nehmen die Schiffbrüchigen auf, teils bringen sie sie selbst nach Italien, teils übergeben sie sie etwa der italienischen Küstenwache. Noch immer greift hier die Dublin-Regel: Italien bleibt für die Flüchtlinge im Wesentlichen allein verantwortlich. Ein im 2015 von der EU beschlossener Umverteilungsmechanismus, Relocation genannt, greift nicht: Seit Beginn des Programms im September 2015 bis zum 12. Mai 2017 wurden gerade mal 5.711 Flüchtlinge aus Italien in andere EU-Staaten umverteilt, davon 2.048 nach Deutschland. Die meisten EU-Staaten sind nicht bereit, Italien Flüchtlinge abzunehmen.

Die Wut darüber in Italien richtet sich nicht aber nicht gegen den Rest der EU, sondern eben zunehmend gegen die Seenotretter, die immer häufiger als Ursache des Problems angegriffen werden – so etwa von der Justiz.

Umkehrung von Ursache und Wirkung

Doch auch die EU übt sich in Umkehrung von Ursache und Wirkung. Die Arbeit der NGOs führe dazu, »dass die Schleuser noch mehr Migranten als in den Jahren zuvor auf die seeuntüchtigen Boote zwingen«, sagte Frontex-Direktor Fabricio Leggeri kürzlich. »Wir sollten deshalb das aktuelle Konzept der Rettungsmaßnahmen vor Libyen auf den Prüfstand stellen«, fordert Leggeri dennoch. Wer eine Vorstellung davon bekommen will, was er damit meinen könnte, der sei daran erinnert, dass Frontex vor zwei Jahren Italien ganz unverblümt aufgefordert hatte, nicht mehr nahe der libyschen Küste zu retten.

Österreichs zackiger, junger Außenminister Sebastian Kurz spricht von einem »NGO-Wahnsinn« und behauptet, dass Frontex wiederum behaupte, dass manche der NGOs »mit Schleppern kooperieren« – was Leggeri so nicht gesagt hat. Für ihn sei die private Seenotrettung der »absolut falsche Weg«, sagte Kurz. Sein Kollege aus dem Innenressort, Wolfgang Sobotka, forderte die »sofortige Sperre der Mittelmeerroute« – wie auch immer man sich dies praktisch vorstellen soll.

Mitte Juni legte Stephan Mayer, der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nach: Er geht davon aus, dass die Schlepper die Flüchtlinge absichtlich in seeuntauglichen Booten losschicken würden, »da sie mit Sicherheit davon ausgehen können«, dass Boote die Flüchtlinge »bereits nach wenigen hundert Metern oder wenigen Kilometern« aufgreifen würden. »Das beutet de facto, dass ein Shuttle-Service zum italienischen Festland beziehungsweise den italienischen Inseln besteht«, sagte Mayer dem ZDF. »Diese Vorgehensweise ist aus meiner Sicht auf Dauer nicht praktikabel.«

Die Einlassungen von Leggeri, Kurz, Sobotka und Meyer laufen darauf hinaus, die bisherige Strategie der EU zu radikalisieren: Immer weiter sterben lassen und hoffen, dass irgendwann keiner mehr nachkommt.

»Diese Diskreditierung der lebensrettenden Hilfe im Mittelmeer ist inakzeptabel«, sagte Florian Westphal, der Chef der größten Seenotrettungs-NGO, Ärzte ohne Grenzen bei deren Jahrespressekonferenz am 14. Juni. Er beobachte eine »zunehmende Kriminalisierung und Diffamierung« lebensrettender Hilfe.

Kurz zuvor hatte »Ärzte ohne Grenzen« gemeinsam mit SOS Méditeranée und Sea-Watch in einen offenen Brief an Angela Merkel geschrieben.

»In zahlreichen Situationen kamen wir buchstäblich in letzter Sekunde, um Menschen aus überfüllten Booten oder schwimmend aus dem Meer zu retten«, heißt es darin. Gleichzeitig sähen sich die NGOs einer »Reihe unbegründeter Vorwürfe gegenüber«. Die in Italien von der Justiz erhobenen falschen Anschuldigung würden »zunehmend von rechten Gruppierungen ausgenutzt«.

Tatsächlich starteten Aktivisten der rechtsextremen »Identitären Bewegung« in Österreich und in Italien Anfang Juni eine europaweite Spendensammelaktion. Sie wollten eine Schiffsflotte finanzieren. »Wir wollen die Abfahrt von NGO-Schiffen beim Start bremsen, stören und verhindern«, sagte Lorenzo Fiato, der Sprecher der »Identitären« in Italien der österreichischen Zeitung *Die Presse*. »Wir sammeln Geld für Schiffe, eine professionelle Crew und Rechtsanwälte, die notwendig sind, um den rechtlichen Folgen der Aktionen gegen die NGOs entgegenzuwirken.«

Schon Mitte Mai hatten die »Identitären« das Schiff »Aquarius« der Hilfsorganisation SOS Mediterranee am Auslaufen gehindert. Die Hafenbehörde in Catania griff allerdings ein. Auch die Spendensammlung wurde unterbrochen: Nachdem rund 46.000 Euro zusammen gekommen waren, kündigte der Bezahldienst PayPal den Identitären das Spendenkonto. ✖

Zuerst erschienen

✖ *Dieser Artikel erschien auch im Antifaschistischen Infoblatt, Ausgabe 115.*

DEBATTEN UND STRATEGIEN

Wahlentscheidungen

Vor der Bundestagswahl 2017

ZAG

Die letzten vier Jahre haben einmal mehr die bundesrepublikanische Parteienlandschaft durcheinander gewirbelt. Erst fliegt die FDP-Fraktion in hohem Bogen aus dem Bundestag, die Lücke AfD verpasst den Einzug knapp. Dann gewinnt die AfD in mehreren Länderparlamenten Stimmen im zweistelligen Bereich, die SPD schmiert ab und die Mumie FDP kehrt wieder zurück, die Grünen regieren plötzlich ein Bundesland, während sie überall sonst gefühlt in der Versenkung verschwinden. Was heißt das für die Zukunft antirassistischer Politik?

Nichts, möchte man zuerst antworten. Antirassistische Politik findet in aller Regel nicht in Parlamenten statt, sondern ist in aller Regel Graswurzelarbeit, konkrete Unterstützung, Proteste gegen die Folgen der Politik in Parlamenten und Ministerien, gegen die aktuelle Flüchtlings- und Asylpolitik, gegen die Bigotterie in Fragen von Neonazismus und Krieg. Nun lässt es sich aber nicht verhehlen, dass selbst zwischen Parteien erhebliche Unterschiede in Bezug auf Rassismus, Antisemitismus und allgemeiner Emanzipation herrschen. Und deren Macht und Einfluss haben Folgen für die Arbeit vor Ort, wie anstrengend sie ist, wie viele Freiheiten Geflüchteten zugestanden werden und wem und wessen man sich alles erwehren muss.

Wahlprüfsteine

Die klassische Aufgabe sogenannter Wahlprüfsteine ist es, Hilfe für die Wahlentscheidung zu geben und die eigenen Interessen mit den Programmpunkten der Parteien abzugleichen. Wie könnten solche Wahlprüfsteine für antirassistische Politik ausschauen? Die Bereiche, die es abzuklopfen gilt, sind sicher die Flüchtlings- und Asylpolitik. Damit verbunden die Gesetzgebung zu Aufenthaltsrecht, Staatsbürgerschaft und die Unterstützungsleistungen für Geflüchtete. Dann die Außen- und Entwicklungspolitik, wie militaristisch ist sie, welche Art der internationalen Zusammenarbeit wird angestrebt und wie hoch sollen die Mauern um Europa gezogen werden. Neben diesen beiden interessiert der Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus, d. h. gegen Reaktionäre aller Couleur und Nazis, und wie viel Unterstützung man für die eigene Arbeit erwarten kann. Das betrifft die Grenzen der Polizeiarbeit und der Geheimdienste, der Bürgerrechte und der Jugendarbeit.

Schaut man sich die Wahlprüfsteine zur letzten Bundestagswahl 2013 an, dann geht es um die Fragen eines Verbandsklagerechts, der Anerkennung bzw. Bekämpfung institutionellen Rassismus in Behörden, der Einrichtung von Antidiskriminierungsstellen, der Anerkennung ausländischer Hochschulzeugnisse, Eheschließung und Adoption, Herstellung gleicher Rechte, der Einbürgerung oder ein Girokonto für Geflüchtete und vieles mehr.

Abhängig sind diese Fragen von konkreten Projekten der Fragenden und konkreten Vorhaben in den Parlamenten. Die Fragen sind Reaktionen auf Politik, die bereits gemacht wird, auf bereits vergossene Milch, wenn man es pessimistisch sieht, auf die zu ändernde Praxis, möchte man es zukunftsoffen formulieren. Wahlprüfsteine prüfen demnach Haltungen und Programme auf ihre Kompatibilität mit anderen bzw. den eigenen Meinungen und Vorhaben. Insofern ist die Antwort auf die Frage eines Wahlprüfsteins ein Indiz für die Annäherung von außerhalb der Parteien und innerhalb von Parteien und Parlamenten entwickelten Politiken.

Wenn Politiker rassistisch werden[1]

Durch alle Parteien wird man rassistische und diskriminierende Äußerungen von Politiker*innen vernehmen können. Am einfachsten ist die Suche nach rassistischen Äußerungen im rechten Parteienspektrum. Doch die LINKE kann sich genauso wenig davon lossagen wie die Grünen oder die SPD. Wir haben alle die unterschiedlichsten Vorurteile im Kopf und leben in einer Gesellschaft, in der Rassismus nicht ausgestorben ist. Politiker*innen erhalten jedoch eine öffentliche Bühne. Sie legitimieren solche Vorurteile, in der Öffentlichkeit stehend, durch die Verknüpfung mit der Legitimation ihres Amtes. Mit der Wahl einer Partei unterstützt man auch solche Politiker*innen. Also soll man überhaupt eine Partei wählen?

Mittlerweile können solche Äußerungen zu einem Problem werden. Je mehr die Parteien Migrant*innen als Klientel ihrer Politik sehen und je mehr Menschen sich parteipolitisch engagieren, die verwandtschaftliche Beziehungen ins Ausland haben, sei das Großbritannien, Sachsen, die Türkei oder Indien. Dies trifft auf einige bekanntere deutsche Politiker*innen zu, Cem Ozdemir als Sprecher der Grünen oder die Familienministerin Katarina Barley. Doch die weitaus meisten deutschen migrantischen Politiker*innen rangieren auf den Wahllisten unter ferner liefen und haben kaum eine Chance auf einen Sitz im Bundestag. Es ist also nicht so weit her mit der Selbstvertretung potentiell Betroffener auf der Ebene des Bundestages. Zudem sind sie als Fachpolitiker*innen in erster Linie für ihren Politikbereich verantwortlich.

Eine Politik im Sinne antirassistischer Wahlprüfsteine ist eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft. Allerdings spielen einige von





vorneherein dabei nicht mit. Das sind explizit flüchtlings- und migrationsfeindliche Parteien wie die AfD. Auch sie ist mittlerweile der Addressat von Walprüfsteinen und geht mit ihren Antworten in die Ergebnisse des Wahl-o-mat ein. Das Team des Wahl-o-mat entwickelt Thesen, Fragen und Forderungen und bittet die zu Wahl stehenden Parteien um Antworten. Durch ein einfaches stimme zu, stimme nicht zu oder neutral wird die eigene Präferenz auf die Antworten der Parteien abgebildet. So hat die AfD zur NRW-Wahl 2017 auf die Forderung »Das Land soll abgelehnte Asylbewerberinnen und -bewerber konsequent abschieben« nicht überraschend geantwortet: Sie sei dafür, dies sei Teil des Asylgesetzes. Ähnlich fallen die Antworten von SPD, CDU und FDP aus. Die FDP erhebt zusätzlich die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz. Bei den Grünen und der LINKEN möchte man Humanität bei Abschiebungen walten lassen und nicht nach Afghanistan abschieben und über Bleiberegelungen reden. Dies sind schon deutliche Unterschiede. Die Antworten lassen aber auch erkennen, dass die Diskussion auf Grundlage der bestehenden Asylgesetzgebung einen Rahmen bildet, der den Antworten Grenzen setzt. Einer Diskussion über Migration, Flucht, Gleichberechtigung kann mit Verweis auf das Gesetz aus dem Weg gegangen werden und der vermeintlichen Stimmung im Wahlvolk nachgegeben werden.

Schicksalswahl

Die diesjährige Bundestagswahl wird die Politik verändern. Die AfD und die FDP drohen beide ins Parlament einzuziehen – so ihr Wunsch und so auch die Umfragen. Wenn beide Parteien einziehen, wird sich die Regierung vermutlich wieder auf eine große Koalition von CDU/CSU und SPD stützen, da die Sitzverteilung ansonsten wohl nur unwahrscheinlichere Dreier-Bündnisse zu lassen wird.

Mit dem erstmaligen Einzug der AfD wird eine völkisch-rechtspopulistische Partei für vier Jahre mit Abgeordneten vertreten sein. Sie wird in Ausschüssen mitreden, mediale Wirksamkeit entfalten und versuchen die Legitimität ihrer Positionen zu beweisen. Sie wird Druck auf ihre Gegner*innen ausüben und Gelder erhalten und ihrer Klientel Posten verschaffen. Wird die Wahl deshalb wie die Stichwahl der französischen Präsidentschaftswahl eine Entscheidung zwischen Pest und Cholera, nationalistischen Kleinbürgern des FN und neoliberalem Mittelstand des »En Marche«?

In Fankreich haben in der Stichwahl 25 Prozent der Wahlberechtigten nicht abgestimmt und 10 Prozent ungültig gewählt, trotz der Gefahr, dass in der französischen Republik eine chauvinistische Präsidentin die Geschäfte übernimmt.

Die Situation stellt sich in der BRD mit ihrem Parteiensystem und Wahlrecht anders dar. Man kann sich der Stimme enthalten und muss keine Partei stützen, die einem nicht gefällt, ohne dass gleich ein neuer Faschismus herrscht. Doch wird die AfD durch ihre schiere Anwesenheit Druck auf die Politiken der andere Parteien ausüben können, solange sich diese an den Forderungen der AfD orientieren. Aber die Frage bleibt, wähle ich überhaupt, und wenn ich wähle, helfen mir Wahlprüfsteine dabei?

Wie sinnvoll sind Wahlprüfsteine?

Wahlprüfsteine sind gleichsam Markierungen in einem unübersichtlichem Terrain. Sinnvoll sind sie weniger für das Wahlvolk. Dieses kann seine Stimmungen mit abstrakten Parteien und deren wohl formulierten Antworten abgleichen. Die Einzelnen lernen die kleinen Unterschiede zwischen den Parteien kennen. Letzten Endes werden sie in der Mehrheit nicht nach Parteiprogrammen abstimmen als vielmehr nach gefühlter bzw. gewachsener Zugehörigkeit oder Stimmung in Bezug auf Personal und virulente Themen.

Für Organisationen dagegen sind sie sinnvoll für ihre Politik. Welche Projekte lassen sich am Besten mit welcher Partei verwirklichen? Sie sind Teil des Lobbying. Man kann Ideen und Vorhaben im Laufe der Legislaturperiode im politischen Betrieb verankern und darauf bei anstehenden Gesetzesvorhaben hinweisen. Zugleich sind sie Formen der Öffentlichkeitsarbeit. Das eigene Publikum kann mit den Vorstellungen der Organisation bekannt gemacht werden.

Es wird allerdings heute wie auch in der Zukunft keine Wahlprüfsteine in der ZAG geben. Wir gehen davon aus, dass antirassistische Politik keine Frage von Wahlen ist, sondern vorrangig von aktiver Solidarität. ✖

Fußnoten

1 *Dies ist der Titel eines Artikels von Sami Omar auf migazin.de, in dem er rassistische und diskriminierende Äußerungen von Politkern und deren Relativierung sammelt und der Frage nachgeht, wie groß das Vertrauen in eine Demokratie sein kann, wenn solche Menschen in Amt und Würden sind.*

Solidarität und Boykott unter falschen Voraussetzungen

Die BDS-Kampangne ist kein Bündnispartner für antirassistische Gruppen

Klaus Müller

Auf Demonstrationen machen sich wieder Gruppen laut schreiend bemerkbar, die dem israelischen Staat Apartheid und Genozid am palästinensischen Volk vorwerfen. Eine Behauptung, die nicht aufgeht. Die Wortwahl weist darauf hin, dass es hier in erster Linie um die Delegitimierung des israelischen Staates geht.

Die Initiative »Boycott, Devestment, Sanction« kurz BDS hat zum Ziel den israelischen Staat zum Rückzug aus den besetzten Gebieten zu bewegen, den geflüchteten Palästinenser*innen die Rückkehr nach Israel und »volle Gleichberechtigung« zu ermöglichen. Sie behauptet, dass sich Israel erst durch einen Genozid an den dort lebenden muslimischen Araber*innen gründen konnte. Zudem sei der heutige Staat Israel ein Apartheidsstaat.

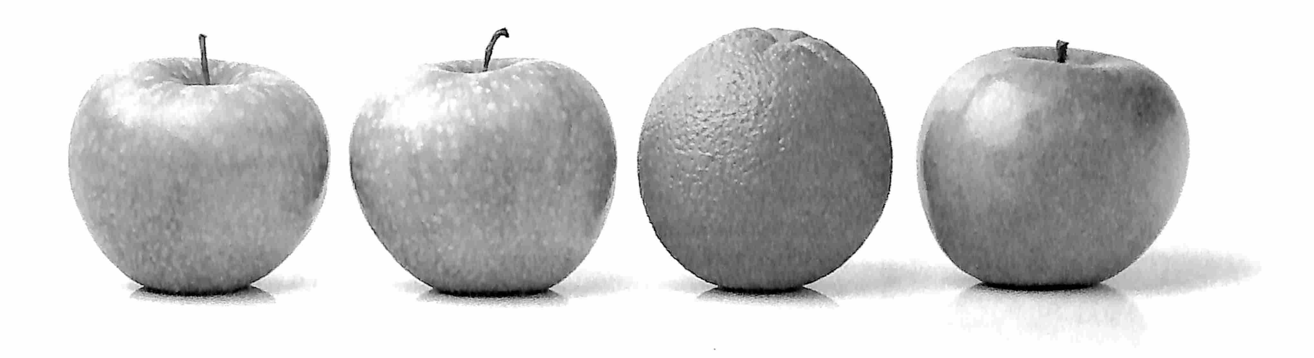
Die BDS-Kampagne wurde in Folge der in 2001 in Durban, Südafrika stattgefundenen Konferenz der Vereinten Nationen gegen Rassismus gegründet. Neben den staatlichen Vertreter*innen trafen sich auch Delegierte von NGOs. Die mehreren tausend Delegierten des NGO-Forums beschlossen, dass Israel als Apartheidsstaat zu ächten sei. Zwar ist dies nicht in die offizielle Abschlusserklärung der Konferenz eingegangen, hatte aber u. a. Nachwirkungen für den katastrophalen Verlauf der Folgekonferenz 2009 in Genf, auf der der iranische Präsident Ahmadinedschad Israel als rassistisches Regime bezeichnete. Die BDS-Kampagne wird von vielen palästinensischen Organisationen unterstützt, agiert weltweit und findet auch in der US-amerikanischen und europäischen Linken Unterstützung.

Genozid?

Der von der BDS-Kampagne erhobene Vorwurf des Genozids versucht die Flucht und Vertreibung der arabischen muslimischen Bevölkerung mit Genoziden an den Armeniern, europäischen Juden, Roma und Sinti gleichzusetzen. Der Staat Israel wurde 1948 entsprechend des UN-Beschlusses zur Teilung Palästinas und nach gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen englischer Mandatsmacht und arabischen sowie jüdischen Gruppen gegründet. In der Nacht der Staatsgründung erklärten die Nachbarstaaten Israel den Krieg, in dessen Verlauf fast 800.000 Palästinenser*innen aus dem damaligen Staatsgebiet Israels flohen. Weder kann man die Vertreibung und Flucht, die Nakba als Genozid bezeichnen, noch ist die Gründung Israels auf die Nakba zurückzuführen.

Ähnlich verhält es sich mit der Behauptung, dass Israel ein Apartheidsstaat sei. Apartheid ist die Bezeichnung für die Rassen- und Segregationspolitik der Republik Südafrika zwischen 1948 und 1993. Apartheid bezeichnet eine durch den Staat systematisch betriebene Rassentrennung, die die bürgerlichen und soziale Rechte der unterschiedenen Gruppen entlang dieser Segregation einschränkt. Der Population Registrations Act von 1950 teilte die südafrikanische Bevölkerung in vier ungleiche Gruppen auf Basis von Erscheinung, Vorfahren, sozioökonomischen Status und Lebensweise: »black«, »white«, »coloured«, »Indian«. So wurde die Ehe zwischen Angehörigen unterschiedlicher Gruppen verboten, das Aufenthalts- und Wohnrecht eingeschränkt und die Mehrheit der nicht-europäischstämmigen Bevölkerung von politischer Mitwirkung ausgeschlossen. Jeder Widerstand gegen die Rassentrennung wurde als Kommunismus per Gesetz verfolgt.

In das Völkerrecht wurde die Definition von Apartheid im Verlauf des Kampfes gegen das Apartheidsregime in Südafrika eingeführt. Auf dieser Grundlage ächtete die UN den südafrikanischen Staat und isolierte ihn weitestgehend. So durfte Südafrika nicht an internationalen Sportwettbewerben wie Olympia teilnehmen und



Südafrika wurde kulturell boykottiert, so dass südafrikanische Künstler nicht im Ausland auftreten sollten und andersherum. Auch gab es Boykottaufrufe durch lokale Bewegungen z. B. kein Obst aus Südafrika zu kaufen oder den Versuch, die Geschäfte deutscher Firmen mit und in Südafrika zu skandalisieren.

Apartheid?

Der Vergleich der Situation im damaligen Südafrika mit dem heutigen Israel zeigt, dass die Politik in Israel nicht auf Rassentrennung abzielt. Israelische Araber*innen genießen die gleichen bürgerlichen Rechte wie bspw. äthiopischstämmige Israelis. Sie können wählen, was in Südafrika unmöglich war. Ehen zwischen Palästinenser*innen und Israelis sind erlaubt und eine Umsiedlung in Homelands findet ebenso wenig statt. Es ist in Israel erlaubt, die Politik Israels zu kritisieren. Es findet anders als in Südafrika keine Zensur statt und Demonstrationen sind möglich. Israel ist kein Apartheidsstaat.

Nun ist ganz und gar nicht alles rosig in Israel oder den besetzten Gebieten (s. z. B. die aktuelle Inamo Nr. 88 »Palästina: 50 Jahre besetzt«). Rassismus ist auch in Israel ein Problem, dies trifft Jüd*innen aus Äthiopien wie auch Araber*innen, ob Muslim*as, Jüd*innen oder Atheist*innen. Hier unterscheidet sich der israelische Staat nicht viel von anderen Staaten. Doch der Vorwurf der Apartheid geht weit über Rassismus hinaus. Er ist dazu angelegt den Staat Israel zu delegitmieren und in seiner Existenz in Frage zu stellen. Denn die Kampagne zielt nicht darauf ab, eine bestimmte Politik der israelischen Regierung zu erwirken oder eine innenpolitische Diskussion zum Beispiel über den Status palästinensischer Arbeiter*innen in Israel zu beginnen. Sie zielt darauf ab, den Staat zu isolieren, nicht auf eine Änderung der Verhältnisse innerhalb Israels.

Das innen nach außen kehren

Anschlussfähig ist die BDS-Kampagne weltweit, weil sie die Probleme des Israel-Palästina-Konflikts als ein Problem staatlicher Souveränität darstellt. So können die innergesellschaftlichen Konflikte, sozialen Spaltungen und politischen Kämpfe als sekundär betrachtet werden. Man muss sich nicht mit sozialer Ungleichheit, kapitalistischen Verhältnissen und Militarismus auseinandersetzen. Die Probleme auf Seiten der offiziellen Institutionen und der Zivilgesellschaft verschwinden im Blick von außen. So werden diese für Dritte, wie z. B. die US-amerikanische und europäische Linke verarbeitbar, ohne dass man sich mit den konkreten Politiken der verschiedenen Parteien und den Wünschen der Bevölkerung auseinandersetzen müsste.

Aus antirassistischer Perspektive greifen die Unterstützer*innen der BDS-Kampagne mit ihrem Genozid- und Apartheidsvorwurf voll daneben, weil sie Apartheid nicht in ihrem historischen Kontext verstehen und weil sie den antisemitischen Zuschnitt ihres Boykottaufrufs nicht verstehen wollen.

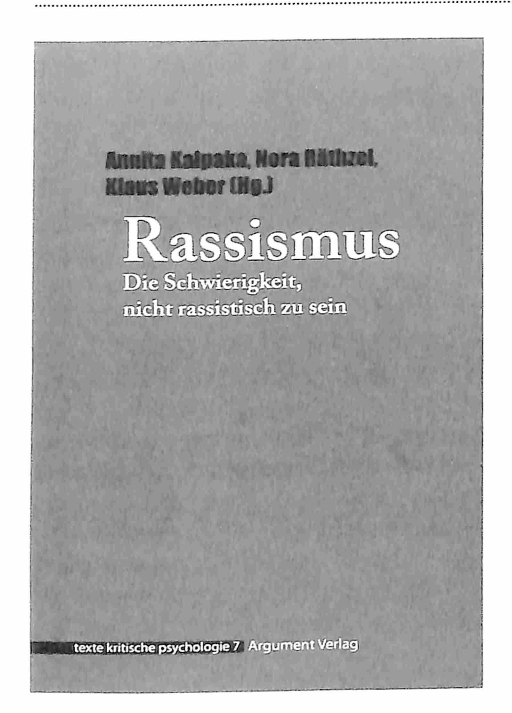
Aus linker emanzipatorischer Perspektive liegen sie daneben, weil der Einsatz für die Rechte der palästinensischen Bevölkerung sich nicht an deren Herkunft oder Sprache oder Geburtsort orientieren kann. Eine Solidarität mit Staaten oder Völkern ist ein leninistischer Restbestand des Solidaritätsbegriffs. Solange sich der Kampf um gleiche Rechte und gegen Rassismus positiv auf nationalistische Begriffe wie Volk und Heimat bezieht, bleibt er unglaubwürdig.

Eine Zusammenarbeit mit BDS-Gruppen in politischen Bündnissen untergräbt daher eine Solidarität unabhängig von Staatsbürgerschaft oder Religionszugehörigkeit. ✖

VORGESTELLT UND NACHGEHAKT

Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein

Jana Krtek



> *Rassismus. Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Annita Kalpaka, Nora Rätzel, Klaus Weber (Hg.), Texte kritische Psychologie 7, Argument Verlag 2017. 314 Seiten, 13 Euro. ISBN 978-3867548137.*

Vor über 30 Jahren erschien die Erstauflage dieses längst zum Klassiker gewordenen Buchs. Damals neu war der in der Regel ignorierte, wenn nicht vehement bekämpfte, Fokus auf Alltagsrassismus und institutionellen Rassismus. Rassismus war in den 1980ern üblicherweise auf das NS-Rassemodell reduziert. Damit waren einzelne Zeitgenoss_innen in Ämtern, Behörden und in der »Ausländerarbeit« vielleicht ausnahmsweise ein wenig vorurteilsbeladen. Auch wussten eigentlich alle, dass die »Ausländer« an die hoch überlegene deutsche Kultur herangeführt werden müssen. Aber rassistisch waren alle auf keinen Fall. Besonderes Augenmerk legte daher das Buch auf die Arbeit im sozialen Bereich. Dort war und ist meist das Bewusstsein für den Widerspruch zwischen »gut gemeint« und »gut« kaum vorhanden, da die Arbeit ja »sozial« ist, ergo nicht rassistisch sein kann. Die geringe Entwicklung seither macht die Notwendigkeit dieser Neuveröffentlichung aus. Frappierend oder auch schockierend ist, dass fast alle Themen seit der Erstveröffentlichung 1986 auch heute noch die Debatte bestimmen.

Die hervorragende Einleitung, die gekonnt und jenseits der oft polarisierten Auseinandersetzungen und polarisierenden Veröffentlichungen auf aktuelle Debatten wie beispielsweise um das Konzept »Rassismuskritik« statt »Antirassismus« oder »Critical Whiteness« eingeht, ist allein schon den Kauf wert.

Hier wird auch auf die unerquicklichen Evergreens hingewiesen, wie etwa »die Integration« als Voraussetzung des »Dazugehörens«. Bis heute fehlt bei den Integrationsredner_innen jeder belastbare Gedanke, was der Inhalt dieser Worthülse jenseits von beliebigen, willkürlich sich ändernden Forderungen zur Unterordnung und Anpassung sein soll.

In einer Endlosschleife geführt werden die inzwischen unzählbaren »Kopftuchdebatten«. Alle verlaufen entlang der ewig gleichen zwei Linien – zum einen der Linie patriarchaler Unterwerfung bzw. Frauenrechte, zum anderen der Linie Zeichen kultureller Identifikation. Dass diese Debatte ein Zeichen einer zutiefst rassistischen Gesellschaft ist, ist den wenigsten Beteiligten klar, weshalb der Untertitel »Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein« das Grundproblem treffend charakterisiert.

In Zeiten der AfD erfreut sich das Pseudoerklärungsmuster der »Ängste« der »Abgehängten«, »Marginalisierten« oder sich davon »bedroht Fühlenden« als Motor des Rassismus trotz aller gegenteiligen Untersuchungen, Forschungen und Statistiken nach wie vor weiter Verbreitung. Dass hier vielmehr Normalisierungspraxen, die Zurichtung durch Unterwerfung sowie die Hinterfragung der eigenen Versagungen und dem daraus erhofften Gewinn als Aggressions- und Rassismusquelle wirken, rüttelt dann doch ein wenig zu sehr an den Fundamenten, als dass eine breite Rezeption auch nach über 30 Jahren zu erwarten wäre.

Wären noch »die Werte« zu erwähnen. Ob westlich, ob christlich-abendländisch oder ob besonders zynisch jüdisch-christlich tituliert, werden sie in der Regel mit dem derzeitigen euphemistischen Rasse-Substitut »Kultur« kombiniert. Sie haben die Nachfolge der Schädelvermessung mit Bravour angetreten und sind gleichzeitig ein Paradebeispiel des Wandels und der Flexibilität des Rassismus.

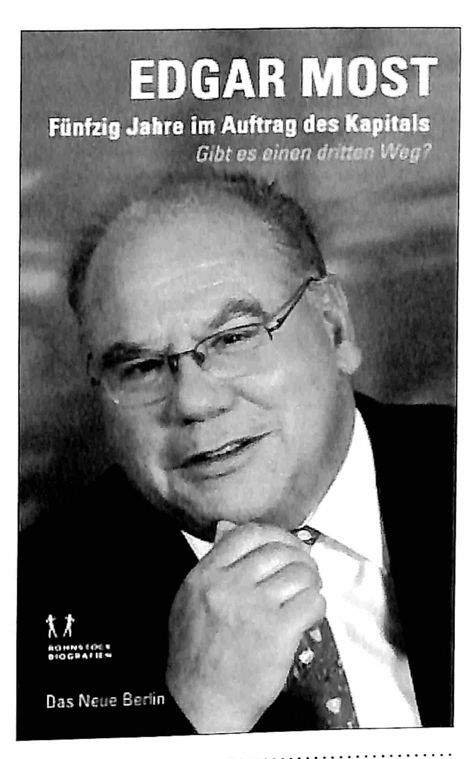
Schon in der der zweiten und dritte Auflage enthielt das Buch den Text von Philipp Cohen zu Antisemitismus, Rassismus und Antirassismus im Vereinigten Königreich. Die Neuauflage wurde um eine Kritik antirassistischer Erziehungskonzepte von Klaus Holzkamp und einer Analyse zu institutionellem Rassismus als gesellschaftliche Form der Herrschaftssicherung von Ute Osterkamp erweitert. Da es den Umfang des Artikels sprengen würde, auf diese sehr lesenswerten Beiträge einzugehen, ist also die Anschaffung unumgänglich. Denn das Buch bietet sowohl eine Basis rassismuskritischer Reflexion der gesellschaftlichen Bedingungen als auch antirassistischer Praxis. Die Kenntnis (eigener) rassistischer Muster hilft im Kampf gegen eine strukturell rassistische Gesellschaft und hilft »gut gemeinte«, unbewusst paternalistische Verhaltensweisen, Ansätze und Konzepte zu reduzieren. ✖

Fünfzig Jahre im Auftrag des Kapitals

ZAG

Besser spät als nie. Dieses Buch fand ich in einer Kleiderkammer, Schrein des Wegwerfkapitalismus. »So wie wir heute leben, haben wir nie gearbeitet« resümiert Edgar Most die DDR. Der »soziale Banker« erzählt ohne Ostalgie oder Volksverherrlichung, wie ein funktionierendes System durch Marktanarchie, Westkonzerne – aber auch den Hunger der eigenen Konsumenten – durch die Wand gefahren wurde. Sein Urteil, der Lebensstandard in der DDR sei »zu hoch« gewesen, sollte uns zu denken geben, jetzt wo Einkaufszentren statt Fabriken die Kultur der Ostbürger bereichern.
Most, »oberster Banker der DDR« und Gründer der ersten Privatbank in den neuen Bundesländern (DKB) war einer der wenigen DDR-Funktionäre, die in der BRD eine Spitzenposition in der Wirtschaft erreichten. In seiner Biographie kritisiert er den Ausverkauf der Ostwirtschaft und Kohls katastrophale Währungsunion.
Der kleine Banklehrling aus der Provinz lernte sein Handwerk auf der Großbaustelle der Ölraffinerie Schwedt. Danach Studium auf dem zweiten Bildungsweg und Aufstieg durch alle Abteilungen. Seine Reisen führten ihn in den 1970ern bis nach Georgien und Kuba (wo er behauptet, die Staatsführung davon abgehalten zu haben, das Geld abzuschaffen; Kambodscha war noch nicht geschehen).
Auch ohne glühender Kommunist zu sein – die Stasi gab ihre Bemühungen auf, nachdem er ihren Anquatschversuch öffentlich durch seine Abteilung posaunte – konnte Most ein gutes Leben in der DDR führen, ohne Repressalien oder Elend. Seinen Auftrag als Banker sah er stets darin, das gute Leben für alle zu sichern, indem die Betriebe laufen und die Leute ihren Lohn bekommen.
Frei von Eigenlob ist seine Biografie sicher nicht, aber interessant wird sie durch ihre Kritik der gelobten Wiedervereinigung. Obwohl Most eher wie ein Christdemokrat klingt (die CDU existierte ganz legal in der DDR!), scheint es, was er wirklich an der DDR bereute, ist ihr Ende. Er starb vor wenigen Jahren als einer, der von SED-Veteranen und Vorständen der Deutschen Bank gleichermaßen geachtet wurde und dem Normalbürger gänzlich unbekannt sein dürfte. Kurzweilige Erzählungen eines rüstigen Rentners, räumt auf mit Vorurteilen, ohne sperrige K-Gruppen-Lehrsätze.

Der Verlag, Rohnstock Biographien, ein Ostberliner Familienbetrieb führt interessante Zeitzeugenberichte über den »Staatssozialismus«, die sogar jammernden Anarcho-Wessis verlässliche Fakten für ihre Verurteilung des letzten deutschen Friedensstaats geben dürften. Innenansichten eines Bankers statt SPIEGEL-Propaganda aus dem Mund eines Punkers.



> *Edgar Most: Fünfzig Jahre im Auftrag des Kapitals. Gibt es einen dritten Weg? Rohnstock Biografien: Berlin 2009. 288 Seiten, 9,95 Euro. ISBN: 978-3360019608*

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen

24 Jahre Recherche und Dokumentation des staatlichen & gesellschaftlichen Rassismus

Klaus Müller



> *Die Dokumentation umfasst drei Hefte (DIN A4). Sie kosten zusammen 30 € plus 5,00 € Porto & Verpackung.*

Einzelhefte kosten:
HEFT 1 (1993 - 2004) 10 € 356 Seiten, 10 €;
HEFT 2 (2005 - 2011) 11 € 262 Seiten, 11 €;
HEFT 3 (2012 - 2016) 12 € 336 Seiten, 12 €;
plus jeweils 1,80 € für Porto & Verpackung.

Bestellung:
http://www.ari-berlin.org/doku/bestell.htm

Antirassistische Initiative Berlin
>> Dokumentationsstelle <<
Haus Bethanien - Südflügel
Mariannenplatz 2 A
10997 Berlin

ari-berlin-dok@gmx.de
Fax 030 617 40

Im Netz ist zurzeit noch die 23. Auflage unter www.ari-berlin.org/doku/titel.htm einsehbar.

Die dreibändige Dokumentation umfasst Einzelgeschehnisse, bei denen Flüchtlinge körperlich zu Schaden kamen. Dokumentiert sind unter anderem Todesfälle und Verletzungen vor, während und nach Abschiebungen und auch durch Angriffe aus der Bevölkerung. Im 24. Jahr ihrer Fortsetzung und Aktualisierung spiegelt die Dokumentation mit ihren über 9.000 Geschehnissen die Lebensbedingungen wider, unter denen die schutzsuchenden Menschen in der Bundesrepublik leiden.
Sowohl in den Flüchtlingslagern und Massenunterkünften als auch auf der Straße sind Schutzsuchende besonderen Gewaltverhältnissen ausgesetzt. Es gelingt bestimmten Teilen der Bevölkerung mit rassistischen Beleidigungen oder blankem Haß und direkten tätlichen Angriffen, den Menschen das Leben in Deutschland permanent streitig zu machen und sie weiter zu traumatisieren. Gewalt auf der Straße vervielfacht Besonders gravierende Auswirkungen auf die psychische Entwicklung und die körperliche Gesundheit sind die rassistisch motivierten Angriffe auf minderjährige Flüchtlinge im öffentlichen Raum.

Gewalt auf der Straße vervielfacht

Die Zahl der Angriffe und der Körperverletzungen hat sich im Jahre 2016 mit 134 verletzten Minderjährigen im Verhältnis zum Jahr 2015 (23 Körperverletzungen) fast versechsfacht.
Unabhängig vom Alter der Betroffenen sind die Zahlen der von Rassist*innen verletzten Flüchtlinge auf der Straße weiterhin deutlich angestiegen: von 2014 (72) auf 2015 (242) um mehr als das Dreifache und von 2015 auf 2016 (505) auf das Doppelte.

Verzweiflungstaten

Durch fehlenden Schutz der Privatsphäre in den Flüchtlingsunterkünften, durch Aggressionen und Übergriffe des Bewachungspersonals oder von Mitbewohnern einerseits und andererseits durch Angriffe von außen durch Brandstiftung, Werfen von Gegenständen, durch Schüsse oder Eindringen ins Gebäude finden viele Flüchtlinge gerade hier keine Sicherheit. Menschen, die ohnehin durch die restriktiven Asylgesetze, durch Familientrennung und nicht erlaubten Familien-Nachzug, durch die Fluchtgründe (Verfolgung, Krieg, Hunger) und durch die Flucht selbst oft psychisch schwer angeschlagen sind, werden weiter destabilisiert.
So ist die Anzahl der Suizidversuche bzw. Selbstverletzungen von Flüchtlingen im Jahre 2016 die höchste, die seit 1993 von uns dokumentiert ist: mit 239 Geschehnissen 70 % höher als im Vorjahr (152 Selbstverletzungen). Dass dies nur ein Schatten der tatsächlichen Zahl von Verzweiflungstaten sein kann, zeigt die Antwort des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen auf eine Anfrage der Fraktion PIRATEN: in den ersten elf Monaten des Jahres 2016 war es zu 111 versuchten und 6 vollendeten Suiziden in Gemeinschafts- und Notunterkünften gekommen. Auch aus dem Innenministerium von Niedersachsen wurde vor kurzem bekannt gegeben, dass die Anzahl der Selbstverletzungen deutlich angestiegen ist. Da offizielle Statistiken in vielen Bundesländern gar nicht erst geführt oder nicht veröffentlicht werden, ist von einer Vervielfachung der bekannt werdenden Zahlen auszugehen.

Die Dokumentation umfasst den Zeitraum vom 1.1.1993 bis 31.12.2016.

217 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 73 Menschen in Abschiebehaft.

1.875 Flüchtlinge verletzten sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hunger- und Durststreiks) oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich 701 Menschen in Abschiebehaft.

5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung.

526 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt.

35 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode.

605 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert, kamen aufgrund ihrer bestehenden schweren Erkrankungen in Lebensgefahr oder erkrankten schwer.

74 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos.

205 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 131 an den deutschen Ost-Grenzen, 3 Personen trieben in der Neiße ab und sind seither vermisst.

681 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 345 an den deutschen Ost-Grenzen.

22 Flüchtlinge starben durch direkte Gewalteinwirkung von Polizei oder Bewachungspersonal entweder in Haft, in Gewahrsam, bei Festnahmen, bei Abschiebungen, auf der Straße, in Behörden oder in Heimen, mindestens 1.074 wurden verletzt.

23 Todesfälle gab es durch unterlassene Hilfeleistung.

83 Flüchtlinge starben bei Bränden, Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und Wohnungen oder durch sonstige Gefahren und 1.421 Flüchtlinge wurden dabei z. T. erheblich verletzt.

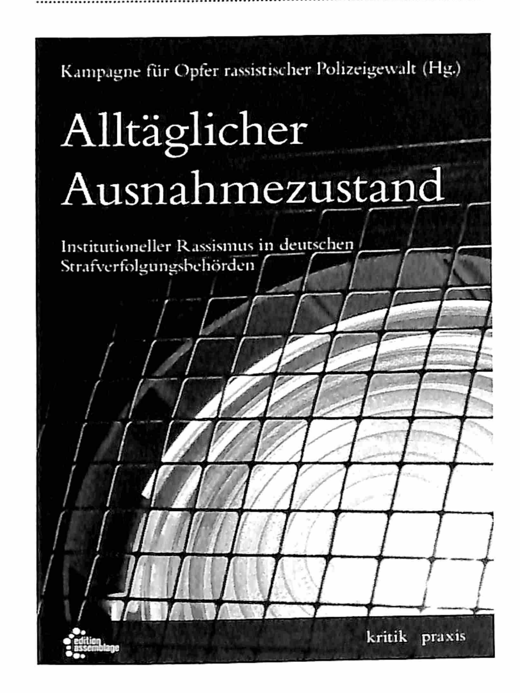
24 Flüchtlinge starben durch rassistische Angriffe im öffentlichen Raum und

1.683 Flüchtlinge wurden bei Angriffen auf der Straße verletzt.

Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen seit 1993 mindestens 507 Flüchtlinge ums Leben – durch rassistische Angriffe und die Unterbringung in Lagern (u. a. Anschläge, Brände) starben 107 Menschen. ✖

Alltäglicher Ausnahmezustand

ZAG



> *»Alltäglicher Ausnahmezustand: institutioneller Rassismus in deutschen Strafverfolgungsbehörden«, Kampagne für Opfer Rassistischer Polizeigewalt (Hrsg.), Reihe kritik_praxis, Band 3, Münster: edition assemblage, 2016. 141 Seiten, 9,80 Euro.*
ISBN 978-3-942885-79-9.

In dem Sammelband »Alltäglicher Ausnahmezustand« beleuchtet die Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt - KOP den institutionellen Rassismus in deutschen Strafverfolgungsbehörden. KOP hat sich 2002 gegründet. Anfänglich darauf konzentriert, Betroffenen über einen Rechtshilfefonds bei der Klage gegen Polizist*innen zu unterstützen, nahm nach und nach die Dokumentation von Fällen rassistischer Polizeigewalt mehr Raum ein. Sie ermöglichte durch ihre detaillierte Beschreibung der Ereignisse und Situationen sowie den Darstellungen aus der Perspektive der Opfer nicht nur gegenüber Ministerium und Polizeidirektion zu argumentieren, sondern bietet auch die Chance eine eigene Erzählung über Leiden und Erfahrung zu etablieren, abseits der Sprache von Jurist*innen.

Dass der Begriff Racial Profiling in Deutschland bekannt wurde, hat viel mit der Arbeit von KOP zu schaffen. Dieser Sammelband fasst die vielfältigen Überlegungen und Diskussionen zur Arbeit und Beratung Betroffener und zur Öffentlichkeitsarbeit und Agenda Setting zusammen. Dabei taucht immer wieder die Frage politischer Optionen und der Verstetigung der Kampagne auf. Wie können wir gegen institutionellen Rassismus vorgehen? Kann die Polizei sich selbst kontrollieren? Wer bezahlt die Arbeit und wie viel Ressourcen stehen für die Aufklärung zur Verfügung? Wie wird Polizeigewalt in anderen Staaten angegangen?

Nach 15 Jahren ist klar, dass die Strafverfolgungsbehörden nur ein geringes Interesse haben, Polizeigewalt auf den Grund zugehen. Institutioneller Rassismus existiert für sie nicht - selbst nach dem geheimdienstlichen und polizeilichen Desaster rund um die Morde des NSU.

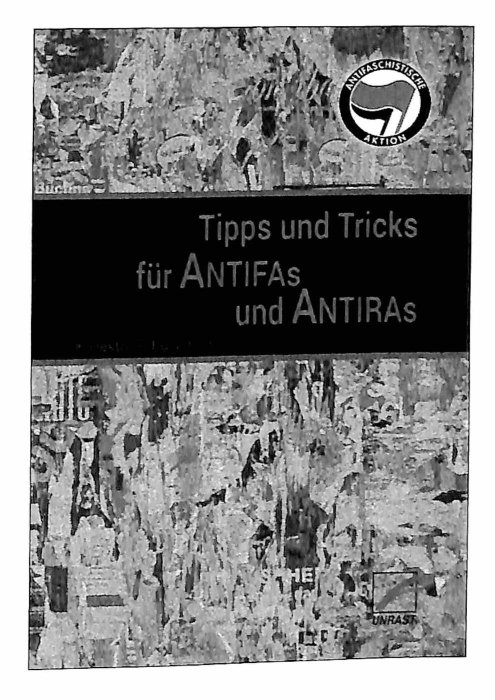
In acht Texten kommen Aktive der Kampagne zu Wort. Sie stellen die Schwierigkeiten mit den Begriffen des institutionellen Rassismus und rassistischer Kriminalisierung dar, dass dies in Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozessen kein Thema ist und wie Betroffene von der Beratung und Unterstützung profitieren, welche Grenzen der Öffentlichkeitsarbeit und öffentlichen Diskussion dieses Themas gesetzt sind und sich anhand der Erzählung und der Dokumentation von Fällen rassistischer Polizeigewalt typische Muster der Eskalation analysieren lassen. Den Abschluss bilden zwei Analysen aus Kanada und England.

Das Buch erweitert den schmalen Rahmen der Literatur zum Thema Polizeigewalt. Es gibt Einblick in eine beispielhafte Kampagnenarbeit und ermöglicht es vielleicht auch andernorts solche Unterstützungsstrukturen aufzubauen. ✖

Tipps & Tricks für Antifas und Antiras

ZAG

Die Broschüre aus dem Unrast-Verlag ist eine Ratgeberin für erste Organisierungen im Freundeskreis. Sie gibt Tipps für den Umgang miteinander, politische Aktionen und Bündnisse, um das Engagement auf Dauer zu stellen und immer wiederkehrende Probleme und Aufgaben gekonnt zu meistern: Wie stelle ich Öffentlichkeit, was ist bei Schutz für Häuser und Veranstaltungen zu bedenken, wie gehe ich mit Repressionen um und vieles mehr.
Ein Text, der zur Selbstorganisation beiträgt und die politische Arbeit von Gruppen unterstützt, in überarbeiteter Neuauflage. ✖



› *Kollektiv Schulschluss: Tipps & Tricks für Antifas und Antiras. Völlig neu überarbeitete Auflage, Unrast: Münster, 2017. 80 Seiten. 5 Euro. ISBN 978-3-89771-220-1*



Errata

ZAG

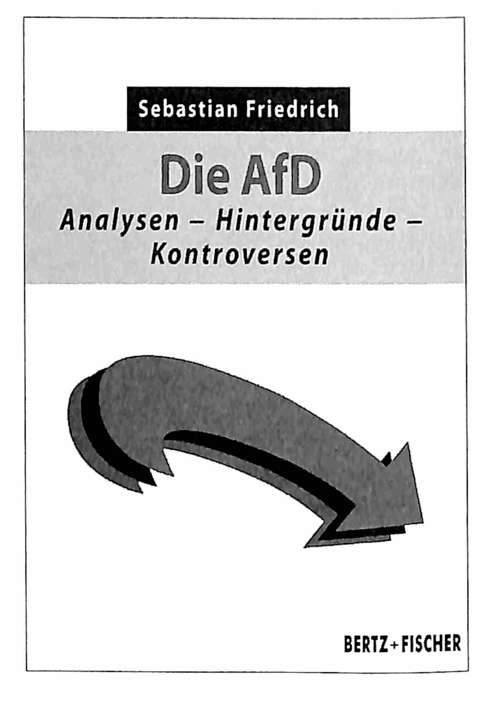
In unserer letzten Ausgabe lokalisierten wir das AIB. Das ist aber falsch, sein Name ist »Antifaschistisches Infoblatt«, nicht »Antifaschistisches Infoblatt Berlin«, denn das AIB ist überregional ausgerichtet. **Tschuldigung!** ✖

AfD – zwei Analysen

Jana Krtek



> *Bensmann, Marcus u. a.: Schwarzbuch AfD. Fakten, Figuren, Hintergründe. Essen u. Berlin: Correctiv, 2017. 220 Seiten. 10 Euro. ISBN 978-3-9817400-3-5*



> *Friedrich, Sebastian: Die AfD: Analysen – Hintergründe – Kontroversen. Reihe Politik aktuell, Bd. 5, Berlin: Bertz-Fischer, 2017. 168 Seiten. 7,90 Euro. ISBN 978-3-86505-741-9*

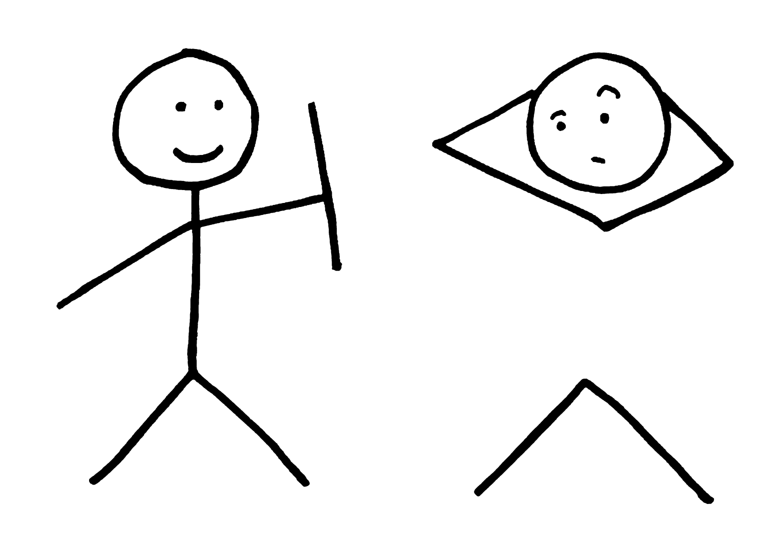
Wir müssen uns wohl für einige Zeit daran gewöhnen, dass die AfD in den Parlamenten sitzen wird. Mittlerweile ist diese Partei ja bereits in verschiedenen Länderparlamenten vertreten. Mit der Bundestagswahl 2017 wird diese Partei vermutlich auch Abgeordnete in den Bundestag schicken. Also muss man sich wohl oder übel weiter mit dieser Partei und ihrem Personal beschäftigen. Dies machen die zwei hier vorgestellten Publikationen.

Das »Schwarzbuch AfD« stammt aus dem Verlag Correctiv. Correctiv ist eine Plattform für Journalist*nnen, die investigativen Journalismus unterstützen möchte. Aufgabe des Buches ist es, mit den hier veröffentlichten Recherchen nicht mehr nur auf die medialen Offerten der Rechtspopulist*innen zu reagieren, sondern selbst zu bestimmen, was über diese Partei berichtet wird. Der Band trägt alles Wissenswerte über die AfD zusammen: Wer sind ihre Köpfe, wer ihre Wähler*innen, woher stammt ihr Geld, in welchen Netzwerken der Rechten ist sie verankert, wie ist ihre Medienstrategie. Die Autoren geben verschiedene Gründe an, weshalb die AfD vermutlich erfolgreicher ist und sich längerfristiger im parlamentarischen Betrieb verankern wird als ihre Vorgänger NPD, DVU, Schill-Partei und Republikaner. Sie ist auch für gemäßigte Konservative wählbar, da ihr das »Igitt-Image« fehle; sie verfügt über eine ausreichende Finanzierung durch ihre Mitglieder und sie kann auf erfahrene Parteipolitiker wie Alexander Gauland zurückgreifen.

Sebastian Friedrich legt mit seinem Buch mit dem knappen Titel »Die AfD« eine politikwissenschaftliche Analyse vor. Er möchte mit der Analyse der Ursachen für den Aufstieg dieser Partei einen Beitrag für den richtigen Umgang mit ihr liefern. Die AfD bearbeitet ein Bündel von Krisen von rechts. »Es gibt nicht die eine Ursache, mit der sich die AfD erklären lässt« (S. 13). Dies zeigt er auch anhand der Entwicklung und Machtkämpfe innerhalb der Partei, die eine jeweils unterschiedliche Gewichtung der Krisenlösungsversuche von rechts zum Ergebnis haben, sowie den Einstellungen und sozialen Lagen der unterschiedlichen Wählergruppen. »Die AfD hat für das rechte Projekt die Funktion eines Versuchslabors« (S. 118). Was die Strömungen innerhalb der Partei zusammenhält ist eine Ideologie der Ungleichheit. Er schließt mit Empfehlungen für den Umgang mit der AfD, der extremen Rechten und der extremen Mitte. Dazu muss man den von den Rechten gesetzten Rahmen verlassen und eine eigene Politik, die an den sozialen Verhältnissen und Problemen ansetzt, formulieren.

Die beiden Bücher ergänzen sich. Sie sind gut geschrieben, verständlich und informativ – und unbedingt empfehlenswert. ✖

CALL ZAG AUSGABE 75



HILFE, die Helfer kommen

Call für die ZAG 75

ZAG

»With a little help from my friends«, wie schön. Nur sind wir nicht alle freundschaftlich verbunden. Manches mal wird Menschen Hilfe aufgezwungen, manches mal ist es weniger Hilfe als vielmehr Eigennutz, der unter dem Deckmantel der Unterstützung zum Tragen kommt. Entwicklungshilfe ist eine Form der Unterstützung, in der diese Problematik greifbar wird.

Die ZAG möchte in dieser Ausgabe die Veränderung der Entwicklungszusammenarbeit und Projekten internationaler Solidarität diskutieren. Unter dem Titel »Hilfe, die Helfer kommen« geht es uns um Paternalismus, Abhängigkeit, Kolonialismus und Flucht.

Entwicklungshilfe soll den politischen Aufbau und die wirtschaftliche Stabilität fördern sowie die globalen Lebensbedingungen angleichen. Der Begriff der Entwicklung selbst – wer soll sich wohin entwickeln und was bedeutet dann entwickeln – steht in Frage und der Vorwurf des Eurozentrismus steht im Raum.

Der internationalen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit der BRD wird eine strategische Rolle in wirtschaftlichen, außen- und sicherheitspolitischen Bereichen zugeschrieben. Die Afrika-Konferenz in Berlin im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg hatte zum Ziel private Investitionen in Afrika zu fördern. Welche Art von Politik und Wirtschaft wird mit diesem Geld gefördert, wessen Ziele werden hier verfolgt? Ist das mehr als Profitmacherei und Landraub?

Der sicherheitspolitische Aspekt bekommt immer mehr Gewicht, da hier ein Hebel gegen Terrorismus durch Stabilisierung der jeweiligen politischen Herrschaft gesehen wird. Zugleich soll über Armutsbekämpfung und Eindämmung von Bürgerkriegen die Fluchtbewegung nach Europa eingeschränkt werden. Wie kann

dies funktionieren, wenn IWF und Weltbank Gelder nur im Gegenzug zu neoliberalem Sparkurs und Öffnung der Märkte geben? Oder wenn deutsche Entwicklungsgelder an die Zustimmung zu Rücknahmeabkommen geknüpft werden?

Neben der staatlichen Entwicklungshilfe gibt es eine Vielzahl privater Initiativen, die mit Menschen andernorts zusammenarbeiten. Öffentlich präsent sind sie vor allem durch Nothilfe bei Katastrophen sowie Flucht vor Bürgerkrieg und Terror, Spendensammlungen für Hilfsprojekte wie Schulen oder Gesundheitsversorgung. Wie gestaltet sich diese Art der Zusammenarbeit im Gegensatz zu staatlicher Entwicklungshilfe? Hat man früher noch von Völkerfreundschaft und internationaler Solidarität geredet, geht es heut um eher kleinteilge Hilfe. Wohin ist das Ziel der Befreiung und Emanzipation verschwunden?

Die Entwicklungsvorstellung eines marktvermittelten Kapitalismus mit parlamentarisch gestützter Herrschaft, ist eine Leitvorstellung von Entwicklungspolitik, Hilfe zur Selbsthilfe eine andere. Unter welchen Bedingungen können Bündnisse und Unterstützung im internationalen Zusammenhang gelingen?

Wir laden euch ein, euch zu diesem Thema äußern. Erste Themen sind für uns:

- staatliche Entwicklungszusammenarbeit: Wie sieht die aktuelle Strategie der staatlichen Entwicklungshilfe aus? Kann sie gelingen, welche Alternativen gibt es?
- Dritte Welt, globaler Süden, Abhängigkeit und Kolonialismus: Wie wirken sich Geopolitik, Migration und die Krise von Politik und Wirtschaft in den vermeintlich zu entwickelnden Staaten aus?
- Arabischer Frühling, Sommer und Herbst: Ist der demokratische Aufbruch an sein Ende gekommen? Und wie kann eine emanzipatorische Dynamik in diese Staaten wiederbelebt werden?
- Sommer der Geflüchteten: Ist die ehrenamtliche Hilfsbereitschaft für Geflüchtete hier zu Lande an ihr Ende gekommen? In welchen Bahnen verläuft sie heute?
- Wissenshierarchien, Braindrain, Eliten: Auf welche gesellschaftlichen Voraussetzungen trifft Entwicklungshilfe? Wer sind die Akteure in der Zusammenarbeit?
- Süden, Norden, Westen, Osten: Soll man nicht helfen, weil die Hilfe eurozentristisch ist? Verstärkt die Zusammenarbeit die Abhängigkeit und Ausbeutung?

Wie immer freuen wir uns auch auf alle Schriftwerke außerhalb des Schwerpunkts und gegen Rassismus aus der Mitte und anderswo.

Wir bitten um die Zusendung von Artikeln und Artikelvorschlägen zu dem von uns angerissenen Thema und unseren im obigen Text aufgeworfenen Fragen.

- Artikel für den Schwerpunkt der ZAG sollten **nicht mehr als 12.000 Zeichen** (inkl. Leerzeichen) umfassen.
- Hinweise zur Textgestaltung senden wir auf Wunsch gerne zu.
- Geschlechtergerechte Sprache ist erwünscht.
- Der **Redaktionsschluss ist der 03.10.2017**. Wir freuen uns über früher eingereichte Beiträge.
- Infos, Nachfragen, Artikelvorschläge sowie Lob und Kritik an redaktion@zag-berlin.de.
- Mehr Infos über die ZAG unter **www.zag-berlin.de**.
- Wir freuen uns auch über Texte für alle anderen Rubriken des Heftes, die dann jedoch nur max. 8.000 Zeichen haben sollten.

ANZEIGEN

DIE ZAG IM INTERNET

www.ZAG-berlin.de

ROTE HILFE e.V.

Solidarität organisieren – Mitglied werden!

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter_innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden.

ROTE HILFE E.V.
Postfach 3255, 37022 Göttingen
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de
Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

DIE ROTE HILFE

Zeitung gegen Repression

Schwerpunkt der Ausgabe 1/2017: Ausnahmezustand – der „Sonderfall" als Regel



DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen

aa – anti atom aktuell

Berichte | Meinungen | Analysen aus der antiAtom-Bewegung rund um den Erdball
im Abonnement für 36 Euro

anti atom aktuell
Tollendorf 9
29473 Göhrde
www.anti-atom-aktuell.de

anti atom aktuell
Zeitung für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen
Im Heute tanzt das Morgen schon



Antifaschistisches Infoblatt

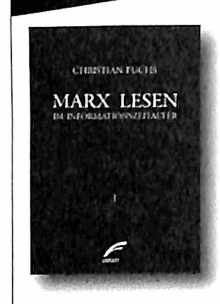
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

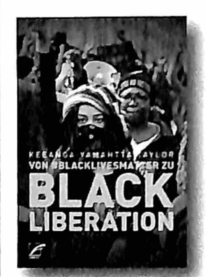
Kostenloses Probeexemplar

Unrast Verlag | news



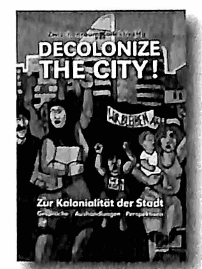
Medien- und kommunikationswissenschaftliche Perspektiven auf ›Das Kapital‹

Christian Fuchs
Marx lesen im Informationszeitalter
600 Seiten | 29,80 Euro



Für eine grundlegenden Transformation der USA

Keeanga-Yamahtta Taylor
Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation
296 Seiten | 19,80 Euro



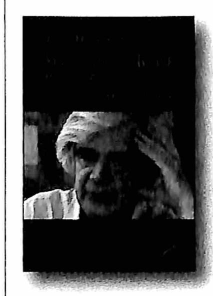
Zur Kolonialität der Stadt

Zwischenraum Kollektiv (Hg.)
Decolonize the City!
200 Seiten | 14,00 Euro



Revolution, Frauenbefreiung und Demokratische Autonomie in Kurdistan/Rojava

Meredith Tax
Auf einem unwägbaren Weg
328 Seiten | 19,80 Euro



Über Möglichkeiten antikapitalistischer Revolution heute

John Holloway
Wir sind die Krise des Kapitals … und stolz darauf
104 Seiten | 9,80 Euro

Das ganze Programm online unter: www.unrast-verlag.de





Backlist

2017 #73 Brandstifter **2016** #72 Biedermänner #71 Flucht und Versagen **2015** #70 Postkoloniale Spurenlese #69 Polizei.Staat.Rassismus. #68 Klassismus **2014** #67 Rechtspopulismus #66 Hellersdorf und die Folgen #65 Flüchtlingsbewegungen **2013** #64 Linke Diskussionskultur #63 Repressive Toleranz **2012** #62 20 Jahre neue antir. Bewegung #61 Critical Whiteness* #60 Rassismus in der Krise **2011** #59 Antiziganismus in Europa #58 It's All Natural **2010** #57 Krieg! Im Westen nicht Neues? #56 Islambilder 2 **2009** #55 rasse·kultur·macht #54 Osteuropas rechte Ränder **2008** #53 Homophobie* #52 Antidiskriminierung **2007** #51 Grenzerfahrungen #50 Verschwörungen **2006** #49 Nationale Befreiungsbewegungen #48 Die Türkei in Europa **2005** #47 Produktionen des Westens, gemeinsame Ausgabe mit: ›kleine anfrage‹ #46 Lechts und Rinks **2004** #45 Migration von Frauen* #44 Migrationsmanagement* **2003** #43 Antiziganismus* #42 911 Turbo **2002** #41 Monster AG #40 Blitzkultur **2001** #39 Antisemitismus* #38 Abschiebeknäste **2000** #36/37 Zimmer ohne Aussicht #35 Schengenland* #34 Islambilder **1999** #33 Konzepte antirassistischer Arbeit #32 Die Bilder-ZAG #31 Gesundheit als Privileg #30 Das Ende der Tabus **1998** #29 Sport und Rassismus #28 Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte #27 Antirassistische Jugendarbeit #26 MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt **1997** #25 Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität #24 Globale Migrationskontrolle #23 Mobilität #22 City 2000* **1996** #21 Balkan, Krieg und Flucht #20 Ökologie #19 Einwanderungspolitik #18 VietnamesInnen in Berlin, gemeinsame Ausgabe mit: ›Arranca!‹* **1995** #17 Alltag-Kultur-Rassismus #16 Europa #15 Illegalisierung* #14 Deutscher Antirassismus?, gemeinsame Ausgabe mit: ›off limits‹ **1994** #13 Polizei und Justiz #12 Rassismus und Soziale Frage #11 Innere Sicherheit #10 Rassismus und Bildung **1993** #9 Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen* #8 Ausweisung und Abschiebungen* #7 Rassismus und Bildung* #6 Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne* **1992** #5 Roma in der BRD / Rostock* #4 Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda* #3 Wer schweigt, stimmt zu #2 Greift ein! – Schaut nicht weg **1991** #1 Rassismus tötet

(* = leider vergriffen)

Impressum

Herausgeber: Antirassistische Initiative e. V. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder.
Redaktionsanschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e. V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, Fax +49 (0) 30 6913005, **E-Mail:** redaktion@zag-berlin.de, **Internet:** www.zag-berlin.de, **Bankverbindung:** Antirassistische Initiative e. V., Stichwort ZAG, BIC: BFSWDE33BER / IBAN: DE19100205000003039601, **Gestaltung:** :::rainGroup -Agentur.com **Druck:** FATA MORGANA, **ISSN:** 2192-6719 **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe ist Inge Dollmeyer. Die **ZAG im Abonnement:** ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e. V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin oder www.zag-berlin.de. Zwei Ausgaben **kosten** EUR 10,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 13,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse, Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden!
Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens fünf Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent **Wiederverkäuferrabatt**. **Ältere Ausgaben** der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden und stehen zum Teil als Pdf-Dateien komplett auf der Homepage.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie dem*der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung dem*der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

